

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST UM ARBEITSZEIT

Dahinter steht ein Grundsatzkonflikt



In der vorigen Ausgabe der Arbeiterpolitik schrieben wir zum vorläufigen Stand im Arbeitszeitkonflikt im öffentlichen Dienst: »Der Streik ist nun in der Phase der »Hängepartie.« Kurz nach redaktioneller Fertigstellung dieses Artikels wurde der Abschluss auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg bekannt gegeben (5. April 2006). Zuvor hatten beide Tarifgegner einen Schlichtungsspruch abgelehnt, der auf Differenzierung der Arbeitszeit nach dem Muster der Abschlüsse in Niedersachsen und Hamburg beruhte (Arpo Nr. 1/2006).

Der Tarifabschluss bei den Kommunen

In Baden-Württemberg setzte sich der KAV mit seiner Position durch: pauschale Arbeitszeitverlängerung für alle auf immerhin 39 Stunden ohne Lohnausgleich. Alle Arbeitsverhältnisse der letzten Monate, die auf Basis von 41 Stunden abgeschlossen worden sind, müssen auf 39 Stunden umgestellt werden. Diese Arbeitszeit gilt bisher auch bei den Beschäftigten des Bundes in Ost und West (§ 6 Abs. 1 TVöD). Auszubildende arbeiten weiterhin 38,5 Stunden pro Woche. Auf Veranlassung von ver.di wurde die Vereinbarung bis 2009 festgeschrieben; die Gewerkschaft findet sich also damit ab und hofft, dass auch die Arbeitgeber sich so lange daran halten. Nichtsdestotrotz begrüßen ver.di-Funktionäre diesen Abschluss, weil er die Kräfteverhältnisse realistisch widerspiegeln. Anstatt mit dem Eingeständnis einer Niederlage die Aufarbeitung ihrer Ursachen einzuleiten – als ersten Schritt, um das Kräfteverhältnis zu verändern –, wird davon abgelenkt.

Mit der baden-württembergischen Tarifeinigung ist die erste Etappe des Streiks zu einem Ende gekommen. Das Ergebnis ist nur bei o.a. »realistischer« Betrachtung glimpflich, ansonsten hat es den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft eine Niederlage beschert. Sie besteht zum einen darin, dass die beteiligten Arbeitgeberverbände ihren Zielen der Arbeitszeitverlängerung um rund ein Drittel näher gekommen sind, zum zweiten ist damit Signalwirkung gegeben worden: Auch in anderen ver.di-Landesbezirken, z.B. Hessen, wird verhandelt. Drei von zehn kommunalen Arbeitgeberverbänden im Westen haben die Arbeitszeit gekündigt und für sich besser abgeschlossen, andere können dann folgen, wenn es ihnen günstig erscheint. Es handelt sich hier nicht um einen Kompromiss, sondern um den etappenmäßigen Rückzug von der historisch erreichten Position der 38,5-Stunden-Woche, der noch nicht gestoppt ist. Die positive Stimmung im bisherigen Verlauf des Streiks, wie sie sich in Urabstimmungen und Beteiligung an den Aktionen ablesen ließ, hat einen Dämpfer erhalten.

Nicht erledigt wurde die Drohung mit der Meistbegünstigungsklausel, wenn bei der Auseinandersetzung mit den Ländern ein noch schlechteres Ergebnis herauskommt. Sollte ein solches auf die Kommunen übertragen werden müssen, so wären die bisherigen Streiks buchstäblich umsonst gewesen. Die ver.di-Führung hat bewusst, mindestens fahrlässig, versäumt, diesen Zusammenhang zu einer breiten Mobilisierung zu nutzen. Sie hat das Gegenteil getan, nämlich durch separate Abschlüsse die Kampfkraft zersplittert und geschwächt. Den kommunalen Beschäftigten ist nun »Frie-

denspflicht« verordnet. Das ist nicht der »Konflikt, wie ihn die Republik noch nicht gesehen hat«, mit dem Bsirske im April 2004 auf der Anti-Hartz-Demonstration in Stuttgart verbal drohte.

Der Tarifabschluss bei den Ländern

Wie schon in den Warnstreiks 2005 standen zuletzt die Beschäftigten der Länder und der Uni-Kliniken mit ihrem strategisch geringeren Streikpotenzial allein im Regen. Auf diese Weise sollte ihnen also gelingen, was auf kommunaler Ebene nicht erreicht wurde, nämlich die Verteidigung der 38,5-Stunden-Woche. Überraschenderweise kam dennoch ein Abschluss mit den Länder-Arbeitgebern am 19. Mai zustande. Damit scheint die Tarifeinheit im öffentlichen Dienst mit Bund, Ländern und Kommunen wiederhergestellt, da der TVöD nun für alle drei Ebenen gelten soll (vorbehaltlich der Urabstimmung der Gewerkschaftsbasis). Dieser Eindruck jedoch täuscht:

1. Verglichen mit dem alten Tarifrecht, das bis September 2005 galt (BAT/MTArb/BMT-G), ist der TVöD ein Flickenteppich mit zahlreichen Öffnungsklauseln, differenzierten Arbeitszeiten, Ausgrenzung ganzer Belegschaften durch Tarif- und Verbandsflucht der Arbeitgeber und durch Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Betriebe. Dazu kommt die immer noch fortbestehende Diskriminierung der Ostbelegschaften in der Bezahlung. Dies alles ist Ausdruck geschwächter Kampfkraft der Gewerkschaft und trägt zur weiteren Schwächung bei.
2. Der Abschluss mit den Ländern beruht deshalb keineswegs auf gewerkschaftlicher Stärke im Streik, sondern dokumentiert das Interesse der Länder-Arbeitgeber an der nunmehrigen Fortsetzung der »Sozialpartnerschaft«, nachdem sie die Gewerkschaft zunächst monatelang unter erheblichem Druck weichgeklopft haben. Auch Bsirske brachte dies zum Ausdruck, indem er erneut die Kooperation von ver.di in der »Reform« des öffentlichen Dienstes versichert hat.
3. Über Wochen hinweg haben die Länder-Arbeitgeber den Marburger Bund und ver.di gegeneinander ausgespielt. Dieses Spiel haben sie nun für sich erfolgreich beendet, zumindest in Richtung ver.di. Sie haben damit aber auch ver.di als den wichtigeren »Sozialpartner« anerkannt. Dem Marburger Bund boten sie den mit ver.di geschlossenen Vertrag an – das bedeutet wohl, dass der MB jetzt Ruhe geben soll.
4. Diejenigen Länder-Arbeitgeber, die den härtesten Kurs gefahren haben, wurden in der Arbeitszeitfrage belohnt. Durch die vorgesehene Durchschnittsberechnung der Arbeitszeiten für jedes einzelne Land werden ihre einsei-

tigen außertariflichen Maßnahmen bei Neueinstellungen faktisch anerkannt.

5. Positiv immerhin: Negative Folgen der Meistbegünstigungsklausel sind vertraglich ausgeschlossen.

Dies sind vorläufige Einschätzungen in der Kürze der Zeit nach dem Abschluss. Zusammen ergeben sie das Bild einer zersplitterten Tariflandschaft, in der die öffentlichen Arbeitgeber auf absehbare Zeit nicht mehr mit einer geschlossenen gewerkschaftlichen Streikfront rechnen müssen.

Sozialpartnerschaft und Standortsicherung

Die Gründe für die bisher abgeschlossenen mageren Streikergebnisse liegen nicht nur in der unzureichenden Mobilisierung und weiteren Schwächen der aktuellen Streikstrategie. Seit dem letzten großen Streik im öffentlichen Dienst (1992) und der ersten großen Privatisierungswelle in den frühen neunziger Jahren hat die Gewerkschaftsführung begriffen, dass sie gegen die öffentlichen Arbeitgeber Ziele wie Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungssicherung nur noch mit breiter Mobilisierung und dazu notwendiger Politisierung durchsetzen kann. Dies aber widerspricht ihrer Auffassung von Sozialpartnerschaft und Standortsicherung.

Die Bedürfnisse der Lohnabhängigen ordnet sie den Kapitalinteressen unter und gerät damit zwangsläufig immer weiter in die Defensive. Diesen Bedeutungsverlust versucht sie einerseits mit Zugeständnissen an die Arbeitgeber, andererseits mit Anpassungen in Strategie und Organisation wettzumachen, mit denen sie ihre Kontrolle über die Arbeitnehmerschaft im Dienste des »sozialen Friedens« zu sichern hofft.

Die Zusammenfassung von fünf Altgewerkschaften zu einer neuen – ver.di – wurde seinerzeit damit begründet, dass so die notwendige Konzentration der Kräfte hergestellt

INHALT HEFT Nr. 2 / 25.5.2006 JHG. 47

ver.di-Arbeitskampf:

- Dahinter steckt ein Grundsatzkonflikt 1
- Hamburg: ver.di-Kampf: viel Aktion, wenig Wirkung . . . 4
- Hamburg:
 - Kluft zwischen Ärzten und Pflegepersonal wird tiefer . 9
- Berlin: Wasser, Energie, Wohnung –
 - Bündnis gegen Privatisierung 10
- Berlin: CNH-Belegschaft seit 10 Wochen im Ausstand . . 12
- Nürnberg: AEG-Streik –
 - Vorbote eines neuen Kampfgeistes? 17
- Zur Diskussion:
 - Der Kampf um Arbeitsplätze und seine Grenzen 26
 - Düsseldorf: 20
 - Sechs Monate Arbeitskampf bei Gate Gourmet 28
 - Berlin: Die Hauptschule als Sackgasse 32
 - Deutsche Soldaten in den Kongo 34
 - Zu den Parlamentswahlen in Italien 35

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladens«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisellhallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladens«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestoche scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **W. Müller**
 Herstellung und Vertrieb: **GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.**
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

werden könne. Wer in dieser Rhetorik einen Hauch von Klassenkampf zu spüren vermeinte, lag grundsätzlich falsch. Das treibende Motiv der ver.di-Fusion von oben war die Anpassung an die schwindenden Beitragseinnahmen durch Mitgliederschwind und Reallohnverluste (Arpo Nr. 1/1999). Keineswegs ist eine Gewerkschaft entstanden, die zu einheitlichem Vorgehen über die Branchengrenzen hinweg willens und fähig wäre. Streiks im öffentlichen Dienst, im Handel, bei der Telekom, in der Papier verarbeitenden Industrie laufen völlig beziehungslos nebeneinander her, obwohl alle diese Bereiche von ver.di (in eigenen »Fachbereichen«) organisiert sind. Der öffentliche Dienst als Kernbereich der alten ÖTV wurde in ver.di über nahezu alle Fachbereiche verteilt – eine vorausseilende innergewerkschaftliche Anpassung an die fortschreitende Auflösung des Flächentarifvertrags und das Verlangen der Arbeitgeber nach marktorientierten Lösungen.

Ebenso: Aktive Solidarität mit anderen Gewerkschaften ist bestenfalls verbal ein Thema. Es gibt gegenseitige Solidaritätserklärungen von ver.di und IG Metall, aber der Streik bei den Kommunen wurde abgebrochen, während die IG Metall in der Metallindustrie die ersten Warnstreiks organisierte (inzwischen ist die Metalltarifrunde abgeschlossen).

Dies sind nur einige Beispiele. Natürlich behaupten Funktionäre und glauben Belegschaften, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht koordiniert werden könnte. Diese Hindernisse sind da, doch zu ihrer durchaus schrittweise zu bewältigenden Überwindung fehlt der politische Wille.

Privatisierung und Tarifrechtsreform

Mit dieser Einstellung hat sich ver.di bereitwillig an der »Reform« des Öffentlichen Dienstes beteiligt. Diese hat im Wesentlichen zwei Seiten, die sich auf das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber unmittelbar auswirken: Arbeits- und Tarifrecht sowie grundsätzlich die Eigentumsfrage.

Im aktuellen Streik geht es vordergründig um die eine dieser Konsequenzen: Die Tarifrechtsreform im öffentlichen Dienst, deren Arbeitszeitbestimmungen und Anwendung auf die Länder umkämpft sind. Wir haben den Prozess dieser Auflösung des Flächentarifvertrags in der Arbeiterpolitik ausführlich geschildert (2/2004, 3/2005, 1/2006).

Die Folgen sind derzeit zu besichtigen: Noch bis Anfang des Jahres 2003 mussten die Arbeitgeber damit rechnen, dass alle Ebenen und Zweige des öffentlichen Dienstes für gemeinsame Ziele kämpfen. Mit dem neuen TVöD ist das vorbei: Es gibt unterschiedliche Arbeitszeiten, so genannte Spartentarifverträge (Versorgung, Nahverkehr, Wasserwirtschaft), Leistungsprämien, befristete Arbeitsverträge, eine neue Niedriglohngruppe etc. Schon das spaltet Belegschaften.

Gravierender aber ist die andere Seite der »Reformen«, die dem neuen Tarifrecht zugrunde liegt: Die Privatisierung öffentlicher Betriebe, die öffentliches Eigentum der Allgemeinheit entzieht, ganze Belegschaften ausgrenzt und den verbleibenden Kern zunehmend der Marktlogik unterwirft. Bekanntlich wird dies von den Unternehmerverbänden, den bürgerlichen Instituten für Wirtschaftswissenschaft, den Medien, den PolitikerInnen bis hin zu den Gewerkschaften selbst als naturgesetzliche Notwendigkeit hingestellt, aber auch von vielen Linken als dem Kapitalismus innewohnender Sachzwang behandelt. Zwar ist diese Sichtweise sach-

lich nicht unbegründet, doch im Kern handelt es sich um die Auswirkung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, wie es derzeit konkret besteht.

Abgesehen von der liberalen Ideologie, dass der Markt die »Wirtschaft« zum Wohle aller am besten regeln könne, beziehen sich die Propagandisten der Privatisierung auf die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte. Diese entstand einerseits durch Erfüllung der immer weiter gehenden Forderungen des Kapitals nach »Entlastung« von Steuern für die Finanzierung allgemeiner Aufgaben und so genannten Lohnzusatzkosten zur sozialen Absicherung der Lohnabhängigen, andererseits durch weiter bestehende Subventionierung von Unternehmen und insbesondere die Kosten der Massenerwerbslosigkeit. Den Regierungen und Kommunalverwaltungen bleibt die Aufgabe übertragen, die öffentlichen Haushalte zu »sanieren«, und zwar auf Kosten der Lohnabhängigen und ihrer Angehörigen, der Erwerbslosen, RentnerInnen und anderen, die auf Sozialtransfers und öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind.

Während die Sanierung der Haushalte von der Ausgaben- seite her durch Sozialabbau wie etwa die Hartz-Gesetze erledigt wird, wird auf der Einnahmenseite versucht, durch Verkauf öffentlichen Besitzes Geld in die Kassen zu bekommen, mit der Folge, dass nun bisher selbst geleistete Dienstleistungen eingekauft werden müssen. Für das Kapital ergeben sich hieraus neue Anlagemöglichkeiten, weshalb die Lobby in diesem Bereich unermüdlich arbeitet. Der Staat steht nicht über den Klassen, sondern ist Instrument der herrschenden Klasse. Es sind bereitwillige PolitikerInnen, die in staatlichen und kommunalen Gremien entsprechende Beschlüsse fassen, und opportunistische oder hilflose Gewerkschaftsfunktionäre, die das als alternativlos hinstellen. Es fehlt eine politische Kraft, die in der Lage ist, ein wirkliches Gegengewicht darzustellen und Widerstand gegen diesen Raub an öffentlichem Eigentum breit zu organisieren, bis hin zum politischen Streik.

Die Gewerkschaften stimmen den Privatisierungen – teils zähneknirschend, teils bereitwillig – zu und versuchen sie mitzugestalten. Die Mittel der Tarifpolitik, auf die sie sich beschränken, erweisen sich als unzureichend. Privatisierung beraubt nicht nur die Lohnabhängigen und sozial Schwachen eines immer größeren Teils ihrer sozialen Rechte, weil sie deren Nutzung zunehmend von der individuellen Kaufkraft abhängig macht. Sie schwächt auch ihre gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht gerade im öffentlichen Dienst, wenn immer mehr Belegschaften z. B. in der Müllentsorgung nicht mehr zum gemeinsamen Streik aufgerufen werden, sondern im Gegenteil als mögliche Streikbrecher missbraucht werden können, weil ihr Betrieb privatisiert wurde und deshalb aus dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes herausfällt.

Eine Gewerkschaft, die wie ver.di anlässlich des Abschlusses in Baden-Württemberg die Begrenzung auf das »realistisch« Machbare als Erfolg ausgibt, kann dieser Entwicklung nicht viel entgegensetzen. Die Verhältnisse werden langfristig immer mehr Beschäftigte zwingen, ihre Geschicke selber in die Hände zu nehmen und sich nicht darauf verlassen, dass Stellvertreter ihre Probleme lösen. 20.5.2006 ■

ver.di Hamburg – viel Aktion, wenig Wirkung

Die Arbeitgeberseite

Der CDU-Senat hat den Arbeitsplatz-Abbau beschleunigt und mit der Verabschiedung eines neuen Personalvertretungsgesetzes Anfang diesen Jahres Mitbestimmungsrechte der Personalräte erheblich beschnitten. Er will mit dieser Maßnahme den Prozess der Privatisierung und Ausgliederung von Bereichen des öffentlichen Dienstes und den Abbau von Personal reibungslos und möglichst ohne Widerstände und möglichst unter Einbeziehung der Gewerkschaften vortreiben.

Der öffentliche Dienst galt über Jahrzehnte als Garant für einen sicheren Arbeitsplatz. Dieser Eindruck gerät durch Privatisierung und Ausgliederung ins Wanken. Das schafft Verunsicherung. Der öffentliche Dienst als sozialer Arbeitgeber hat ausgespielt. In den Ämtern und Behörden wird eine härtere Gangart durchgesetzt durch Kontrolle, Druck und gegebenenfalls auch durch Mobbing. Die Beschäftigten klagen zunehmend über ein schlechtes Betriebsklima. Ihre Arbeit wird nicht gewürdigt, sondern in Frage gestellt. KollegInnen fühlen sich nur noch als Kostenfaktor, den es um jeden Preis zu reduzieren gilt.

Alle Aufgaben der Behörden wurden in den letzten Jahren einer »Aufgabenkritik« unterworfen und gestrafft, soziale Dienste dem Diktat der Effizienz unterworfen und zahlreiche Ausgliederungen von öffentlichen Diensten vorangetrieben. Die Polizei schiebt 900.000 Überstunden vor sich her. Durch die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten auf 40 Stunden wurde jedoch weiteres Personal eingespart.

Die öffentlichen Arbeitgeber sind in dieser Tarifauseinandersetzung im Vorteil. Sie wollen ein politisches Ziel der Regierung bundesweit umsetzen wollen: Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten sollen entscheidend verschlechtert und abgesenkt werden. Die Gewerkschaft ist dem nicht gewachsen und versucht, einem politischen Grundsatzkonflikt aus dem Wege zu gehen.

Die Beschäftigten

Die öffentlich geschürte Meinung billigt Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit dem Hinweis auf die angeblich sicheren Arbeitsplätze oft nicht zu, Forderungen zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Einkommenssituation zu stellen. Sie sollen sich begnügen. Das negative Image der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wirkt sich negativ auf die KollegInnen aus. Sie sind der Meinung, Opfer bringen zu müssen.

Ein weiteres Hindernis besteht in der Verinnerlichung von staatstragenden Wertemustern bei Verwaltungsangestellten. Verwaltungsangestellte und Beamte sind täglich mit der Anwendung und Durchführung von Rechtsvorschriften befasst und müssen das Ergebnis in Form von Bescheiden den Bürgern vermitteln. Sie identifizieren sich oft mit ihrer Arbeit und haben nicht gelernt, sich kritisch mit den staatlichen Vorgaben auseinander zu setzen und sie in Frage zu stellen. Sie verhalten sich loyal gegenüber der Obrigkeit. Durch ihre Loyalität erhoffen sie sich, mit sicheren Arbeits- und Lebensbedingungen belohnt zu werden. Das ist endgültig vorbei. Die gesellschaftliche Entwicklung lässt ein Zurück

zu den Sicherheiten vergangener Konjunkturperioden nicht mehr zu.

Dennoch, in diesem Streik wurde deutlich, dass ein kleiner Teil der Beschäftigten bereit ist, sich gegen die Zumutungen der letzten Jahre zur Wehr zu setzen. Im Streik wurde auch deutlich, dass die KollegInnen des öffentlichen Dienstes der Länder wenig Erfahrung haben, selbstbewusst Forderungen zu stellen und mit Entschlossenheit durchzusetzen. Dieser notwendige Lernprozess wird zu einem Wettlauf mit der Zeit.

Notizen aus dem Ablauf der Auseinandersetzung

Am **1. März 2006** wurde im Stadtstaat Hamburg zwischen dem kommunalen Arbeitgeber und der ver.di-Streikleitung ein Kompromiss ausgehandelt. Die ver.di-Tarifkommission empfahl die Zustimmung. Bei der Urabstimmung am selben Tag stimmten nur 42 Prozent der seit rund 14 Tagen Streikenden dem Ergebnis zu, die Unzufriedenheit speiste sich aus der weiteren Differenzierung des Lohnabschlusses und der Verknüpfung der Arbeitszeit mit der Lohnhöhe.

Die kampfstärksten Bereiche, z.B. Müllabfuhr und Kindertagesstätten waren mit diesem Abschluss der gemeinsamen Streikfront mit den Landesbeschäftigten entzogen. Es verblieben die schwach gewerkschaftlich organisierten Landesbediensteten: Arbeiter aus den Bauhöfen und Gärtner aus den Bezirksämtern, Angestellte aus den Verwaltungsabteilungen der Bezirksämter und den Landesbehörden, Sozialpädagogen aus den sozialen Diensten der Bezirksämter und des Landesbetriebs Erziehung und Berufsbildung, Angestellte, die in verschiedenen Abteilungen der Innenbehörde beschäftigt sind, Angestellte der Feuerwehr, Schleusenwärter und andere Berufsgruppen. Eine besondere Rolle spielte, je länger der Streik dauerte, eine aktive Gruppe von Schulhausmeistern aus der Behörde für Bildung und Sport (ca. 60 bis 80 von rund 430). Sie haben die Privatisierung mit allen Folgen zum Jahresende direkt vor Augen (siehe Kasten dazu).

Der Kompromiss hatte zu erregten Debatten unter den betroffenen Beschäftigten geführt. Der Chef des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in Hamburg, Rudolf Klüver, reagiert daraufhin am **Montag, 6. März**, mit der in der Presse wiedergegebenen Ankündigung, einen Warnstreik der vier Techniker im Kontrollzentrum des Elbtunnels am Wochenende vorzubereiten.

ver.di-Chef Wolfgang Rose antwortet darauf am 8. März mit der Bemerkung: »Für uns ist der Elbtunnel im Moment kein Thema« (Morgenpost, 8.3.06). Dennoch kommt es am Sonntag Nachmittag, **12. März**, für zwei Stunden zur technischen Sperrung bis auf die zwei Spuren, die für den Notfall frei bleiben müssen. »Verursacher« ist ein ver.di-Kollege aus dem Kontrollzentrum, der wenige Stunden vorher ein Fax vom DBB-Chef gelesen hatte, dass die Techniker im Kontrollzentrum Streikmaßnahmen ergreifen sollen. Die Folge ist ein Stau in einer Größenordnung, wie er sich an jedem Arbeitstag in der Rush-hour vor dem Tunnel entwickelt. Die weitere Folge ist ein Aufschrei der Presse, die die »Freiheit« der Autofahrer bejammert.

Streikkundgebung öffentlicher Dienst Hamburg am 16. März 2006, Mönckebergstraße

»... Ihr befindet Euch in einem Arbeitskampf, der auch stellvertretend für die Kolleginnen in Betrieben aus kirchlich-diakonischen Betrieben geführt wird. Dafür an dieser Stelle unseren Dank und unsere Hochachtung.

Allein in Hamburg gibt es **18.000 Beschäftigte in der Diakonie**. Zum Teil hat die Diakonie schon die 40-Stunden-Woche eingeführt und die Löhne gekürzt. Nur für Teilbereiche existiert ein Tarifvertrag.

Bischöfin Jepsen und die Diakonichefin Stoltenberg, die sonst das soziale Gewissen dieser Stadt darstellen, schweigen zu den Tarifeinsetzungen im öffentlichen Dienst. Ihr müsst wissen, die Kirchen in Deutschland liegen voll im Mainstream neoliberaler Politik. Sie haben im März 2005 beschlossen, den TVöD nicht zu übernehmen, sondern die Löhne noch weiter zu senken und die Arbeitszeit zu erhöhen.

Die Arbeit der Diakonie wird zu fast 100 Prozent aus den Sozialsicherungen und Steuermitteln finanziert. Genauso wie Ihr, sind die Kolleginnen und Kollegen der Diakonischen Betriebe deshalb abhängig von einer Politik, die die öffentlichen Haushalte nicht kaputt spart.

Wir alle spüren: Dieser Arbeitskampf ist längst ein politischer Konflikt. Möllring und seine Vorturner Wulff, Koch und Stoiber wollen ver.di eine empfindliche Niederlage verpassen. Wie immer der Streik ausgehen wird, den Beschäftigten in der Diakonie habt Ihr Mut gemacht, selber für die Durchsetzung des TVöD zu kämpfen. Das ist die eigentliche Botschaft dieses härtesten Arbeitskampfes im öD seit 80 Jahren: Wir lassen uns nicht mehr alles gefallen. Dieser Arbeitskampf wird auf die kirchlichen Beschäftigten, die Metallkollegen und auf die sozialen Bewegungen ausstrahlen. Danke Euch dafür.«

Berno Schuckart-Witsch ■

Am **17. März** organisiert die Hamburger ver.di-Streikleitung eine Demo am Elbtunnel auf den drei Brücken, die die Zufahrten überqueren, um zu zeigen, dass ver.di auch »Ernst machen« und blockieren könne, der Kollege aus der Leitzentrale erklärt seine Aktion vom Sonntag vor rund 1000 Streikenden.

Am **28. März** hat die Behörde für Bildung und Sport eine Reihe Schulleiter aus dem Süden Hamburgs eingeladen. Die jeweiligen Schulhausmeister sind auch geladen. Auf dieser und einigen weiteren Versammlungen erweist es sich, dass die Schulhausmeister über die für die Lehrer negativen Konsequenzen der Privatisierung von Schulgebäuden und Hausmeisterdiensten sehr konkret hinweisen können. Das hatte die Behörde nicht beabsichtigt, flugs werden die weiteren Versammlungen zu diesem Thema zu Dienstbesprechungen erklärt, zu denen nur Schulleiter Zugang haben, Hausmeister sollen nicht mehr dabei sein.

Am **30. März** fahren frühmorgens mehrere von ver.di organisierte Busse im Schneckentempo über die Köhlbrandbrücke, so dass es zu erheblichen Verkehrsbehinderungen im gesamten Hafen kommt. Gegen Mittag trifft Frank Bsirske vor dem Gewerkschaftshaus ein, auf einer vorbereiteten Bühne hält er vor den hier wieder versammelten Aktiven eine Rede bei allerdings nur schwach vertretener Presse.

Der besondere Druck, unter dem die Schulhausmeister stehen

Von der Hamburger Schulbehörde sind rund 1500 Menschen im nichtpädagogischen Dienst beschäftigt, das sind vor allem Hausmeister, Betriebsarbeiter, Schulsekretärinnen. Davon sind etwa 430 Hausmeister. Sie sind lange nicht alle in ver.di organisiert. Rund 80 haben am Arbeitskampf teilgenommen.

Etwa zu Beginn des Arbeitskampfes haben die Hausmeister über ihren Personalrat in der Behörde erfahren, dass dort über Pläne nachgedacht wird, die Hamburger Schulgebäude unter der Formel »öffentliche private Partnerschaft« in ein privates Gebäudemanagement zu überführen. Der Anfang soll schon von nächsten Jahreswechsel mit 30 Schulen südlich der Elbe gemacht werden, die Hausmeister sollen ebenfalls in die privaten Firmen¹⁾ überstellt werden.

Die Schulleiter und andere werden damit geködert, dass die Privat-Firma innerhalb von 5 Jahren eine Komplett-Sanierung aller Schulgebäude gewährleistet. Dieses private Gebäude-Management soll von der Stadt in den ersten 5 Jahren mehr Geld zugeschossen bekommen, als jemals im selben Zeitraum den Schulen zur Verfügung stand – obwohl die Privaten angeblich wesentlich kostengünstiger arbeiten. Für die Hausmeister an den Hamburger Schulen bedeuten die Pläne in Kürze:

- Sie sind nicht mehr bei der Behörde, sondern bei einem Privatunternehmen angestellt. Das Einkommen wird nach einer Bestandsschutzfrist gekürzt.
- Das private Unternehmen soll jede bauliche Maßnahme (jeden Anstrich, jede Reinigung) nach »wirtschaftlichen« Gesichtspunkten umsetzen. Da fallen Bedürfnisse der Kinder und Eltern hinten runter, sie stören den künftigen Hauptzweck des Unternehmens, Gewinne zu machen.
- Die Behörde hat die Hausmeister bisher nur unter der Bedingung eingestellt, dass auch die Ehefrauen in einen »Koppelarbeitsvertrag« mit einsteigen: Die gemeinsame Arbeits- und Bereitschaftszeit von Montags bis Freitags beträgt dann 80 Stunden, davon werden aber nur 50,5 Std bezahlt. Zu welchen Bedingungen das Arbeitsverhältnis ohne die dann arbeitslos werden den Ehefrauen künftig gestaltet wird, ist unklar.
- Bisher war es Pflicht, in einer Wohnung auf dem Schulgelände zu wohnen, damit war eine Präsenzpfllicht ohne jede Vergütung verbunden, denn die Miete wurde nach dem Hamburger Mietenspiegel berechnet. Künftig sollen die Hausmeister an mehreren Schulen eingesetzt werden, die Rolle der Wohnung ist unklar.
- Schulleiter haben für den jeweils in ihrer Schule tätigen Hausmeister kein Direktionsrecht mehr, sondern – zugespitzt – nur die Buchhaltung der einsetzenden Privatfirma. ■

1) Es sei doch alles nicht so schlimm, wird den misstrauisch gewordenen Betroffenen geantwortet. Die Firma, die das Betriebsmanagement künftig übernehmen soll, sein doch die halbstaatliche »SAGA« und dort deren Subfirma »GWG Gewerbe«. Der Eindruck wird erweckt, die Beschäftigten wechselten nur innerhalb des öffentlichen Dienstes. Zugleich werden in den Hamburger Behörden Pläne diskutiert, die gesamte SAGA und damit die größte Hamburg-eigene Wohnungsbau-Firma zu verkaufen - an privat.

Ausdrücklich betont er, dass es kein Zurück hinter die 38,5-Wochenstunden geben wird, wenn mit ver.di abgeschlossen werden soll.

Danach geht es direkt **ins Gewerkschaftshaus zu einer internen Aussprache ohne Presse**: Der Saal ist brechend voll, rund 400 Aktive sind noch da. Zunächst lobt Bsirske die Hamburger Aktiven, fordert sie dann auf, die Dinge anzusprechen, die ihnen am Herzen liegen.

Der Tenor der Wortmeldungen ist: Uns bemerkt man nicht, die Presse ist gegen uns, wir müssen einen Zahn zulegen, wir müssen den Elbtunnel wirklich dicht machen – da mischt sich der Hamburger ver.di-Vorsitzende Rose ein mit einer längeren Ausführung zum Elbtunnel. Bei allem Verständnis, aber davor würde er dringend warnen. In der Bevölkerung sei die Stimmung gegen die Gewerkschaft, besonders bei den Autofahrern. Wenn es jetzt zu ernsthaften Behinderungen durch den Arbeitskampf komme, könnten diejenigen, die die Blockade des Elbtunnels verlangen, gleich eine Kiste für die Gewerkschaftsbücher danebenstellen. Viele seien ja auch Autofahrer.

Auf die Forderung nach ernsthafter Blockade der Schleusen in der Stadt antwortet die Streikleiterin Siggie Fries, man würde in den nächsten Tagen auf jeden Fall eine symbolische Aktion an den Schleusen wiederholen.

Der Versuch eines Kollegen vom ver.di-Fachbereich Druck und Medien, die Bedeutung einer angekündigten Zusammenarbeit mit der IG Metall zu betonen und die Kollegen aus den einzelnen Ämtern aufzufordern, direkt an Metallbetriebe heranzutreten, um praktische Zusammenarbeit in den nun parallel laufenden Tarifverhandlungen zu organisieren, wurde von der Streikleiterin mit dem empörten Zwischenruf »das wissen wir doch alles selbst, lies doch mal, was wir morgen vor haben« und der Wegnahme des Mikros beendet.

Am **Freitag, 31. März**, geht es gegen Mittag mit rund fünf Bussen raus nach Norderstedt ins Industriegebiet. Vor der Firma St. Gobian (rund 200 Beschäftigte, Metallschleifmaterialien auf Diamantenbasis) ist von der IG Metall ein Podium aufgebaut, Warnstreik für den Lohn tarif der Metaller. Die ver.di-Streikleiterin darf als Gastrednerin auch reden, man verspricht sich gegenseitig künftige Unterstützung.

Was das konkret heißen soll, bleibt unklar. Die anwesenden Behördenmitarbeiter sind von der Tatsache, vor einem Industriebetrieb mit streikenden Industriearbeitern zusammen zu sein, dennoch beeindruckt, das ist für ihr Verständnis von gewerkschaftlicher Praxis völlig neu und deshalb spannend. Die Hoffnungen sind groß, dass mit der »starken« IG Metall die Präsenz der ver.di-Forderungen in Presse und Fernsehen nun endlich besser wird.

Am **Montag, 3. April**, geht es mit einem Demonstrationzug vom Gewerkschaftshaus auf den »Dom« (Jahrmarkt) in ein großes Bierzelt. Verköstigung, Musik und der Schauspieler Rolf Becker mit Texten von Tucholsky und Brecht sind angesagt. »Der engagierte Gewerkschafter, unser Kollege Rolf Becker« stellt sich als Mitglied des Ortsvereins ver.di des Fachbereichs 08 vor, dem er seit Jahren angehört. (sein Redebeitrag siehe Extra-Kasten)

Am **Donnerstag, 6. April**, umstellt der aktive Kern der Streikenden den Landesbetrieb Verkehr für einige Stunden, der schon mehrfach in der Presse als Konfliktort geschildert wurde. Durch einen stark reduzierten Dienst ist es vielen

Was auch noch gesagt wurde ...

Rede von Rolf Becker, ver.di Fachbereich Druck und Medien
(Nachschrift aus unzulänglichen Mitschnitten):

»Ihr sagt: die Wirtschaft müsse bestehen. Eine schöne Wirtschaft! Für wen? Für wen?« – dem Gedicht »Eine Frage« von Tucholsky aus dem Jahr 1931 und dem Hinweis auf die Auswirkungen der damaligen wie der sich jetzt entwickelnden Weltwirtschaftskrise für die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung: »Während Millionen stempeln gehen – die wissen für wen« folgt die eigene und an die Versammelten gerichtete Frage

»Worum geht es? Doch keineswegs um eine 'normale' Tarifrunde 2006. Der Angriff der Arbeitgeberseite geht über die proklamierten 18 Minuten (allein die wären der Abbau von 250 000 Arbeitsplätzen) weit hinaus. Es geht

- um die Abwehr der »mindestens-40-Stunden-Woche« und die fortgesetzte Freisetzung von Arbeitenden in die Arbeitslosigkeit
- um die Abwehr der Aushebelung der Reste des Flächentarifvertrages
- um die Abwehr des Angriffs auf die Gewerkschaft selbst und damit auf alle Gewerkschaften und die Arbeitenden und Arbeitslosen im ganzen Land (darüber hinaus in der EU und weltweit).

Und was bieten sie uns an? Antwort, wieder mit Tucholsky, aus »Bürgerliche Wohltätigkeit«: »Für euch die Brühe. Für sie das Mark. Für euch der Pfennig. Für sie die Mark.« Und mit den Schlusszeilen des Gedichtes ein Hinweis auf die notwendige Antwort: »Proleten! Fallt nicht auf den Schwindel rein! Sie schulden euch mehr als sie geben. Sie schulden euch alles! Die Ländereien, die Bergwerke und die Wollfärbereien . . . sie schulden euch Glück und Leben. Nimm, was du kriegst. Aber pfeif auf den Quark. Denk an deine Klasse! Und die mach stark! Für dich der Pfennig! Für dich die Mark! Kämpfe –!«

Aus der sich anschließenden Stellungnahme: »Nicht wir, die Unternehmer greifen an. Nicht nur tarifpolitisch. Es geht

Autofahrern nicht möglich, ihre Kfz an-, um- oder abzumelden. Wartezeiten zwischen 5 und 10 Stunden sind inzwischen die Regel. Dies hat die Presse schon mehrfach aufgegriffen und die Stimmung gegen die Steikenden geschürt.

Am **Donnerstag, 27. April**, rufen die Elternräte von zwei Schulen in Altona zu einer Demonstration gegen die drohende Privatisierung von Schulgebäuden und Hausmeisterdiensten auf. Als Lehrer mit ihren Schulklassen ankündigen, zu dieser Demonstration dazu zu stoßen, wird dies von der Behörde verboten.

Ebenfalls am **Donnerstag, 27. April**, startet ein weiterer Versuch, den Elbtunnel dicht zu machen. Etwa 2000 Streikende, darunter Delegationen aus anderen Bundesländern, sind auf den Freiflächen oberhalb der Röhren des Elbtunnels versammelt. Die Tunnel-eingänge sind vom Versammlungsort nicht zu sehen. Das Scheitern der Absicht, den Verkehr auf der Nord-Süd-Verbindung zu stoppen, deutet sich aufgrund der Berichte Einzelner, die an den Bahnen waren, an. Entsprechend die erste Frage des wieder eingeladenen Rolf Becker an den anwesenden Hamburger ver.di-Vorsitzenden Wolfgang Rose: »Ist der Tunnel nun dicht, oder nicht«. Rose

um mehr als Mark und Pfennig, um mehr als Euro und Cent. Das Wesen der derzeitigen Auseinandersetzung ist der politische Angriff der Unternehmer und ihrer Vertreterinnen und Vertreter in den Regierungen der Länder und des Bundes. Und einen politischen Angriff können wir nicht abwehren mit den Mittel der tariflichen Auseinandersetzung, sondern ebenfalls nur politisch. Mit den konventionellen Mitteln und den gewohnten Methoden, das zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher, kommen wir nicht weiter, können wir sogar scheitern. Mit unabsehbaren Folgen nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für die gesamte arbeitende und arbeitslose Bevölkerung.«

Es folgen Zitate aus »Die Welt am Sonntag« vom Vortag, dem 2.4.2006, die unter der Überschrift »Ein Streik, der noch gefährlich werden kann«, vor einer Ausweitung des Streiks und Konsequenzen warnt, die von einer klassenbewussten Gewerkschaftsführung als Orientierung vorgegeben werden könnte: »... der der fehlende öffentliche Druck auf eine baldige Einigung birgt auch Gefahren: Welche das sind, zeigt sich nun gerade im Norden. Es geht nicht mehr allein um den öffentlichen Dienst. Am Freitag stiegen die Hamburger Ver.di-Streikenden in Busse und ließen sich nach Norderstedt fahren. Dort demonstrierten sie gemeinsam mit Streikenden der IG Metall auf einer Kundgebung vor dem Werk von Saint Gobain Diamantwerkzeuge. 'Das ist mehr als ein Solidaritätsbesuch', sagt Wolfgang Rose. 'Wir überlegen uns mit der IG Metall ein gemeinsames Vorgehen gegen den Angriff auf die Tarifautonomie'. Es geht also nicht mehr nur um die 40-Stunden-Woche, sondern um grundsätzliche Dinge. Die Gewerkschaften sehen sich in der Defensive und könnten zum Gegenschlag ausholen... Noch will niemand das Wort 'Generalstreik' in den Mund nehmen.« Großer Applaus, der Saal wendet den Satz zur Aufforderung, Zwischenrufe »Generalstreik, Generalstreik«.

Der Nachsatz von Wolfgang Rose, ver.di Vorsitzender in Hamburg, aus dem gleichen Artikel zitiert, »Generalstreik – nicht wegen Tarifaueinandersetzung« wird vom Saal nicht

kommentiert. Dabei offenbart er das ganze Dilemma einer Gewerkschaftsführung, die das Wesen der Auseinandersetzung, die sie selber führt, nicht versteht, weil sie Gefangener der selbstgesetzten Beschränkungen ihres reformistischen Denkens ist, das eher zur Unterwerfung bereit ist als »französische Verhältnisse« zu riskieren. Das anschließende Brecht-Zitat, gemünzt auf die SPD in der niedergehenden Weimarer Republik, wurde zumindest entsprechend aufgenommen: »Sie sägten die Äste ab, auf denen sie saßen und schriegen sich zu ihre Erfahrungen wie man schneller sägen konnte, und fuhren mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen zusahen schüttelten die Köpfe beim Sägen und sägten weiter«.

Der Beitrag endete mit dem Versuch konkret zu sagen, was Inhalt einer Mobilisierung zu politischem Widerstand gegen den politischen Angriff der Unternehmer und der Regierung sei:

1. »Einbeziehung aller Kolleginnen und Kollegen von ver.di, auch die nicht betroffener Fachbereiche, also aller ver.di-Mitglieder
2. Einbeziehung von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gewerkschaften, jedes Problem heute betrifft jeden
3. Statt Einschwenken auf Kompromisse Ausweitung der Forderungen, z.B. Lohnerhöhungen (wie bei der IGM), Verbesserung der Jahressonderzahlungen, und Arbeitszeitverkürzung (Beispiel Detlef Hensche, der in einem Interview auf die Frage, wieweit denn die Arbeitszeit noch abgesenkt werden sollte, antwortete, warum nicht auf sechs Wochenstunden)«

Da die Gewerkschaftsführung zu einer solchen Mobilisierung – selbst wenn sie sie wolle – nicht in der Lage sei, bliebe nichts, als selbst einzugreifen: »Wer, wenn nicht wir«. Abschließendes Brecht-Zitat: »Aus dem Nichts müsst ihr etwas machen, aber das Großmächtige soll zu nichts werden. Was ihr habt, das gebt auf und nehmt euch was euch verweigert wird.« ■

gesteht das Misslingen der angekündigten Aktion ein, ohne jedoch eine Erklärung dafür zu geben. Auch seine weiteren Fragen und Ausführungen, die inhaltlich dem ersten Auftreten entsprechen, übergeht er. Die Versammelten konstatieren es, sogar mit vereinzelt Pfiffen, stellen ihren Vorsitzenden aber nicht zur Rede.

Am 5. Mai fahren zehn Kolleginnen und Kollegen zu einer vom ver.di-Bundesvorstand veranstalteten Streikkonferenz in Hannover. Etwa 500 Delegierte kommen dort aus dem ganzen Bundesgebiet zusammen. Bsirske will zwei Optionen für die Verhandlungen vorstellen und mit den Delegierten diskutieren:

1. Die Verhandlungen werden wieder aufgenommen
2. die Verhandlungen werden nicht wieder aufgenommen, verdi würde dann mit den verhandlungsbereiten Ländern separate Ergebnisse aushandeln.

Seine Strategie zu den beiden Optionen sei:

1. Der Streik wird fortgesetzt
2. Diskussion mit den Mitgliedern, wie der Arbeitskampf fortgesetzt wird, sowie Druck auf den bevorstehenden SPD-Parteitag in Berlin ausüben.

An die 70 RednerInnen ergreifen die Gelegenheit, ihre Situation darzustellen: Die Delegierten der Autobahnmeistereien in Schleswig-Holstein und Niedersachsen berichten über ein Abbröckeln an der Streikfront und nachlassende Kräfte der Kollegen.

Die Autobahnmeistereien von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg setzen sich für eine Fortsetzung des Streiks ein und für flexible Streikstrategien. Die Kollegen fordern mehr Klarheit des ver.di-Vorstandes gegenüber den Mitgliedern und eine stärkere Einbeziehung der Mitglieder in Entscheidungsprozesse und kritisieren mangelnde Transparenz der ver.di-Strukturen.

Die Finanzverwaltung Saarbrücken ist seit dem 2. Mai im Ausstand. Das Land hat beim Arbeitsgericht eine Notdienstvereinbarung erzwungen mit dem Ergebnis, dass 50 Prozent der Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen müssen. Frank Bsirske bietet den betroffenen KollegInnen die juristische Unterstützung der Organisation an.

Die Delegierten der Uniklinik Homburg berichten, dass sie seit 13 Wochen mit 1000 KollegInnen im Streik sind und durchgehend Aktionen machen, die Wirkung zeigen.

Der Delegierte der Uniklinik Düsseldorf weist darauf hin, dass das Eigenkapital der Klinik aufgezehrt sei. Die KollegInnen wollten nicht ohne Abschluss den Konflikt beenden. Die Beschäftigten der Staatstheater in München haben einen großen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Sie sind durch einflussreiche Aktionen in den Medien wie lokaler Presse und RTL in Erscheinung getreten.

Andere Bereiche wie z.B. Katasterämter und Verwaltungen von Universitäten berichten über geringe Streikbereitschaft der KollegInnen und fordern konkrete Perspektiven.

Es kristallisiert sich heraus, daß KollegInnen aus vorher schon überdurchschnittlich gut organisierten Betrieben hohe Streikbereitschaft melden, die eine Fortsetzung des Streiks, aber auch mehr innergewerkschaftliche Demokratie verlangen.

Von KollegInnen aus vorher unterdurchschnittlich organisierten Betrieben wird eher geringe Streikbeteiligung gemeldet und eine andere Streikstrategie gefordert.

Gegen 13.30 Uhr platzt die Nachricht in die Versammlung, dass die Finanzministerkonferenz entschieden hat, am 18. und 19. Mai die Verhandlungen mit ver.di wieder aufzunehmen. Die bis dahin kritische Stimmung der KollegInnen gegenüber der Gewerkschaftsspitze schlägt in Erleichterung um.

Die TeilnehmerInnen der Streikkonferenz vereinbaren, wenn bei den Verhandlungen am 18. und 19. Mai keine Aussicht auf einen gemeinsamen Abschluss erkennbar wird, sollen Einzelabschlüsse mit den Ländern angestrebt werden. In diesem Fall soll eine weitere Streikkonferenz Ende Mai einberufen werden.

Am **Donnerstag, 11. Mai** fahren nach der morgendlichen Streikversammlung im Gewerkschaftshaus einige Kolleginnen und Kollegen ohne die Streikleiterin zur Tiefstachschleuse und sperren diese, indem sie sich auf die Brücke setzen und gegenüber Sicherheitsleuten und Polizei erklären, ihnen sei schlecht und sie müßten sitzen bleiben. Nach rund 1,5 Std. räumen sie dann die Schleuse. Das war die erste selbstständige Aktion aus einer gemeinsamen Streikversammlung heraus.

Am **Freitag, 12. Mai** demonstriert eine Gruppe von rund 80 Kollegen und Kolleginnen, überwiegend Hausmeister, vor der Fischauktionshalle, in der zusammen mit der Kanzlerin Merkel die Hamburger CDU ihren 50. Geburtstag feiert.

Montag, 15. Mai 2006. Demonstration vor dem Hamburger Bezirksamt Nord, etwa 400 Streikende, der aktive Kern, sind dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt. Die Strapazen der langdauernden Auseinandersetzung sind unverkennbar. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen äußern jetzt ihren Unwillen. Ausweitung des Streiks oder schneller Abschluss – auch der Hamburger DGB-Vorsitzende Ehrhard Pumm und Wolfgang Rose müssen darauf eingehen. Sie verweisen auf das Wochenende, das ein Ergebnis bringen soll. Rose stimmt die Teilnehmenden auf einen Kompromiss ein, der sicher auch schmerzliche Zugeständnisse beinhalten werde.

Der Kollege Rolf Becker hinterfragt nochmals die bisherige Streiktaktik, ohne dass die beiden Vorredner darauf eingehen. Er warnt vor einem Kompromiss, der die Streikenden enttäuschen könnte. Sie hätten durch ihren monatelangen Einsatz bewiesen, dass die Arbeitenden bei entsprechender Mobilisierung keineswegs so wehrlos seien, wie seitens ihrer Gegner und der bürgerlichen Presse verbreitet werde. Nicht wenige von ihnen seien der Meinung, dass es besser sei die

Verhandlungen abubrechen als nachzugeben – mit der Maßgabe, die Streikunterbrechung zu nutzen, um den bisherigen Verlauf des Streiks unter Einbeziehung der gewerkschaftlichen Basis zu diskutieren und sich über die daraus resultierenden politischen Konsequenzen zu verständigen.

Am **Montag, 12. Mai**, ist das Ergebnis der Verhandlungen in Berlin den Aktiven, die sich morgens im Gewerkschaftshaus treffen, bekannt. Der Saal ist wieder brechend voll. Die angesetzte Streikauswertung beginnt durch den Landesvorsitzenden Rose mit einer langen Darstellung des Verhandlungsergebnisses und seinen teilweise komplizierten Einzelheiten. Die dann folgenden mehr als 20 Redebeiträge aus dem Saal haben eher die Art und Weise, wie der Streik geführt wurde, zum Inhalt (die ersten rund 12 Redner erklärten, in der Urabstimmung mit »nein« zu stimmen): ■ ver.di sei gegründet worden, um die Kräfte der einzelnen Gewerkschaften zu bündeln, in diesem Streik habe man aber das Gegenteil erlebt, nichts mit Solidarität aus der eigenen Gewerkschaft. ■ Endlich habe die Arbeitszeit wieder Vorrang ■ Die blöde Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten sei endlich weg ■ Wieso sei in dieser Auseinandersetzung über die Arbeitszeit plötzlich auch über Gehaltsfragen entschieden worden mit der Anhebung von 2,9 Prozent ab 2008? Das sei eigenmächtig in der Berliner ver.di-Zentrale gemacht worden. ■ Die unterschiedlichen Arbeitszeiten seien ein Schritt in die weitere Zersplitterung der bisherigen Einheit der Länder. ■ Man habe die eigene Kraft gespürt, nach dem Streik sei vor dem Streik, unbedingt in Verbindung bleiben.

Die letzten Redner betonten vor allem das gewachsene Selbstbewußtsein der Streikteilnehmer und wiesen »zuviel Kritik« zurück. Es gab mehrere Danksagungen an Siggi Fries und Wolfgang Rose für die Führung im Streik.

Einschätzung

Das entscheidende, in die Zukunft weisende Merkmal dieses Arbeitskampfes finden wir nicht im Vertrag, der am Ende unterschrieben wurde. Dort finden sich verheerende Fortschreibungen der seit Jahren stattfindenden Unterwerfung unter die angeblichen Notwendigkeiten, die die bürgerliche Klasse diktiert.

Das entscheidende Merkmal in den Hamburger Auseinandersetzungen ist die Bereitschaft unter den Beschäftigten des Landes, gegen »den Trend« die eigenen Interessen zu verteidigen und für deren Durchsetzung Opfer zu bringen. Für fast alle war es das erste Mal, eine neue, beeindruckende Erfahrung, mit den Arbeitskolleginnen und -kollegen zusammen »endlich mal zu leben«.

Die Streikenden fanden allerdings nicht die Kraft, eigenständig und selbstbewusst einzugreifen, um ihre Gewerkschaftsführung darauf zu verpflichten, die konkreten Ziele dieses Konfliktes mit den allgemeinen Interessen der Lohnabhängigen zu verbinden. Das wäre das Gegenteil dessen, was Bsirske inzwischen ankündigt: Er will die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern bei der »Reform« des öffentlichen Dienstes. Das ist die Preisgabe der Interessen der abhängig Beschäftigten. ■

Kluft zwischen Ärzten und Pflegekräften wird tiefer

Während in einigen Uni-Kliniken weiter gestreikt wird, ist es in Hamburg relativ ruhig ...

Und das, obwohl der Arbeitgeber weiter der Meinung ist, der TVöD sei ihm eindeutig zu teuer! Auf der letzten Mitgliederversammlung von ver.di erschienen von ca. 800 Mitgliedern im Gesundheitswesen mal gerade 100! Davon waren 50 Betriebsräte... Es ging darum, wie machen wir weiter angesichts der Tatsache, dass der Arbeitgeber nach wie vor weitere Verschlechterungen einführen will, als es der TVöD ohnehin schon zulässt. Zunächst einmal fiel den GewerkschafterInnen auf, dass die Funktionäre von ver.di keine Forderungen aufstellen, für die es sich lohnt zu streiken! Denn für den TVöD zu streiken, der eine 42-bis-48-Stunden-Woche zulässt, dafür lassen sich keine KollegInnen mobilisieren. Dieser Einsicht wollte aber niemand folgen... Als die Meinung vertreten wurde, dass man endlich mal Forderungen aufstellen müsse, für die es sich zu kämpfen lohne, wurde dies von Mitgliedern der Tarifkommission massiv abgeschmettert! Nach dem Motto: Ja nicht den Arbeitgeber provozieren, denn dann wird er erst recht wild!

Anschließend sollten die einzelnen Krankenhäuser überlegen, wie sie weiter machen werden. Es gab nur ein einziges Haus, welches trotz allem Forderungen aufstellte. Die KollegInnen forderten den Erhalt der 38,5-Stunden-Woche, keine Kündigungen bis zur Rente, Erhalt des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes sie hatten bestimmt noch mehr Ideen... aber die Zeit reichte dann nicht mehr...Eigentlich fehlte nur noch eine Lohnforderung.

Dann ging es noch um den Termin, wann denn dieser Warnstreik stattfinden solle. Ein Aufschrei ging durch die Reihen, als es hieß, er solle am 30. Mai sein. Da hätten die Betriebsräte eine Fortbildung an der Ostsee (Personalbedarfsermessung) ... da hätten sie alle keine Zeit ... Daraufhin meinte ein Kollege nur, dann müssten sie halt mal die Fortbildung ausfallen lassen! Da gab es fast einen Tumult...

Nach der Veranstaltung meinte eine, sich gern radikal gebärdende ver.di-Vertreterin, ver.di hätte ja so toll gekämpft, wenn das Boot untergehen würde, wäre ver.di frei jeglicher Schuld...

Insgesamt fällt auf, dass es nur **in sehr wenigen Häusern funktionierende Betriebsgruppen** gibt; aber deren Vertreter treten auf den Versammlungen recht vernünftig und kritisch gegenüber der Streikleitung auf.

Bei den letzten Auseinandersetzungen wird deutlich, dass es **eine tiefe Kluft zwischen den Ärzten und den anderen Beschäftigten** gibt. Während die Ärzte eine Lohnforderung von »30 Prozent mehr« stellen... vergessen sie die Wochenarbeitszeit – und siehe da, so fällt auch der Abschluss des Marburger Bundes in der Charité Berlin aus! 42-Stunden-Woche, freiwillig eine 60-Stunden-Woche und eine Lohnerhöhung, so dass der Wegfall von Bereitschaftsdiensten in Zukunft bei den Ärzten zu keinen Lohninbußen führen wird. Die Begeisterung bei Ärzten in Hamburg, so



weit zu beobachten, ist eher verhalten ... dennoch erfahren die nichtärztlichen KollegInnen kaum Solidarität in ihren Auseinandersetzungen ... die meisten Ärzte sind auf ihre Lohnforderung fixiert und ihre Frustration tragen sie auf dem Rücken des Pflegepersonals aus. So wird immer mehr jede noch so denkbare Tätigkeit auf das Pflegepersonal abgewälzt und das, obwohl die Ärzte wissen, dass unsere Berufsgruppe in der letzten Zeit immer kleiner geworden ist.

Die Hierarchie im Krankenhaus erlebt derzeit Hochkonjunktur! So versuchen die Ärzte sogar Tätigkeiten auf das Pflegepersonal abzuwälzen, die ein sehr hohes Risiko für Beschäftigte dieser Berufsgruppe bedeuten. Um mal ein Beispiel zu nennen: Es gibt zwar eine Betriebsvereinbarung, dass das Abnehmen von Blut zur Bestimmung von Blutgruppen sowie das Anhängen von Konserven eine ärztliche Tätigkeit ist, dennoch versuchen viele Ärzte täglich, dieses auf das Pflegepersonal abzuwälzen... Bei einer Weigerung muss sich das Pflegepersonal dann anhören, dass man unter seinem Niveau arbeiten würde, dass es doch mal eine Herausforderung wäre, bis hin zu der Bemerkung, dass man einfach zu blöde wäre und man sollte sich nicht wundern, wenn man demnächst von Beschäftigten aus Polen ersetzt würde oder dass das Gehalt ja zurecht gekürzt werde!

Es kostet also täglich Kraft sich abzugrenzen, ohne dabei die Würde verlieren zu müssen. Natürlich hat auch der Druck auf die Ärzte zugenommen. So beschwerten sich zunehmend mehr Patienten und sogar der eine oder andere Chefarzt wird auch schon mal beurlaubt. und der Verwaltungsaufwand für die Patienten nimmt täglich zu.

Mal abgesehen davon, hat sich das Arbeitsklima seit der Privatisierung für alle anderen Beschäftigten verschlechtert. So bekam eine Kollegin in einem Haus eine Abmahnung, als sie sich als Teilzeitkraft weigerte, von der Stationsleitung eingeplante Überstunden zu machen. Eine andere Kollegin wurde massiv unter Druck gesetzt, als diese sich weigerte, an einer Notfallübung für die Fußball-WM teilzunehmen. Als sie sagte, sie habe zwei Kinder, hieß es, es sei ein Zelt vom Roten Kreuz für die Kinderbetreuung aufgestellt, sie könne trotzdem kommen. Dennoch blieb diese standhaft.

KollegInnen im Labor, im Einkauf, im Versorgungsbereich (300 KollegInnen) sind weiter von Personalabbau bedroht! Die Antwort von ver.di ist, da es sich um ältere KollegInnen handle, diese könnten ja ihr Rückkehrrecht zur Stadt Hamburg wahrnehmen! Das ist offener Zynismus angesichts der Tatsache, dass die Stadt Hamburg gar keine Arbeitsplätze für diese KollegInnen zur Verfügung hat, da sie die Krankenhäuser ja verscherbelt hat ...

12. 5. 06 ■

Berliner Bündnis gegen Privatisierungen

Am 11.02.2006 veranstaltete die Berliner Mietergemeinschaft einen Kongress zu Fragen der Privatisierung in der Stadt. Die Resonanz auf die Einladung war überraschend groß. Etwa 200 TeilnehmerInnen folgten dem Aufruf. Es wären sicher noch mehr geworden, wenn nicht gleichzeitig die Demonstration der Gewerkschaften gegen die Bolkenstein-Richtlinie stattgefunden hätte.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz kamen aus nahezu allen Gruppierungen der Linken. Bemerkenswert ist, dass auch Mitglieder der SPD an der Tagung teilnahmen. In der Partei haben sich die Privatisierungsgegner im sog. Donnerstagskreis zusammen geschlossen. Mit H.G.Lorenz gehört eines ihrer Mitglieder dem Abgeordnetenhaus an. Er ist der einzige Parlamentarier, der sich bis jetzt konsequent gegen die Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge durch den Senat ausgesprochen hat. Der Arbeitskreis, in dem auch die frühere stellvertretende Vorsitzende der SPD, Gerlinde Schermer, mitarbeitet, hat eine Vielzahl von Materialien zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen herausgegeben.

Auch die WASG war auf dem Kongress stark vertreten. Erstaunlich viele Teilnehmer ließen erkennen, dass sie Mitglieder der PDS seien. In dieser Partei wird die Privatisierungspolitik des Senates immer intensiver diskutiert. Bisher gibt es in der PDS aber noch keine Gruppierung, die gegen den Verkauf öffentlicher Einrichtungen mobilisiert. Ebenso waren Vertreter mehrerer linker Kleingruppen anwesend.

Den größten Teil der Teilnehmer stellten Betroffene, die in diversen Aktionsgruppen engagiert sind. Insbesondere im Mieterbereich haben sich viele zusammengeschlossen, um sich gegen die Folgen bereits vollzogener Verkäufe von senatseigenen Wohnungen zu wehren.

Andere haben sich in Initiativen organisiert, die den Verkauf der Wasserbetriebe rückgängig machen wollen. Sie fordern, auf der Grundlage unterschiedlicher Modelle, deren vollständige Rekommunalisierung. Ein kleinerer Teil der Anwesenden kam aus den Gewerkschaften, resp. aus dem Bereich betrieblicher Gruppen im Gesundheitswesen.

Dass es in Berlin gelungen ist, ein derart breites Spektrum politisch Aktiver für die Teilnahme an einem Kongress zu gewinnen und den dann noch in solidarischer Atmosphäre ablaufen zu lassen, ist allein das Verdienst der Mietergemeinschaft. In der 70er Jahren in der Frontstadt Berlin insbesondere von Mitgliedern der SEW als Alternative zum SPD dominierten Mieterverein gegründet, hat sie sich in den 80er Jahren dem Spektrum alternativer Projekte und Initiativen geöffnet. Die Mietergemeinschaft versteht sich als parteipolitisch unabhängige Organisation der Mieter, die auf der politischen Ebene deren Interessen gegenüber dem Senat vertritt. Sie beschränkt sich nicht auf die individuelle Beratung ihrer Mitglieder in konkreten Konfliktsituationen und sucht auch nicht von vornherein den Ausgleich mit den Vermieterorganisationen. Sie unterstützt den Zusammenschluss von Mietern in einzelnen Häusern und Stadtteilen zu aktiven Gruppen, weil diese nach ihrer Ansicht sich nur so erfolgreich gegen Hauseigentümer, Genossenschaften und private wie öffentliche Wohnungsgesellschaften wehren können. Sie thematisiert in ihrer Zeitschrift allgemeine wohnungspoliti-

sche Fragen und positioniert sich politisch. Nicht zuletzt hat sie sich für Hartz IV-Empfänger engagiert und bietet für sie eine kostenlose Beratung an. Mit anderen ebenfalls lokal verwurzelten Mieterorganisationen hat sie sich überregional vernetzt.

Entsprechend ihrem Selbstverständnis begriff die Mietergemeinschaft ihren Aufruf zu dem Kongress als Auftakt für eine intensive Diskussion in der Stadt. Ziel der Tagung sollte es sein, der neoliberalen Ideologie und den von ihnen behaupteten Sachzwängen eine »fundierte Argumentation« entgegenzustellen, um so aus der Defensive der letzten Jahre wieder gesellschaftlich in die Offensive zu gelangen. Bisher hat es weder bundesweit noch in Berlin einen solchen Versuch gegeben.

Das große Interesse an einer Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist auf zwei Gründe zurückzuführen. Einmal sind in Berlin wie in keiner anderen Großstadt der Bundesrepublik nahezu alle Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge ganz oder doch wenigstens teilweise privatisiert worden. Zum anderen gelang es der Mietergemeinschaft schon in der Vorbereitungsphase des Kongresses ein breites Spektrum der Privatisierungsgegner in die Planungen einzubeziehen. So entging sie der Gefahr, eine Veranstaltung nur für Fachleute und Insider zu organisieren.

Berlin, Vorreiter für Privatisierungen

Nahezu alle Bereiche der Daseinsvorsorge sind mittlerweile vom sog. Rot-Roten Senat, der Koalition von SPD und PDS, entweder in eine privatwirtschaftliche Rechtsform überführt oder an Privateigentümer oder Kapitalgesellschaften veräußert worden. Es gibt in der Mieterstadt Berlin (90 Prozent der Einwohner wohnen zur Miete) nur noch wenige Wohnungen, die sich im Besitz städtischer Wohnungsgesellschaften befinden. Selbst mit diesen Wohnungen betreibt der Senat eine Politik, die mit sozialstaatlichen Grundsätzen nicht mehr viel zu tun hat. Durch eine Reduzierung der staatlichen Förderleistungen treibt er die Mieten im sozialen Wohnungsbau derart in die Höhe, dass sie von denen, für die diese Wohnungen ursprünglich errichtet wurden, nicht mehr bezahlt werden können. Und überall dort, wo nach dem Verkauf von Wohnungsgesellschaften oder von größeren Wohnblöcken privatwirtschaftlich handelnde Eigentümer das Kommando übernommen haben, steigen die Mieten stärker als die Inflationsrate. Häufig versuchen die Neu-Besitzer unsinnige Modernisierungen durchzusetzen, um über die gesetzlich zulässigen Umlagen die Mieten zu erhöhen. Oder sie strapazieren die Obergrenzen des Mietspiegels bis zum äußersten, so dass viele ihre Miete nicht mehr aufbringen können und ausziehen müssen. Dann verkaufen die Neu-Eigentümer die Wohnungen zu einem mehrfachen des an den Senat bezahlten Kaufpreises.

Bei den privatisierten Gas- und Stromunternehmen gibt es kaum noch Kulanz bei Zahlungsrückständen. So stellte der Stromkonzern Vattenfall im vergangenen Jahr 25.000 Bürgern der Stadt den Strom ab, da sie ihre Rechnungen kurzfristig nicht mehr begleichen konnten.

In einigen Krankenhäusern werden die Patienten teilweise auf den Fluren versorgt, weil die engen betriebswirtschaftlichen Vorgaben keine Bettenreserven mehr zulassen. »Schwierige« Patienten werden von einzelnen Krankenhäusern nicht mehr aufgenommen und an andere Kliniken weitergereicht. Letztere sind in der Regel noch im Eigentum der öffentlichen Hand.

Zum Verlauf des Kongresses

Die Mietergemeinschaft vermied es, ihren eigenen Bereich ins Zentrum der Debatten zu stellen. Gleichberechtigt mit der Wohnungsfrage wurde die Wasserprivatisierung behandelt und die Situation im Gesundheitswesen der Stadt analysiert.

Eingebettet wurden die Falldarstellungen in einen theoretischen Teil, der sich mit den ökonomischen Hintergründen der derzeitigen Privatisierungsoffensive beschäftigt und in einen Teil, der sich mit der Frage beschäftigte, welche Schlussfolgerungen aus den Debatten des Tages gezogen werden mussten.

Als Ergebnis der Diskussionen verabschiedete der Kongress am Schluss eine Resolution, in der zur Frage der Privatisierung grundsätzlich Stellung genommen wurde. Die Entschließung wurde von nahezu allen Teilnehmern auch persönlich unterzeichnet. Mit der Erklärung wurde dazu aufgerufen, ein Bürgerbegehren ins Leben zu rufen, dass die Fragen der Privatisierung in der Stadt wach halten und dem Widerstand eine Plattform geben soll. Eine Initiative dazu hat sich mittlerweile konstituiert und drei Treffen abgehalten, an denen bis zu 50 Aktivisten teilgenommen haben. Aus diesem Kreis hat sich eine Koordinierungsgruppe gebildet, die die Plena und die Veranstaltungen des Bündnisses vorbereitet.

Perspektiven des Bündnisses

Eine Perspektive wird das Bündnis allerdings dauerhaft nur haben, wenn es die Probleme der Privatisierung nicht allein auf Fragen der Erhöhung von kommunalen Tarifen konzentriert. Alle Bürger der Stadt, auch Kleinunternehmer, sind betroffen, wenn die Preise für den Nahverkehr, den Strom und das Gas angehoben werden. Unmutsäußerung darüber verpuffen in der Regel schnell.

Auch reicht es nicht, allein die Umstände der Privatisierung anzuprangern. Etwa, in dem man die skandalösen Profitsicherungsklauseln bei den Wasserwerken dokumentiert. Oder indem man die Ausplünderung des Staates durch international tätige Beraterfirmen zur Sprache bringt. Diese begleiten alle Privatisierungen mit Rechtsgutachten, schreiben teilweise sogar die Gesetzestexte und kassieren dafür horrendes Honorare. Oder indem man die extrem niedrigen Verkaufspreise für Wohnungen anprangert, die geradezu als Einladung zur Spekulation begriffen werden müssen. Solche Entrüstungen bewegen zwar kurzfristig die Gemüter und können durchaus diejenigen für die Fragen der Privatisierung sensibilisieren, die bisher von diesen Vorgängen keine Kenntnis hatten, aber eine Grundlage für eine langfristig angelegte Politik können sie nicht bilden.

Entscheidend für den Bestand des Bündnisses wird sein, ob es ihm gelingt, die Interessen der von Privatisierung bedrohten und betroffenen Belegschaften zu einem Bestandteil der eigenen Arbeit zu machen.

Nahezu alle Privatisierungen sind verbunden mit drastischen Lohnsenkungen, mit der Erhöhung der Arbeitszeit, der

Verringerung oder gar gänzlichen Streichungen von Sozialleistungen, aber auch mit dem Abbau von Mitbestimmungs- und anderen Arbeitnehmerrechten. Privatisierungen haben auch mittelbar Folgen für andere Beschäftigte. Sie senken das Lohnniveau in der Branche und führen zu einer brutalen Konkurrenz zwischen den Unternehmern. So werden Teile der bisher in den kommunalen Betrieben geleisteten Arbeiten ausgegliedert und an Firmen vergeben, die die Leistungen billiger anbieten.

Aktivitäten der Beschäftigten, die in den privatisierten und den von Privatisierung bedrohten Unternehmen entstehen, müssen deshalb vom Bündnis unterstützt werden. Dies kann in Form von gemeinsamen Veranstaltungen geschehen, durch Austausch von Informationen, durch gemeinsame Arbeitsgruppen, durch Stellungnahmen zu aktuellen Konflikten usw. Es ist sicher nicht die Aufgabe des Bündnisses, die Arbeit der Gewerkschaften zu ersetzen und selbst Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu initiieren. Entscheidend ist, dass Vertreter von Belegschaften, die sich gegen die Privatisierung wehren, eingeladen werden und das Bündnis sie in der politischen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien und unternehmensnahen Interessengruppen unterstützt.

Anknüpfungspunkte dafür sind bereits vorhanden. So wenden sich die Betriebsräte der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM), gegen den Verkauf von Teilen des Unternehmens. Die Beschäftigten der noch in öffentlicher Hand befindlichen Charité befinden sich in einer Auseinandersetzung mit der Leitung des Krankenhauses. Die Unternehmensspitze beabsichtigt, die Löhne abzusenken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Auch gibt es erste Anstrengungen, ein breites Bündnis gegen den noch in diesem Jahr zu erwartenden Beschluss der Bundesregierung zum Börsengang der Bundesbahn herzustellen. Die Bahn hat bekanntlich ihren Sitz in Berlin und ist einer der größten Arbeitgeber in der Stadt.

Die Eigentumsfrage

Ob das Bündnis zu einem dauerhaft stabilen Forum der Privatisierungsgegner in der Stadt wird, lässt sich derzeit noch nicht einschätzen. Das Bündnis hat immerhin bewirkt, dass nach langer Zeit über den Kreis der in sozialistisch und kommunistischen Gruppierungen Organisierten hinaus endlich wieder die Eigentumsfrage öffentlich diskutiert wird. Der Ökonom Christoph Zeller hatte dies auf dem Kongress sowohl in seinem Referat wie auch in seinem abschließenden Statement angesprochen. Er wies darauf hin, dass derjenige, der die Eigentumsfrage etwa im Gesundheitswesen stelle und damit den Verbleib der Krankenhäuser in öffentlicher Hand fordere, auch die Frage beantworten müsse, wie denn die Eigentumsverhältnisse bei den Unternehmen der Pharmaindustrie oder denen der Medizintechnik aussehen sollen. Wenn man Teile des Gesundheitswesens in privater Hand lasse, würden weiterhin Profitinteressen die Entwicklung dieses Bereiches bestimmen.

Im Bündnis versuchen derzeit noch viele, die Eigentumsfrage lediglich auf den früheren öffentlichen Sektor zu beschränken und so einer grundsätzlichen Diskussion über die Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft auszuweichen. Doch früher oder später werden sie sich der Debatte darüber stellen müssen.

Berlin, 18. Mai 2006 ■



■ DER LÄNGSTE STREIK IN DER GESCHICHTE DER BERLINER METALLINDUSTRIE

Belegschaft von CNH seit zehn Wochen im Ausstand

Auch in Berlin ist die Bereitschaft von Belegschaften gewachsen, sich mittels Streik gegen die geplante Verlagerung der Produktion zur Wehr zu setzen. Das Vorgehen entspricht dabei der Taktik, wie sie bei AEG Nürnberg als auch in anderen Konflikten der jüngsten Vergangenheit eingesetzt wurde: Mit der Aufstellung von tariffähigen Forderungen (Ergänzungstarifvertrag) wird der Rahmen geschaffen für einen legalen Streik durch die IG Metall. Die hohen Kosten, die bei einer Durchsetzung des Ergänzungstarifvertrags entstünden, und der zugleich entstehende öffentliche Druck sollen die Konzerne zur Rücknahme ihrer Schließungspläne bewegen. In Berlin wurde so schon bei der angekündigten Schließung des Bosch/Siemens/Hausgerätekwerkes (BSH) verfahren – mit Erfolg. Die angesetzte Urabstimmung und ein drohender Streik bewogen Siemens im Vorfeld der Bundestagswahlen, die beabsichtigte Verlagerung der Produktion (zunächst?) auszusetzen (Arbeiterpolitik, Nr. 5/05).

Als am 21. Februar 2006 über 400 Kolleginnen und Kollegen der CNH Baumaschinenfabrik GmbH in den Ausstand traten, wussten sie, dass ihnen eine harte Auseinandersetzung bevorstehen würde. Dass ihr Arbeitskampf allerdings zum längsten Streik in der Geschichte der Berliner Metallindustrie werden würde, hat damals niemand geahnt. Vor fast neun Jahrzehnten, 1919, fand der bisher längste Ausstand statt. Er dauerte 55 Tage. In den vergangenen Wochen hat eine kleine Belegschaft Großes geleistet. Doch zunächst zur Vorgeschichte.

Wir sind O&K, wir bleiben hier, dafür streiken wir!

CNH verkörpert ein Stück Berliner Industriegeschichte. Die Baumaschinenfabrik wurde vor 130 Jahren, am 28. Januar 1876, von Benno Orenstein und Artur Koppel (O&K) gegründet. 1998 wurde das Spandauer Traditionsunternehmen von der Fiat-Tochter »New Holland« übernommen. Es erhielt, nachdem Fiat auch die amerikanische »Case Corporation« geschluckt hatte den Namen »Case New Holland« (CNH). Vor knapp zwei Jahren wurde der neue Werkleiter Dr. Schröder eingestellt. Dieser hatte sich bereits als Abwickler des CNH-Werkes in Neustadt bei Dresden im Sinne des Unternehmens bewährt und die Schließung des Betriebes ohne nennens-

werten Widerstand über die Bühne gebracht. Im November 2005 gab Schröder bekannt, dass die Produktion in Berlin Ende Juli 2006 nach Italien verlagert werden soll. Nur Konstruktion, technische Erprobung und Versand sollten in Berlin verbleiben, über 400 der 590 Arbeitsplätze wären damit vernichtet.

Seit November 2005 haben sich die Belegschaft und die Berliner IG Metall in Diskussionen und durch verschiedene Aktionen – lang andauernde Betriebsversammlungen, Kundgebungen etc. – auf den bevorstehenden Streik vorbereitet. Dabei galt es auch, einen Rahmen zu schaffen, der es der IG Metall erlauben würde, einen tariflich abgesicherten Streik zu führen. Denn ohne Streikunterstützung ist momentan keine Belegschaft bereit und in der Lage, einen längeren Ausstand durchzustehen. Die am 16. Februar 2006 stattgefundenen Urabstimmung erbrachte bei einer Wahlbeteiligung von 96 Prozent eine Zustimmung von 92 Prozent für den Streik.

»Die Kernforderungen des Ergänzungstarifvertrages sind:

- Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen für 24 Monate unter Fortzahlung der Vergütung.
- Die Firma trägt die Kosten der Qualifizierungsmaßnahmen
- Eine Abfindung in Höhe von drei Monateinkommen pro Beschäftigungsjahr zahlbar brutto für netto zuzüglich eines Grundbetrages sowie eines Erhöhungsbetrages für Unterhaltsverpflichtungen und Schwerbehinderung.
- Für Auszubildende soll die Firma die Kosten für die Beendigung der Ausbildung in einem anderen Betrieb und die Kosten für die einjährige Beschäftigung nach der Ausbildung tragen, ersatzweise eine entsprechende Abfindung zahlen.« (Website des Betriebsrates)

Der Beginn des Streiks

Der Ausstand begann am 21. Februar mit einer Lektion für den Werkleiter Dr. Schröder. Ausgerüstet mit einem Bolzenschneider versuchte er sich durch eines der Nebentore – es war mit einer Kette verschlossen – Zugang zum Betrieb zu verschaffen. Der Versuch scheiterte an seinen mangelnden handwerklichen Fähigkeiten. Das »Schröder-Tor« wurde zum Symbol. Ohne die Erfahrungen und das Können der

Belegschaft sollte innerhalb des Werkes für die nächsten Wochen nichts laufen. Dr. Schröder musste sich der Dienste der Justiz bedienen, um sich und den Streikbrechern den Weg in das Firmengelände zu ebnen. Doch dazu später.

Da absehbar war, dass der Streik nicht innerhalb weniger Tage zu einem Ergebnis führen würde, galt es von Anfang an, den Ausstand gründlich zu organisieren. 400 Kolleginnen und Kollegen mussten schließlich ein großes Werksgelände und drei Tore rund um die Uhr bewachen. Sechs Stunden Streikschicht vor einem der Tore und eine fast täglich stattfindende Streikversammlung gehören seither zum Tagesablauf der Belegschaft. Doch dabei blieb es nicht. Hinzu kamen zahlreiche Veranstaltungen, Besuche, Demonstrationen, das Verteilen von Flugblättern vor Einkaufszentren und die Unterstützung anderer Metaller bei den Ende März angelaufenen Warnstreiks. Der Ausstand kostet allen Beteiligten mehr Zeit und Nerven als der gewöhnliche Arbeitsalltag; doch die Gemeinsamkeit und die Solidarität von außen sollten die Mühen und Anstrengungen wettmachen. Die gewerkschaftlichen und politischen Erfahrungen ließen die Belegschaft und viele Unterstützer in den letzten Wochen zusammenwachsen.

Recht und Gerechtigkeit

Nach über einer Woche zeigte der Streik erste ökonomische Wirkungen. Die Firmenleitung, durch Liefertermine unter Druck, zog vor das Arbeitsgericht. Die IG Metall stimmte einem Vergleich zu, um einem gegen sie gerichteten Urteil abzuwenden.

»Die gerichtlichen Auflagen in Kürze:

Alle Sperrvorrichtungen (Schlösser, Zwingen etc.) müssen entfernt werden. Eine Drittfirma wird auf Kosten der IG Metall beauftragt, die Schlösser zu entfernen – die Vertreter der Belegschaft haben sich geweigert Hand anzulegen.

Es muss eine 5,5 Meter breite Gasse als Zu- und Abfahrt vom Werksgelände am Haupttor (3 Meter an anderen Toren) gewährleistet werden – alle ‚Arbeitswilligen‘ sowie Kunden, Zulieferer oder sonstige Dritte müssen hindernisfreien Zugang zum Werksgelände haben. [...]

Alle Auflagen müssen bis Sonntag 12.00 Uhr erfüllt werden. Bei Zuwiderhandlung droht der IG Metall ein Strafgeld in Höhe von 50.000,- Euro.« (Streikzeitung Nr. 9, 5. 3. 06)

Das Gericht sprang ein, wo die Firmenleitung mit ihrem Latein und der Werksleiter mit dem Bolzenschneider am Ende waren. Mit einem derartigen Urteil werden den Streikenden die ökonomischen Druckmittel genommen, insbesondere wenn es um den Erhalt der Arbeitsplätze geht. Mit Hilfe der Rechtsprechung sollen die Ausfuhr von fertigen Produkten (Baggern) als auch der Abtransport von Maschinen und Produktionsmitteln ermöglicht werden.

Die Vorbereitung dazu begann in der dritten Streikwoche. Vor den Werkstoren abgestellte Bagger blockierten den Zugang zum Betriebsgelände. Es gelang zunächst durch den Streikbruch von Kollegen der Firma Rohwedder, ein Handels- und Servicecenter von CNH, die Baumaschinen von den Toren in das Innere des Betriebes zu transportieren. Die Belegschaft ließ sich dadurch nicht entmutigen. Sie reagierte spontan. In einem Autokorso besuchte sie am 13. März die Firma Rohwedder, um vor dem Werksgelände ihren Unmut über den Streikbruch Ausdruck zu verleihen. *»Erst bringen wir euch bei, unsere Geräte zu bedienen und dann fällt ihr uns in den Rücken. Vielleicht wird es euch eines Tages*

genauso gehen wie uns, und dann braucht ihr unsere Solidarität, denkt darüber nach. Sagt nein zum Streikbruch!« Das Baumaschinen-Hindernis konnte die Geschäftsleitung mit Hilfe der Streikbrecher beseitigen, doch die Belegschaft sorgte in den kommenden Wochen dafür, dass trotzdem keine Geräte und Bagger das Werksgelände verließen.

Für den täglichen Empfang der Streikbrecher, des Werkleiters Dr. Schröder und des Geschäftsführers Dr. Brammertz ließ sich die Belegschaft immer wieder Neues einfallen. Mal stiegen 99 Luftballons zu ihren »Ehren« in die Höhe, ein anderes Mal hüllte Nebel die »Helden der Arbeit« ein. Damit sie dennoch jederzeit erkennbar bleiben, wurden ihre Fotos auf einer großen Plakatwand vor dem Haupttor ausgestellt.

Solidarität und Unterstützung

Im Verlauf des Streiks nahmen auch die Solidaritätsbekundungen und -besuche zu. Von den Lokalpolitikern (Spandau CDU-Bezirksbürgermeister Birkholz) über die »Größen« der Stadt (Bürgermeister Wowereit, SPD und Wirtschaftsminister Wolf, PDS) bis zu Wolfgang Thierse und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Struck reicht die Liste der Parteienvertreter. Besondere Aufmerksamkeit fand Oskar Lafontaine. Er war einer der wenigen Politiker, die nicht nur den FIAT-Konzern anprangerten, sondern auch den Unmut vieler Beschäftigter mit der Politik der alten und der neuen Bundesregierung zum Ausdruck brachte. Sein Vorschlag Betriebsschließungen gegen den Willen der Belegschaft zu verbieten, wenn die Firmen schwarze Zahlen schreiben, fand denn auch viel Beifall. Er brachte auch die Frage des Generalstreiks zur Sprache: *»Was in Frankreich üblich, müsse auch in Deutschland möglich sein.«* Offen blieb, wie die berechtigten Anliegen denn in die Tat umgesetzt werden könnten. Es würde den Rahmen des Artikels sprengen, auf alle Politikerbesuche einzugehen. In ihrem Gehalt glichen deren Reden und Beteuerungen denen der Politikprominenz bei AEG in Nürnberg (siehe Artikel dazu) Der bisherige Druck hat immerhin dazu geführt, dass der Berliner Senat von CNH die Rückzahlung öffentlicher Fördermittel in Höhe von 70 Millionen Euro im Falle der Schließung verlangen will. Ob dies dann tatsächlich geschieht und auch Aussicht auf Erfolg hat, sei dahingestellt. Es wird jedenfalls nicht ausreichen, um den FIAT-Konzern zum Nachgeben zu zwingen. Dazu bedarf es nicht nur der verbalen, sondern der praktischen Solidarität und einer gemeinsamen politischen Stoßrichtung der DGB-Gewerkschaften im Kampf gegen die weitere Arbeitsplatzvernichtung.

Wichtiger waren in den letzten Wochen die Besuche von Delegationen anderer Belegschaften und Gewerkschaften. Auch hier sei – stellvertretend für viele – der Auftritt der Nürnberger AEG'ler genannt. Als sie am Morgen des 28. Februar eintrafen, machte die Meldung über eine Einigung in Nürnberg die Runde. Genauere Konditionen des Kompromisses waren noch nicht bekannt. Die Einigung in Nürnberg stieß natürlich nicht auf spontane Zustimmung, hatte die CNH-Belegschaft doch gehofft, zumindest eine zeitlang gemeinsam im Ausstand zu stehen und ihren Gegenbesuch schon angekündigt.

Anders als in Nürnberg, wo der Streik der AEG-Belegschaft zum Symbol für die gesamte Region wurde, gestaltet sich die Herstellung von Solidarität in Berlin schwieriger. Hunderttausende von Arbeitsplätzen wurden in den vergangenen 15 Jahren in der Industrie und im öffentlichen Dienst

abgebaut. Vom Kabelhersteller Alcatel in den 90er Jahren bis zum koreanischen Bildschirmhersteller Samsung, der Ende 2005 seine Produktion in Berlin einstellte, reicht die umfangreiche Liste der Arbeitsplatzvernichtung in der Berliner Metall- und Elektroindustrie. In den seltenen Fällen, wo es Widerstand gab, blieben die betroffenen Belegschaften im Wesentlichen auf sich allein gestellt. Zwar gab es Solidaritätsadressen und Besuche von anderen Belegschafts- und Gewerkschaftsvertretern und von Politikern sowie deren Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen – zum Symbol bzw. Signal für die breite Öffentlichkeit in der Hauptstadt wurde keiner der bisherigen Konflikte.

DGB-Aktionskonferenz gegen Arbeitsplatzabbau

Die zahlreichen Appelle von Gewerkschaftsvertretern und Politikern an das soziale Gewissen bzw. die soziale Verantwortung der Gegenseite finden zwar den Beifall vieler Streikender, bleiben aber angesichts der Macht- und Eigentumsverhältnisse in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung wirkungslos. Die Erfahrungen bei BSH, JVC oder Samsung haben die IG-Metall Berlin bewogen, auch auf DGB-Ebene aktiv zu werden. Zwar wurde auch bei den Auseinandersetzungen um den Erhalt der Waschmaschinenproduktion beim BSH ein Solidaritätskomitee auf Initiative der IGM gegründet. Die Mehrheit in diesem Komitee bestand aus Vertretern oder Mitgliedern politischer Organisationen, die zum Teil ohne Kenntnis der betrieblichen Bedingungen dort über ihre Wunschvorstellungen diskutierten. Um eine breitere Wirkung zu erzielen, musste die Gewerkschaft die Organisation der Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit in die eigenen Hände nehmen. Auftakt bildete eine Zusammenkunft im Berliner IG Metall-Haus mit 70 Vertretern aus den verschiedensten Betrieben und Gewerkschaften. Am 28. Januar fand dies mit der ersten Aktionskonferenz im Berliner DGB-Haus seinen gewerkschaftsübergreifenden Rahmen.

Anwesend waren neben zahlreichen Vertretern aus Metallbetrieben u.a.: der Vorsitzende der ver.di-Betriebsgruppe an der Charité, eine Betriebsrätin der Telekom aus dem Bereich Privatkundenbetreuung, ein Vertreter von ver.di (Bereich Handel), ein Sekretär der NGG sowie der Betriebsratsvorsitzende der S-Bahn. Alle Berichte lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Der Abbau von Arbeitsplätzen hält an, die Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen nehmen weiter zu. Deshalb wurde eine engere Kooperation zwischen den betroffenen Betrieben vereinbart. Zwischen dem Betriebsrat der S-Bahn und der ver.di-Betriebsgruppe der Charité gibt es diese Kooperation schon seit längerem. Es wurde auch vereinbart, möglichst die Sitzungen oder Veranstaltungen von betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien im Streikzelt von CNH anzuhalten.

Ein weiteres Resultat der Aktionskonferenz war der Aufruf der Berliner Betriebe CNH, Charité, Telekom und der S-Bahn. »Wir kämpfen gemeinsam für die Zukunft dieser Stadt, ihrer Beschäftigten und deren Familien. Wir brauchen eine Perspektive für unsere Kinder und Jugendlichen. Sie müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, in dieser Stadt eine qualifizierte Ausbildung und einen Arbeitsplatz zu erhalten.« In den Auseinandersetzungen um die



Schließung von CNH entwickelten sich Ansätze einer branchen- und gewerkschaftsübergreifenden Zusammenarbeit.

Gewerkschaftliches Leben von unten

Unzählige Gewerkschaftsveranstaltungen, Vertrauensleute- und Betriebsratssitzungen und der Auftakt zur Tarifrunde 2006 in Berlin-Brandenburg und Sachsen fanden inzwischen im CNH-Streikzelt statt. Ein Leben, wie man es in den Verwaltungsgebäuden der Gewerkschaften seit Jahren nicht mehr antreffen kann, hat sich entwickelt. Wenn nur ein kleiner Teil der übergreifenden Zusammenarbeit nach dem Ende des Kampfes bei CNH erhalten bliebe, wäre es für die Berliner Gewerkschaften ein Gewinn.

Neben den gewerkschaftlichen Sitzungen trugen auch die an Samstagen veranstalteten Streikfeten und der Auftritt von Künstlern zum Zusammenhalt der Belegschaft und ihrer Unterstützer bei. So trat zum Auftakt der Tarifrunde 2006 der Kabarettist Martin Buchholz auf; der Schauspieler Rolf Becker trug am 24. März Gedichte von Brecht, Heine und Tucholsky vor und überbrachte die Solidarität des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst, Kultur und Industrie aus Hamburg (siehe Kasten). Zum kulturellen Programm der Belegschaft gehörte auch der Besuch des Brecht Ensembles. Im Anschluss an die Vorführung – gespielt wurde »Die Mutter« von Brecht – fand eine Diskussion im Theater statt.

Am 12. März besuchte IBF-Boxweltmeister Arthur Abraham die Belegschaft von O&K. Für das KO der Geschäftsführung müssen allerdings die Kolleginnen und Kollegen selber sorgen. Sie bleiben dabei auf die praktische Solidarität angewiesen, denn ein Konzern wie FIAT lässt sich nicht allein durch eine einzelne Belegschaft in die Knie zwingen.

O&K gegen FIAT: 3 zu 0

In der letzten Märzwoche – Streiktag 37 – leitete Dr. Schröder eine neue Runde der Auseinandersetzung ein. »Heute wollte der Werksleiter Schröder mal seinen Vorgesetzten aus Italien zeigen, dass er die Sache voll im Griff hat. Der Schuss ist nach hinten losgegangen. Aber der Reihe nach: In den frühen Morgenstunden tauchte ein Tieflader in der Staakener Straße auf. Der Auftakt zum geplanten Abtransport von weiteren Baggern vom Werksgelände. Entgegen allen Absprachen.« Dr. Schröder ließ es sich nicht nehmen, auf dem Beifahrersitz des Sattelschleppers Platz zu nehmen. Er wollte wohl im Triumphzug die Gasse der Streikenden passieren. Diese erwies sich als zu eng. »Nach langem Hin und Her und einiger Auf-



regung fuhr der Tieflader am Nachmittag zurück, ohne dass ein Gerät das Werksgelände verlassen hat. Die Streikenden haben unter den Augen der vielfach anwesenden Presse ihr Entschlossenheit und ihre Kampfkraft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Trotz der provozierenden Vorgehensweise des Managements musste die Polizei nie eingreifen.« (Streikzeitung Nr. 27)

Die Niederlage wollte Dr. Schröder nicht auf sich sitzen lassen. Durch Bodyguards geschützt und mit einer Kamera ausgerüstet ließ er sich anschließend durch die Streikenden geleiten. Anscheinend kann er mit einer Digitalkamera besser umgehen als mit einem Bolzenschneider. Am nächsten Tag drohte er der Streikleitung und dem Betriebsrat mit der Einleitung zivil- und strafrechtlicher Schritte gegen einzelne Streikposten. Das bildete den Auftakt für einen erneuten Versuch, Bagger vom Betriebsgelände zu schaffen. Diesmal hatte die Firmenleitung sich die Abendstunden des Freitags ausgesucht – wohl hoffend, dass sie es dann nicht mit so vielen Streikposten zu tun hätte. Doch die für derartige Fälle eingerichtete Telefonkette funktionierte. Der Fahrer des Tiefladers sah sich etwa 300 Kolleginnen und Kollegen gegenüber. Fahnschwenkende Kollegen surften auf der Ladefläche, während der Laster drei Mal langsam am Haupttor vorbeifuhr. Der Fahrer weigerte sich schließlich aus Sicherheitsgründen, den Lkw durch die Gasse der versammelten Belegschaft zu bugsieren. Unter dem Geheul von Sirenen, Trillerpfeifen und dem Beifall der Versammelten fuhr er unverrichteter Dinge davon. Die Streikleitung bedankte sich in einer spontanen Rede bei Dr. Schröder. Der habe mit seinen Provokationen dem Streik und der Motivation der Belegschaft neuen Schwung verliehen. Auch ein dritter Versuch, die dringend benötigten Bagger vom Betriebsgelände zu schaffen, schlug fehl.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktivitäten der Belegschaft beschränkten sich nicht auf die »Bewachung« des Werksgeländes und den Empfang von Solidaritäts-Besuchern im Streikzelt. Die Streikenden gingen mit vielfältigen Aktionen selbst in die Öffentlichkeit. Dazu gehörten u.a.:

- Die Teilnahme an Kundgebungen anlässlich der Warnstreiks in der Metalltarifrunde.
- Der Besuch der FIAT-Verkaufsfiliale in Berlin und des italienischen Standes auf der Internationalen Tourismus Börse.

- Informationsstände in der Berliner Innenstadt.
- Mehrere Streikkundgebungen und -feste auf dem Spandauer Markt. Die Kinder der Streikenden traten dabei als Acapella-Chor auf. Im Rahmen der »Kunstklänge« wurden auf dem Fest einem FIAT-Pkw mit Vorschlagshämmern Streiktöne entlockt.
- Vor dem Reichstag wurde das bisher längste Transparent (1,2 km) enthüllt. Die Namen von 600 Berliner Metallbetrieben sowie die Aufforderung zur Solidarität mit O&K hatten Kollegen in tagelanger Arbeit auf die Stoffbahn gemalt.
- Am 1. Mai werden 50 Kolleginnen und Kollegen nach Turin/Italien fahren, um gemeinsam mit italienischen Gewerkschaftern zu demonstrieren.

Geschlossenheit im Kampf

Wer eine der vielen Versammlungen oder Streikfeste besucht hat, der wurde von der Stimmung und Atmosphäre gefesselt. Persönliche Differenzen und Vorurteile, Spannungen zwischen Arbeitern und Angestellten und zwischen Kolleginnen und Kollegen verschiedener nationaler und kultureller Herkunft, die so oft das Arbeitsleben prägen, spielten keine Rolle mehr. Alte Gräben wurden im Kampf für die gemeinsamen Interessen überwunden oder zugeschüttet. Besonders beeindruckend und deutlich war das für mich auf dem »türkischen Abend« am 47. Streiktag.

Die Streikleitung, der zuständige IGM-Sekretär sowie der Betriebsrat haben durch ihren Einsatz zum Entstehen dieser Gemeinsamkeit viel beigetragen. Sie haben die wesentlichen Entscheidungen immer wieder auf den regelmäßigen Streikversammlungen zur Diskussion und – wenn nötig – zur Abstimmung gestellt. Die Belegschaft selbst und nicht ihre Vertretung wurde zum entscheidenden Akteur.

Trotzdem ist es erstaunlich, mit welcher Geschlossenheit, Energie und Kreativität die Belegschaft auch nach acht Wochen den Arbeitskampf weiterführte. Denn von CNH bzw. FIAT war bis dahin kein Entgegenkommen zu erkennen; sie beließen es bei unverbindlichen Gesprächen ohne konkrete Angebote. So sollten die Streikenden zermürbt werden. Des Weiteren versucht die Firmenleitung über die Einigungsstelle und das Arbeitsgericht, dem Betriebsrat einen Sozialplan aufzuzwingen. Dann hätte sie arbeitsrechtlich die Mög-



lichkeit, Entlassungen vorzunehmen. Der Ausstand wäre damit unterlaufen.

Nach über 50 Tagen Streik und Werksblockade nahm auch für CNH der Druck zu. Die Werkleitung war nicht mehr in der Lage, vereinbarte Liefertermine einzuhalten. Es drohten nicht nur Konventionalstrafen sondern auch der Wechsel von Kunden zur Konkurrenz. Baufirmen sind an Termine gebunden und damit auf pünktliche Lieferung von Baumaschinen angewiesen. Deshalb werde die Firmenleitung während der Osterfeiertage oder unmittelbar danach erneut versuchen, den Abtransport von Baumaschinen zu erzwingen, so die Einschätzung der Streikleitung. Verstärkt wurde diese Vermutung, als unmittelbar vor den Feiertagen der Geschäftsführer Dr. Brammertz allen Streikenden per Einschreiben mit ihrer fristlosen Entlassung drohte.

»Sehr geehrte/r Frau/Herr [...]

[...] Wir haben bisher jede Eskalation zu vermeiden gesucht und stets an ihre Rechtstreue appelliert [...] Leider scheinen unsere Appelle an die Vernunft der Streikenden vergebens gewesen zu sein, wie die letzten rechtswidrigen Handlungen, insbesondere die tätlichen Angriffe auf Arbeitswillige und die Blockade des Werkstores in der 11. und 13. Kalenderwoche, zeigen. Sofern Sie sich an dem Streik beteiligen, fordern wir sie ultimativ dazu auf, nicht an rechtswidrigen Handlungen teilzunehmen und arbeitswillige Kolleginnen und Kollegen sowie Fahrzeuge jeglicher Art ungehindert die Werkstore pas-

sieren zu lassen. [...] Wir werden zukünftig derartige rechtswidrige Handlungen, an denen Sie sich beteiligen, ohne eine weitere vorherige Warnung durch entsprechende arbeitsrechtliche Maßnahmen insbesondere auch die außerordentliche Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses sanktionieren. Wir weisen zudem darauf hin, dass Sie im Falle einer Kündigung einen etwaigen Anspruch auf Zahlung einer Abfindung aus dem Sozialplan verlieren, und Sie sich durch die Teilnahme an einer Torblockade möglicherweise schadenersatzpflichtig gegenüber dem Unternehmen machen. Verhalten Sie sich bitte auch im Streik in Ihrem und im Interesse Ihrer Kolleginnen und Kollegen zukünftig gesetzeskonform.«

Ein Erfolg der Geschäfts- und Werkleitung hätte nicht nur deren Verhandlungsposition gestärkt. Es würde ihr auch ermöglichen, die Taktik des Aushungerns und Zermürbens weiter fortzusetzen. So weit wollte es die Belegschaft nicht kommen lassen. Deshalb wurde auf den Streikversammlungen vor Ostern nochmals vereinbart, einen erneuten Versuch des Abtransports von Baumaschinen unter allen Umständen zu verhindern. Das Wie wurde nicht auf der großen Streikversammlung, sondern in kleineren »Kreativgruppen« besprochen. Mit der zunehmenden Dauer und Härte der Auseinandersetzung waren die Streikenden gezwungen, nach neuen Mitteln und Wegen des zivilen Ungehorsams zu suchen, sollte ihrem Ausstand nicht das einzige ökonomische Druckmittel genommen werden.

Die Belegschaft hat in ihrem Streik Erfahrungen machen müssen und Erkenntnisse gewonnen, die noch vor Monaten keiner der Beteiligten für möglich hielt. Auch die Kolleginnen und Kollegen von CNH hatten sich in der Vergangenheit nicht anders verhalten, als die große Masse der abhängig Beschäftigten. Die Passivität überwiegte. Egal mit welchem Verhandlungsergebnis der Ausstand enden wird, in diesen Erfahrungen und Erkenntnissen liegt der gewerkschaftliche und politische Gewinn für die Zukunft. Nutzen wir ihn für die weitere Arbeit und die Diskussion in den Gewerkschaften, damit andere Belegschaften aus diesen Erfahrungen lernen können.

Berlin, 23. April 2006 ■



»Il Quarto Stato – Der vierte Stand«. Gemälde von Giuseppe Pellizza da Volpedo, 1889 – 1891 gemalt. Das Original hängt in Turin, es ist eine Würdigung der ersten Landarbeitereufstände in Italien. Diese aktualisierte Fassung entstand während des CNH-Streiks in Berlin (digitale Montage: K. Meier)



■ DER LÄNGSTE STREIK

Ist der AEG-Streik der Vorbote eines neuen Kampfgeistes?*

Vor dem Hintergrund des größten Exportbooms aller Zeiten, der Gewinnexplosionen der Konzerne und angesichts der Luxuswelt des wohlhabenden Teils der Bevölkerung verdichtet sich der Eindruck, dass zunehmend die von Entlassungen und sozialer Zurückstufung betroffenen Lohn- und Gehaltsabhängigen sich nun mehr zu wehren beginnen als die Jahre zuvor. Dabei sind Streiks und andere Kampfmaßnahmen nicht mehr verpönt; wenn sie als Abwehrmethoden gelten, finden sie dann auch Sympathie im gesellschaftlichen Umfeld. [...]

Besonderen Einfluss auf die Kampfbereitschaft der AEG-Belegschaft in Nürnberg hatten vor allem die vorhergegangenen Ereignisse in der Region selbst. Einerseits gab es in den vergangenen Jahrzehnten in Westdeutschland wohl nur noch im Ruhrgebiet ein solches Ausmaß an industriellem Niedergang wie im Nürnberger Raum – Bayerns einstigem Industriezentrum. Triumph-Adler, Grundig, Hercules, Adtrans, MAN, Zweiradunion, Bahn-AW und Kugel-Müller; die Namen erinnern nur noch an eine glänzende Vergangenheit. Ein ganzer Stadtteil Nürnbergs wurde zur Industrierüste. Nur selten, wie beim Kampf um AEG-Kanis, konnte die streikende Belegschaft einen Sieg davontragen. Doch seither hat sich die Situation für die Arbeiterinnen und Arbeiter noch weiter verschlechtert. Der Strukturwandel brachte der Metall- und Elektroindustrie im Raum Nürnberg einen enormen Verlust an Arbeitsplätzen. Seit den 70er Jahren sank ihre Anzahl von 130.000 auf 56.000. Die Zahl der Mitglieder der IG Metall schwand von 51.000 auf 31.000. Obwohl geschwächt, konnten die Nürnberger Gewerkschafter in letzter Zeit auch einige Unternehmerangriffe zurückweisen. Das Siemens-Trafowerk wurde vorerst gerettet. Bei INA-Scheffler/FAG versuchte die Betriebsleitung vergebens, unbezahlte Mehrarbeit durchzusetzen. Die Betriebsleitung des Kabelherstellers Nexans (1.800 Beschäftigte) trieb die Provokation auf die Spitze. Wahrscheinlich glaubte sie, nach dem verlorenen Ost-Streik der IGM, sich alles erlauben zu können. So schloss sie hinter dem Rücken von Betriebsrat und Gewerkschaft mit der Christlichen Gewerkschaft (CGM) einen Haustarifvertrag mit Verschlechterungen, die rund zehn Millionen Euro einbringen sollten. Die CGM hat im ganzen Bundesgebiet nur 100.000 Mitglieder und ist deshalb nach Ansicht der IGM nicht tariffähig. Nach Auseinandersetzungen und Werksblockade mußten die Nexans-Bosse wieder zurückstecken,

auch angesichts der Rechtslage. Jürgen Wechsler, der 2. Bevollmächtigte der IGM-Nürnberg zog die Lehre: Er glaube nicht, daß Streiks als Instrument des Arbeitskamps ausgedient haben. »Im Gegenteil: Wir sehen eine Renaissance«. Kurz darauf mußte er schon als Streikleiter des AEG-Werks Nürnberg seinen Pflichten nachkommen.

Der Kampf um den AEG-Standort Nürnberg

Das AEG-Werk Nürnberg besteht schon über 80 Jahre. Noch 1993 arbeiteten dort 3.800 Menschen, heute 1.750. Das Werk wurde an den schwedischen Global Player Electrolux verkauft. In den letzten Jahren musste die Belegschaft schon viele Abstriche hinnehmen; ihre Arbeitszeit wurde auf 30 Stunden reduziert. Nun soll es wegen »mangelnder Rentabilität« geschlossen und die Produktion nach Italien und Polen verlagert werden. Die Angebote des Betriebsrats zu noch mehr Zugeständnissen nützten nichts. Alle Interventionen und Besuche, auch von Ministern und dem Oberbürgermeister in Stockholm waren vergeblich. Für Konzernchef Straberg war der Standort Nürnberg nur ein Mosaiksteinchen in der Gesamtstrategie der generellen Verlagerung der Fabriken aus den westeuropäischen »Hochlohnländern« in das »frühkapitalistische« Osteuropa, ohne Gewerkschaftseinfluss und ohne viel Reglementierungen. Von 20 Standorten in Westeuropa werden 13 geschlossen. Bei so einer gewaltigen Umorientierung spielen dann eben »Reibungsverluste« von einigen hundert Millionen Euro wie etwa in Nürnberg keine Rolle. Ebenso ist es kein Hinderungsgrund für die Fabrikschließung, wenn ein Werk noch schwarze Zahlen schreibt – es gilt für die Kapitalisten immer noch schwärzere zu schreiben. Arbeiter, die sich über die »Fremdbestimmung« aus dem 1.000 km entfernten Stockholm aufregen, seien daran erinnert, wie Siemens-Boss Pierer aus Franken das Erreichen von 15 Prozent Rendite als Maßstab zur Abstoßung einzelner Konzernteile erklärte. Im Fall AEG herrschte lange Zeit noch große Hoffnung, die Werkschließung verhindern zu können – eine Version, die auch von der IG-Metall vertreten wurde. Aus den dargestellten Gründen war das von Anfang an eine Illusion, da es für das Management auch darum ging, bereits aufgebaute »gewaltige Überkapazitäten« (metall) abzubauen. Die Argumente der Konzernseite waren deshalb nie ganz ernst zu nehmen – sie dienten der propagandistischen Verdrehung. Übrigens erzielte der Konzern im letzten Quartal eine Gewinnsteigerung von 18,9 Prozent, trotz der Umstrukturierungskosten. 2004 betrug der Gewinn insgesamt 667 Millionen Euro, bei einem Umsatz von 13 Milliarden Euro. (Der Umsatz auf dem deutschen Markt macht nur 55 Prozent

Nachstehenden Artikel haben wir der »Arbeiterstimme« Nr. 151, Frühjahr 2006, entnommen, allerdings leicht gekürzt. Sie ist zu beziehen über: Thomas Gradl · Postfach 910307 · 90261 Nürnberg



Ein Nürnberger AEG-Kollege überreicht einem Berliner Kollegen von CNH ein Geschenk an die Belegschaft (8. März)

aus). 62.000 Shareholder, darunter die Wallenberg-Gruppe, profitieren von der Dividende. Mit ihr ging es bergauf. Pro Aktie gab es 2000 vier Kronen, 2002 sechs Kronen und 2004 sieben Kronen. Der Oberboss Straberg hat wohl kaum eine Ahnung, mit wie wenig Geld ein entlassener Familienvater auskommen muss. Sein Jahresgehalt soll zwei Millionen Euro betragen.

Da der Streit um die Rentabilität des Nürnberger Werks in der Öffentlichkeit und bei den Streikenden eine große Rolle spielt – selbst CSU-Wirtschaftsminister Huber bezweifelt die Kostenlücke – soll darauf eingegangen werden:

Während Belegschaft, Gewerkschaft und Sympathisanten der Konzernleitung vorwerfen, ein Werk zu schließen und zu verlagern, das noch Gewinne abwerfe, behauptet die Unternehmenseite, das Nürnberger Werk schreibe zwar gerade noch schwarze Zahlen, aber die stammten nur noch vom Exportanteil (60 Prozent). Es sei jedoch nur eine Frage der Zeit, bis der Preisverfall auch die übrigen Länder Europas erfasse. Der deutsche Markt sei gesättigt, der Umsatz in fünf Jahren um 30 Prozent zurückgegangen. Man zahle im Inland pro Gerät 45 bis 60 Euro drauf. Es gebe eine starke Konkurrenz, vor allem aus Asien und der Türkei. Die Premium-Marke AEG sei nicht mehr wettbewerbsfähig. Electrolux befinde sich auch in härterer Weltmarktkonkurrenz mit dem US-Branchenführer Whirlpool.

Entscheidende Zahlen und Behauptungen wurden von der Belegschaft und der IGM bestritten. Der Nürnberger Oberbürgermeister Maly (SPD), der sich sehr für die Erhaltung des Werks einsetzt, warf Straberg vor, die 230 Millionen Euro Verlagerungskosten, die genannt wurden, rentierten sich erst nach 13 Jahren.

Doch auch »metall« mußte feststellen: »Der Markt mit der Weißen Ware hat seine Tücken.« Die Preise seien um rund 15 Prozent gefallen, die Kosten für Rohstoffe, wie Stahl, hingegen enorm gestiegen. Mit den beiden Betrieben in Polen habe Electrolux »gewaltige Überkapazitäten aufgebaut«. Ab 2006 sollen dort etwa zwei Millionen Waschmaschinen und Geschirrspüler produziert werden. Bei einer Untersuchung Professor Bierbaums vom Ifo-Institut kam die Geschäftsleitung schlecht weg, deckte er doch deren Manipulation auf. Sie hatte mit Halbwahrheiten und Weglassungen gearbeitet und Kostenberechnungen gefälscht.

Doch unabhängig davon, bis zu welchem Grad das Nürnberger AEG-Werk noch Gewinne abwirft und um wie viel

Oldenburger Metaller in Nürnberg

Für den 7. Februar hatte die IGM mit einem Aktionstag »Weiße Ware« bundesweit alle Belegschaften der Haushaltsgerätebranche zu Solidaritätsaktionen für die Nürnberger AEG-Kollegen aufgerufen. Als sich die Oldenburger IG Metall mit 400 Kolleginnen und Kollegen der Belegschaft des Elektromotorenherstellers ACC in Nürnberg ankündigte, glaubten der Nürnberger Metaller auf den Arm genommen zu werden. Doch ein Sonderzug mit fast 400 Oldenburger Kollegen rollte in Nürnberg an. In Nürnberg war die Begeisterung groß. Zur Demonstration und Kundgebung waren auch Kolleginnen und Kollegen von Miele Gütersloh, von Bosch-Siemens-Hausgeräte Berlin und Neustadt, von Iveco und Evo Bus in Ulm, von Liebherr, Leistriz, Bauknecht und NEFF in Bretten sowie von einem IG-Metall-Seminar in Lohr/Main gekommen.

Wenn von 430 ACC-Kollegen fast 400 in Nürnberg ihre Solidarität zeigen, dann ist das schon etwas. Und das kommt nicht von ungefähr: ACC-Motoren in Oldenburg gehört mit zum Wallenberg-Imperium. 180 Kollegen sollen Mitte des Jahres überflüssig werden, wenn Produktion nach Osteuropa verlagert wird. Die Oldenburger Kolleginnen und Kollegen sehen das als Anfang vom Ende an und regen sich also beizeiten. Sie wissen, dass man auch einen Sozialtarifvertrag nicht umsonst bekommt. Bei ihnen läuft schon jetzt »Dienst nach Vorschrift«, der gegen eine Lagerhaltung gerichtet ist.

Unter dem Eindruck des Kampfes der Nürnberger AEG-Belegschaft ist die italienische Konzernleitung von ACC-Oldenburg mit den Vertretern der Belegschaft der Oldenburger Elektromotorenbauer in Verhandlungen über eine Weiterführung des Betriebes eingetreten. ■

mehr die Belegschaft noch bereit wäre, sich ausplündern und spalten zu lassen, so sind es zwei gewichtige Faktoren, die auch bei einem lang anhaltendem Streik die Verhinderung der Werksschließung nahezu ausschließen. Der eine ist die Politik der vollendeten Tatsachen durch die Stockholmer Zentrale. Auch ein einige Wochen früherer Streikbeginn hätte nichts daran geändert, dass der Aufbau der modernen Werke in Polen längst im Gange ist. In Nürnberg wurde seit sechs Jahren nichts mehr investiert; es wurde zu wenig auf höhere Qualität gesetzt. Die Betriebsräte werfen der Leitung schon lange eine verfehlte Markenpolitik vor. Der andere Faktor ist, dass Kapitalisten für Lohndumping immer zu haben sind. Ist der Unterschied so groß wie zwischen Franken und Südpolen (20 Prozent Arbeitslosigkeit), dann pflügen Konzernbosse nicht lange zu fackeln.

Der Unterschied von Nürnberg zu Zarow und Siewierz (Olawa und Swidnia sind im Bau) ist krass. Der Monatslohn in Polen liegt bei etwa 300 Euro, in Nürnberg bei 1.650 Euro (im Akkord 2.150 Euro). In Polen liegt die 40-Stunden-Woche zugrunde, in Nürnberg die 35-Stunden-Woche. (In Nürnberg wurden in letzter Zeit bei reduzierter Stundenzahl von 30 Stunden 1.200 Euro – 1.400 Euro nach Hause getragen.) In Nürnberg beträgt das Weihnachtsgeld 55 Prozent und das Urlaubsgeld 70 Prozent – in Polen gibt's so etwas nicht. In Polen macht die Stammebelegschaft nur ein Drittel aus, die Mehrzahl sind Leiharbeiter oder befristet Beschäftigte. Im polnischen Werk gibt es keinen Betriebsrat und keine Ge-

Eindruck eines Gewerkschafters aus der Bremer Delegation

Auf der Hinfahrt ging uns die Frage durch den Kopf: Was erwartet uns? Wie sieht es wohl vor den Toren aus? Als wir vor dem Nürnberger Hauptbahnhof Leute ansprachen, wussten die Menschen aufgrund unserer IG-Metall-Jacken sofort, wohin wir wollten und zeigten uns den Weg. Wir spürten: Hier steht die ganze Stadt hinter der kämpfenden Belegschaft.

Und dann sahen wir vor jedem Tor 30 bis 50 Leute. Vor dem Haupteingang ein Zelt mit 300 bis 400 Leuten. Das VKL-Banner der Stahlwerke kündigte uns von weitem an, und so kamen uns gleich Kollegen mit Applaus entgegen. Das Zelt tobte, als unsere Ankunft bekannt gegeben wurde. Die Grußworte unserer Delegation wurden begeistert aufgenommen, ich habe direkt eine Gänsehaut bekommen. Ein Lloyd-Dynamo-Kollege aus unserer Delegation sagte: »Wir gehörten früher auch zu AEG. Mit uns ist man auch schäbig umgegangen. Wir sind fast froh, nicht mehr dazuzugehören.«

Bei der Streikleitung, die sichtbar zu wenig Schlaf gehabt hatte, war jedoch keine Ermüdung zu sehen. Was ich dann sah, war überwältigend: Überall standen viele Frauen und Kinder. Die Bäcker, Schlachter, Händler hatten Hähnchen, Würstchen, Kaffee, Kuchen, Torten gebracht, Giros gab's vom Türken. Die kleinen Geschäftsleute wissen, dass ihre eigene Existenz durch die Arbeitslosigkeit von Arbeitern bedroht ist. Die eiserne Haltung der streikenden Kollegen klang überall durch. Für mich war klar, warum die IG Metall sich hier so engagierte: Dieser Streik hat Symbolcharakter. ■

werkschaften. Erst kürzlich ist es schwedischen Metallgewerkschaftern durch Intervention gelungen, die üblen Repressionen zu beenden, denen jene ausgesetzt waren, die im Betrieb erste Organisationsversuche unternahmen.

Auch ins italienische Werk in Solaro soll verlagert werden. Im Mailänder Raum liegen jedoch die Löhne mit ca. 7 Euro Stundenlohn und ca. 1.500 Euro Monatseinkommen nicht allzu viel unter den deutschen Bezügen. Warum der Konzern dort nicht verlagert, könnte an etwas anderem liegen. Denn, wie der Deutschlandfunk berichtete, zwingt in Italien der Staat den Mutterkonzern bei Standortschließung zu erheblichen Abfindungen.

Inzwischen streiten im Fall AEG-Verlagerung Belegschaft und IGM mit deutschen Politikern darüber, ob die EU nicht sogar Electrolux bei der Verlagerung mit Fördermitteln unterstützt. Verheugen blieb vage: Es lägen keine Erkenntnisse vor... Förderwürdig wäre nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dann hieß es wieder: Warschau könnte Electrolux durchaus mit Investitionszuschüssen und Steuervergünstigungen unterstützt haben. Die Empörung blieb: Deutschland als größter Nettozahler in Brüssel bezahlt am Ende den eigenen industriellen Abbau! Sogar Ingo Friedrich, ein rechtsstehender CSU-Abgeordneter, will im Europaparlament energisch Aufklärung verlangen. Nationalistische Töne sind in dieser Auseinandersetzung eben nicht zu übersehen: Die Streikwesten der IGM tragen neuerdings den Aufdruck: »AEG ist Deutschland«; eine Spitze gegen die Schweden und

Polen. Ein Plakat hängt am Streikzelt: »Wo AEG draufsteht, ist Polenstandard drin.« Als ob eine deutsche Konzernzentrale menschlicher mit ihren deutschen und ausländischen Kollegen umginge! Es ist ein Skandal, daß die Frankfurter IGM-Zentrale eine PR-Agentur einschaltet, um für diesen dummen Spruch auch noch das Geld ihrer Mitglieder auszugeben. Auch die DGB-Landesvorsitzenden, die im Streikzelt sprechen, blasen ins selbe Horn. Sie geißeln »die ferngelenkten Konzerne, die hierher kamen und euch ausrauben«. Als ob das die deutschen nicht und nirgends täten!

Zur Ausgangslage des Arbeitskampfes

Bei der Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen dem Unternehmerlager und einer streikenden Belegschaft sind viele allgemeine Faktoren, aber auch Besonderheiten, maßgeblich. Im Fall der AEG ist eine solche Besonderheit, dass die Hälfte der Arbeiterinnen und Arbeiter ausländischer Herkunft ist. Das kann sich auf den Kampfgeist unterschiedlich auswirken. Einige Kollegen sind in einer Art klassenkämpferischen Stimmung, anderen geht es mehr um schnelle Abfindung, um in der alten Heimat mit dem Geld eine kleine Existenz zu gründen. Auch andere Besonderheiten spielen eine Rolle: Die meisten sind schon über 40 Jahre alt oder älter und haben auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt keine Chance mehr. In der AEG gibt es ein Übergewicht von Ungelernten und Angelernten gegenüber den Facharbeitern.

Was den innergewerkschaftlichen Bereich angeht, gibt es, aus verständlichen Gründen, keine offiziellen Zahlen der IG Metall, man ist auf Presseberichte angewiesen. Nach diesen sollen nun etwa 80 Prozent im Werk organisiert sein. Laut IGM habe sich der Organisationsgrad seit August verdoppelt. Ist dem so, dann hätte es vorher nur etwa 40 Prozent Gewerkschaftsmitglieder in der AEG gegeben, also keine starke Position. Bei nun 80 Prozent wären ca. 350 unorganisiert und ca. 1.350 Mitglieder in der IGM. Unklar bleibt, warum an der Urabstimmung nur 958 Mitglieder teilgenommen haben. Wo waren die andern 392 Mitglieder? Von den 958 stimmten 952 für den Streik, nur sechs dagegen. 99,3 Prozent waren ein sehr gutes Ergebnis. (Wieso IGM und Presse 96,35 Prozent nannten, ist ein Rätsel.) Haben diejenigen IGM-Mitglieder, die gegen den Streik waren, sich überhaupt an der Urabstimmung beteiligt? Stimmt das, dann hätten nur 56 Prozent der Belegschaft den Streik befürwortet – dies wäre eine große Schwachstelle. Im Durchschnitt sind in der Industrie 5 bis 6 Prozent Krankmeldungen üblich, was auch bei der AEG zu berücksichtigen ist. Kurz vor Streikbeginn hatten sich aber bei der AEG 460 Beschäftigte krank gemeldet, das entspricht 27 Prozent! Ein beachtlicher Teil der Belegschaft entzieht sich damit der aktiven Teilnahme an der Auseinandersetzung. Das ist eine weitere Schwachstelle, die natürlich die Bosse auch schon erkannt haben. Sie drohen jetzt damit, die Lohnfortzahlungen einzustellen.

Für die streikenden Mitglieder zahlt die Gewerkschaft Streikgeld, 14 Monatsbeiträge pro Streikwoche, das wären rund zwei Drittel des Bruttolohns, heißt es. Das Streikgeld richtet sich nach dem vorherigen Verdienst. Angenommen, ein Arbeiter bekommt 250 Euro in der Woche, dann könnte es schon sein, dass die IGM insgesamt 340.000 Euro in der Woche aufwenden muss. Bei vier Wochen Streik wären das eventuell, zusammen mit sonstigem Streikaufwand, etwa 1,5 Millionen Euro. Die Zahlen – auch wenn sie nicht genau



stimmen sollten – geben in etwa die Dimension wider, um die es geht.

Von Gewerkschaftsseite kommt noch eine weitere Schwachstelle hinzu: Ein Zwist in der Nürnberger IGM und drängende Finanzprobleme in der hiesigen Verwaltungsstelle. Die Nürnberger Nachrichten (NN) berichteten: »Mit zwei Millionen Euro, so die unbestätigte Zahl, muss die Frankfurter IG-Metall-Zentrale bis 2008 die hiesige Geschäftsstelle subventionieren.« Hauptamtliches Personal sei bereits abgebaut worden. Ursache für das gewerkschaftliche Finanzdebakel ist – wie bereits dargestellt – der rapide industrielle Strukturwandel in der Region. Auch die Reallöhne sind in den letzten zehn Jahren gesunken. Und diese Entwicklung geht so weiter, auch auf Kosten der Gewerkschaften. In den letzten zwei Jahren verlor Mittelfranken 21.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Im Raum Nürnberg sind jetzt 33.000 Arbeitslose gemeldet. Bayern ist nicht nur Freising mit seinen niedrigen Arbeitslosenzahlen, auch die Nürnberger Misere gehört zu Stoibers Bilanz. [...]

Eine »Eiserne Streikfront«

So einen Bilderbuchstreik hat es nur selten gegeben. Die Streikposten stehen an allen geschlossenen Toren, 300 in eisiger Kälte, vor Tonnen mit loderndem Feuer. Alles ist blockiert, kein Transportauto kommt mehr rein oder raus. Und das Wichtigste: Kein Streikbrecher versucht, die Reihen zu durchbrechen und auch die Kapitalisten verzichten, anders als kürzlich bei Infineon darauf, Streikbrecher mit Polizeigewalt ins Werk zu holen. Dass Unternehmerlager und Behörden zumindest bis jetzt stillhalten, hat seine Gründe. Natürlich gehört dazu die relative Geschlossenheit der Belegschaft, aber ausschlaggebend dafür war die Stimmung in der Gesellschaft. Der Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und das offensichtliche »Unrecht« der Konzernleitung erzeugten eine riesige Zustimmung zum Streik in einer Breite, die fast alle Gesellschaftsschichten einschloss. Die vielfältige Solidarität ging weit über die Region hinaus. Es entstand ein Klima, in dem selbst Mitglieder rechtsstehender Parteien entweder den Streik unterstützten oder sich nicht äußern mochten. Da war es schon unpopulär, als CSU-Wirtschaftsminister Huber zur »Besonnenheit« aufrief. Es müsse »alles im Rahmen des Legalen bleiben«, hob er den Zeigefinger. Ironisch könnte man fragen, wen er wohl meinte...

Die IGM ging richtigerweise immer wieder an die Öffentlichkeit mit Protestkundgebungen, Solidaritätsaktionen, Zeltfesten usw. Die Geschäftsleitung warf der Gewerkschaft »Machtkampf« vor, sie wolle »ein Exempel statuieren«. Die

IGM brauchte die Belegschaft nicht anzufeuern. Ab dem Zeitpunkt, als ersichtlich wurde, daß der Konzern auf eine Schließung zusteuert, waren Wut und Empörung grenzenlos. Alle wußten, im schlimmsten Fall würden sie im Nürnberger Raum keinen Arbeitsplatz mehr finden. Auf einer Betriebsversammlung vor dem Streik wurden die Manager ausgepöffelt und die Sitzkissen flogen auf sie zu. Johan Byge, Europachef von Electrolux, hatte die Katze aus dem Sack gelassen: »Selbst wenn Gewinn und Rendite noch wachsen, wir wollen mehr verdienen, damit wir mehr investieren können.« Es ging gar nicht mehr darum, daß der Betriebsrat erneut 10 Millionen Euro an Einsparungen geboten hatte; Electrolux aber 48 Millionen Euro forderte.

MLPD-Kollegen hatten dem Betriebsrat im Dezember vorgeworfen, nicht kämpferisch genug vorzugehen und forderten damals, sofort zu streiken. Betriebsrat Weiß reagierte überzogen: »Die linken die Leute« und wandte sich gegen ein »Aufheizen der Stimmung«. Da zu dem Zeitpunkt noch die Friedenspflicht bestand, wären das »wilde Streiks« gewesen mit allen juristischen Folgen. Es war richtig, die Frist abzuwarten, was zugleich auch den Druck im Kessel erhöhte. Die MLPD hatte in der Nachbarschaft Spenden gesammelt. Auch die DKP zeigte ihre Solidarität mit den Streikenden, wie auch andere linke Gruppen. Ihr Vorsitzender Stehr besuchte das Streikzelt. In der UZ wurde laufend berichtet. Die Nachricht, die Belegschaft hätte das Werk übernommen, war aber Wunschdenken.

Alle Beteiligten auf Arbeiterseite vertraten noch lange die Illusion, die Schließung der AEG könnte durch größtmöglichen Einsatz doch noch verhindert werden. Es ist zu vermuten, dass die meisten aber selbst nicht mehr daran glaubten. Das Ziel, die Arbeitsplätze zu erhalten, war jedoch die Triebkraft für eine gesellschaftliche Solidarität in großer Breite, wie sie ein reiner Lohnkampf nicht zu erzeugen vermag.

»Die Solidarität für uns geht in die Geschichte ein!«

begeisterte sich noch nach mehreren Wochen Streik der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Weiß. Zieht man die Wichtigkeit des Beistands in Betracht, muss an vorderster Stelle die Solidarität im eigenen Konzern, in der eigenen Branche und in der eigenen Gewerkschaft stehen.

Die europaweite Solidarität kam jedoch über Sympathiegestern nicht hinaus. Laut »Europäische Metallgewerkschaft« wehrten sich zeitgleich Beschäftigte in Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich, Schweden und Ungarn. Betriebsratschef Dix frohlockte, man werde sich von nun an nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen. Leider sah er die Lage zu optimistisch. Nur die Arbeiterinnen und Arbeiter der fünf

italienischen Werke hatten sich dem Nürnberger Protest angeschlossen und für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Da, wo es auch darauf ankam, in den neu errichteten polnischen Fabriken, die erst kürzlich Eingestellten von einer Electrolux entlastenden Mehrarbeit abzuhalten, war von vornherein aussichtslos. Bei der Arbeitslosigkeit und Armut in Südpolen stand es außer Frage, daß jene, die vermeinten das große Los gezogen zu haben, es nicht wieder aufs Spiel setzen würden.

Der Beistand für die Streikenden in Nürnberg aus der eigenen Branche war beachtlich, kam er doch auch aus den Konkurrenzbetrieben. Am 7. Februar kamen 3.500 zum Tag der »Weißen Ware« nach Nürnberg und zogen in großen Kolonnen durch die Stadt und vor die AEG-Werkstore. Sie reisten aus den Werken von Bosch, Liebherr, Miele und Bauknecht an. Nach fünfstündiger Sonderzugfahrt waren 400 Gewerkschafter von ACC-Motors aus Oldenburg gekommen, die dort ebenfalls ihre Arbeitsplätze bedroht sehen. In Oldenburg standen an diesem Tag die Räder still. In fröstelnder Nässe kam es zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen das Electrolux-Diktat. Geht von solchem Engagement auch keine direkte materielle Gewalt gegen das immer dreister werdende Unternehmerlager aus, keine relevante Profitreduzierung, so wurde zumindest ersichtlich, dass dieser AEG-Kampf das Format eines Politikums angenommen hatte. Das zeigte sich auch in der breiten Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen weit über die örtlichen Metallbetriebe hinaus. In letzteren vor allem kam es zu handfester Unterstützung.

Um nur einige Beispiel zu nennen: Bei Osram Ingolstadt wurden 1.700 Euro gesammelt, der MAN-Betriebsrat brachte von der Belegschaft 2.400 Euro, viele kleinere Beträge kamen aus anderen Nürnberger Betrieben, aber auch von außerhalb. ver.di-Kollegen überbrachten 1.500 Euro. Der Personalrat der AOK hatte 1.700 Euro gesammelt. Von Postlern und von Kollegen bei Diehl stammten Lastwagenladungen mit Holz als Futter für die Feuer in den Tonnen zum Aufwärmen der Streikenden. Beschäftigte von anderen Betrieben der Region, von Federal Mogul, MAN, Semikron, Emuge, Honsel, Diehl usw. zeigten ihre Solidarität und das bei minus zehn Grad. Die Kolleginnen und Kollegen der IGM-Verwaltungsstelle Regensburg kreuzten auf mit 600 Euro in der Tasche. Sogar aus Bremen reisten Stahlwerker und Dynamo-Beschäftigte an. 800 Gewerkschaftsjugendliche kamen aus ganz Deutschland. Am 31.1. zum Tag der Solidarität reisten 15 Busse an, aus München, Passau und Aschaffenburg. Höhepunkt war die große Demonstration mit Fackelzug, zu der der DGB aufgerufen hatte, um zusammen mit Nürnberger Bürgern die AEG zu umzingeln. Über 6.000 bildeten eine Menschenkette. Als Redner war von der Stadt Nürnberg der Oberbürgermeister vertreten, Kirchenvertreter und Gewerkschaftsführer unterstützten die Streikenden. Der Nürnberger Stadtrat hatte das Schließungsvorhaben einstimmig (!) verurteilt. Selbst Stoiber musste »*Verständnis für die AEG-Beschäftigten*« heucheln. Auch der Wirtschaftsreferent der Noris, Roland Fleck (CSU), der in der Bildzeitung noch der IG Metall einen Teil der Schuld für die Schließung aufgebürdet hatte, mußte umstecken und zog nun gegen die »*unangemessene schwedische Eisblockmentalität*« zu Felde. Doch nur ein CSU-Stadtrat kam vor die Werkstore und verteilte Wienerle.

Die Streikenden verteilten Flugblätter in der Stadt. Die Firma Stadtreklame klebte kostenlos 500 Plakate: »*AEG muss leben!*«. Zu Beginn eines Club-Spiels durfte eine AEG-

Gruppe im Stadion eine Ehrenrunde drehen, unter großem Beifall der Fans. Die Sympathie war sehr breit gefächert, vom Einzelhandelsverband, der Handwerkskammer, Bürgervereinen, Bund der katholischen Jugend, der Stadtmission bis zu den Kirchengemeinden. Dabei gab es immer wieder Sonderbares zu vermelden. Der CSU-Alt-OB von Landshut, Josef Deimer, hielt im Streikzelt eine fast linke Rede. Er forderte »*eine ökonomische Gesamtbilanz dieses realexistierenden Kapitalismus*« und unterstützte »*das Recht auf Arbeit. Die Schere zwischen verschämter Armut und unverschämtem Reichtum geht immer weiter auseinander.*« Da ist man schon versucht, zu fragen, wer das wohl zu verantworten hat. Sogar der Landesverband bayerischer Einzelhändler forderte seine Mitglieder auf, Electrolux-Marken nicht mehr zu ordern.

Die Wände des Streikzelts wurden mit Solidaritätsadressen tapeziert. Fremde Menschen brachten Weißwürste und Wienerle, Bäckereien spendeten Krapfen, Restaurants Pizzas und Hühnersuppe, ein Getränkehändler aus der Oberpfalz 2.000 Becher Punsch und das alevitische Kulturzentrum süße Suppe. Adidas-Personal spendete warme Kleidung, von der Mudra-Drogenhilfe kamen vier Ster Holz, in der Firma Trix wurde gesammelt. Eine ältere Dame gab 250 Euro einfach so. Beim Konzert von Konstantin Wecker hatten SPDler 312 Euro gesammelt, der Künstler selbst trat im Streikzelt auf. Aus Düsseldorf waren Gate-Gourmet-Beschäftigte angereist, die selbst im Ausstand stehen. Als 100 selbst von Entlassung bedrohte Angestellte der Victoria-Versicherung eintrafen, gab es ein großes Hallo.

Besonders erwähnenswert war die Solidarität vieler Sozialdemokraten, ganze Ortsvereine zeigten ihren Beistand. Es muss für viele von ihnen wie ein »Befreiungsschlag« gewesen sein, endlich wieder mal das soziale Herz zeigen zu können, nach allem Frust mit Agenda 2010, Rente mit 67 und sonstigem Teufelszeug, das man so brav geschluckt hat und bezeichnenderweise immer noch schluckt.

Am 20. Februar gab es wieder einen Höhepunkt. Für die bayernweite zentrale Demonstration der Streikenden des öffentlichen Dienstes war Nürnberg ausgesucht worden, um ver.di- und IG-Metall-Kämpfende zusammenzubringen. Mit 44 Bussen waren sie gekommen, um in langen Zügen, mit Trillerpfeifen bewaffnet, zur Kundgebung vor das Gewerkschaftshaus auf den Kornmarkt zu ziehen. Es waren über 4.000, darunter Hunderte Polizeibeschäftigte in grünen Leibchen, das war eine unerwartet große Zahl. Dieses Engagement mag wohl auf die besondere Schärfe der Auseinandersetzung im öffentlichen Dienst in Bayern zurückzuführen sein. Der CSU-beherrschte »Freistaat« möchte ja neben der Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes die Stundenzahl von 38,5 auf sogar 42 Stunden erhöhen!

Angesichts der wütenden Kolleginnen und Kollegen und eines Novums, des Zusammenstehens zweier Gewerkschaften, ruft AEG-Streikleiter Jürgen Wechsler von der Lkw-Tribüne auf den vollen Platz: »*Vielleicht erleben wir den Aufbruch zu einer neuen Zeit – wir lassen uns nicht mehr alles gefallen!*« Auch ver.di Vize Michael Wendl stimmt ein: »*Der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst ist kein Streik der Vergangenheit, sondern Auftakt einer neuen Epoche!*« In einer fast einen Kilometer lange Schlange ziehen die Demonstranten dann zur AEG und blockieren dabei die Verkehrsströme.

Die Breite und Tiefe der Solidarität in der Nürnberger Region wäre undenkbar gewesen ohne das starke Engagement der hiesigen Presse. Das Fast-Monopol haben hier die

»Nürnberger Nachrichten«. Auch die konkurrierende, rechtsstehende »Nürnberger Zeitung« ist im Besitz des Verlegers Bruno Schnell. Er hat beide von seinem Onkel Dr. Joseph Drechsel geerbt, der 1945 als KZ-Überlebender die Lizenz erhielt. Dieser war Antifaschist und Mitglied des Niekisch-Kreises. Bei verschiedenen geschichtlichen Ereignissen sah er sich veranlasst, mit der Wucht seiner Zeitung einzugreifen. Das war damals so für Heinemanns GVP, gegen die Wiederaufrüstung, gegen den NPD-Aufmarsch in Nürnberg 1969 und gegen den Vietnam-Krieg. Sein Neffe Bruno Schnell, wie sein Onkel ein sehr engagierter und sozialer Unternehmer, lässt mit wenig Rücksicht auf Anzeigenkunden kaum eine Gelegenheit aus, um gegen den »Raubtierkapitalismus« – wie er es sieht – zu Felde zu ziehen. Im Fall AEG hat er nun, man kann schon fast sagen kampagnenartig, Stellung für die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter bezogen. Wochenlang wurde über viele Seiten berichtet und entsprechend kommentiert, die »Heuschrecken« und die Macht der Konzerne angeprangert. Das hat gewaltig zur Mobilisierung gegen die Schließung des Nürnberger Werks beigetragen. Unter dem Mantel einer Solidaritätsspende der NN/NZ – Beschäftigten legte der Verleger den »Rest« drauf, um die Streikenden mit 10.000 Euro zu unterstützen. Eine ganzseitige Anzeige, vom Verlag bezahlt, tat das der Öffentlichkeit kund. Es gibt eben in der Politik immer wieder mal was Überraschendes, neben dem Allgemeinen das Besondere.

Eine Politiker-Wallfahrt nach Nürnberg

Je mehr die Medien, auch das Fernsehen, den Kampf um die AEG-Arbeitsplätze bundesweit bekannt machten, um so mehr schalteten sich Bundes- und Landespolitiker ein und reisten an zum Nürnberger Streikzelt. Den im Ausstand befindlichen AEGlern war jeder Besuch recht, wenn die »Parteigrößen« nur ihren Streik verbal unterstützten und einen 50-Euro-Schein da ließen; je schärfer die Töne, desto größer der Beifall. Dass die starken Sprüche nur zu oft deren konkretem politischen Handeln widersprach, wurde überhaupt nicht hinterfragt. Ist bei den Streikenden so wenig politisches Bewusstsein und Wissen vorhanden? Wahrscheinlicher ist, man will es nicht wissen. Viele beschränken sich auf den eigenen Tellerrand! Es wurde auch nicht in Frage gestellt, warum die Politprominenz zu Beginn der fast siebenmonatigen Auseinandersetzung noch keine Notiz nahm, als ein Protest auf höherer Ebene vielleicht noch mehr hätte bewirken können. Nun stärkt es zwar die allgemeine Sympathie, wenn namhafte Politiker sich für die Sache der Streikenden erklären, macht aber auch die politische Wirrnis der AEG-Beschäftigten offensichtlich, da viele dieser Politgrößen in Wirklichkeit falsche politische Freunde sind. Es ist ihnen nicht abzusprechen, daß sie alle wollen, dass der Standort nicht geschlossen wird, oder die dort Beschäftigten eine möglichst große Abfindung erstreiten. Doch dass die Werk tätigen in der AEG und woanders nur das ausbaden, was auf höherer politischer Ebene die gleiche Prominenz mit zu verantworten hat, das ist der eigentlich groteske Widerspruch. Er wird entweder nicht durchschaut oder von den Funktionären der IGM unter den Tisch gekehrt. Ist es nicht Tatsache, daß jene nun lautstark Folgen beklagen, für deren Ursachen sie eindeutig mit verantwortlich sind? Diese Politprominenz gehört zu den Parteigängern des kapitalistischen Gesellschaftssystems, was auch die Akzeptanz von dessen Gesetzmäßigkeiten einschließt. Das beinhaltet in Zeiten

größter ökonomischer Widersprüche auch die Fratzenseite dieser Ausbeutungsgesellschaft. Da kann man nicht einfach den »Raubtierkapitalismus« abbestellen, weil er nicht gefällt. Es hat den Anschein, keiner der ins AEG-Zelt pilgernden SPD-Politiker hatte in dieser Hinsicht auch nur im geringsten ein Problem oder gar ein schlechtes Gewissen.

Der ehemalige SPD-Chef Hans Jochen Vogel war da, der stellvertretende Bundestagsfraktionsführer Stiegler, dazu Pronold, Staatssekretär MdB Gloser, Bayerns Landtags-Fraktionsführer Maget, Oberbürgermeister Maly usw. Der Besuch des SPD-Generalsekretärs Hubertus Heil wurde in der Streikzeitung Nr. 16 groß aufgemacht. Der »Hubertus« sparte nicht mit großen Worten: »600.000 rote Brüder und Schwestern stehen hinter eurem Kampf«. Da kann man nur sagen, ach, wenn sie nur »rot« wären. Aber halt, Selbstkritik schafft Glaubwürdigkeit. Wie sagte doch der Generalsekretär: Die SPD habe in der Vergangenheit einige politische Fehler begangen. Aber damit müsse jetzt Schluß sein. Also nur »Fehler« sollen es sein. Das Mitregieren bei Frau Merkel schaut aber anders aus. Dass sich Vizekanzler und Merkel-Partner Müntefering kurz nach seiner »Rente-mit-67«-Provokation hertraute und ungeschoren wieder gehen konnte, auch das zeigt den politischen Tiefstand der deutschen Arbeiterbewegung an. Müntefering ließ eine ganze Anzahl hohler Sprüche los: »Mit dem Ziel der absoluten Gewinnmaximierung werden Arbeitsplätze vernichtet.« ... »Das ist mit mir und der SPD nicht zu machen.« ... »Arbeitnehmerrechte werden nicht geschleift in dieser Regierung.« ... »Ein soziales Europa darf kein Sozial- und Steuerdumping bedeuten.« Man meint im falschen Zug zu sitzen – wer hat denn sieben Jahre lang die letzte Regierung geführt? Wer hat die Arbeiterklasse mit der Agenda 2010 heimgesucht, ihr Hartz IV aufgebrummt, die große Steuerumverteilung zugunsten der Reichen fortgesetzt, war das nicht die Schröder-Regierung, bei Billigung der Grünen und der Union? Und, was die große Koalition angeht, da könnten uns nach den März-Wahlen noch die Augen übergehen, was die »Arbeitnehmerrechte« angeht. Renten Kürzung, Gesundheits-»Reform«, Pflegeversicherungs-»Reform« usw., das wird mit der SPD und Müntefering sehr wohl zu machen sein, das beweist die Vergangenheit. Und was auch die von der Schließung des AEG-Werks Betroffenen schmerzlich beschneiden wird: Mit Hilfe der SPD wurde die volle Besteuerung der Firmenentschädigungszahlung eingeführt, was im Einzelfall 20 bis 30 Prozent Minderung ausmachen kann. Haben sich die Streikenden bei Müntefering dafür bedankt?! Es war Engelen-Kefer, die im Streikzelt noch mal angesprochen hat, dass der Staat ja mitverdient bei so einer Schließung und dass die Unternehmer die Kosten der Arbeitsplatzverlagerung von der Steuer absetzen können. Nun weiß man wenigstens, wie man mit solchen Kritikern umgeht, die die Wahrheit ans Licht bringen: Als zweite DGB-Vorsitzende wird Engelen-Kefer demnächst gestürzt. Übrigens haben z.B. im Aufsichtsrat der noch im Mehrheitsbesitz der Bundesregierung befindlichen Telekom alle Aufsichtsräte aus den Koalitionsparteien, also auch aus der SPD, der Entlassung von 32.000 Beschäftigten zugestimmt. Wie lange dauert es noch, bis die Arbeiter Münteferings Lügen durchschauen?

Im bayerischen Landtag scheiterte der Antrag einer ausdrücklichen Mißbilligung der Betriebsverlagerung an der CSU-Mehrheit, sie wurde nur »bedauert«. Bundeswirtschaftsminister Glos, CSU, hat sich bei der EU »beschwert«

und verlangt Betriebsverlagerungen künftig von EU-Förderungen auszuschließen. Heiner Geißler, der CDU-Außenseiter, sagte zu den Streikenden: »Die AEGler, die um ihre Existenz kämpfen, haben recht.« Noch schärfer die Vertreter der Linkspartei bzw. WASG. »Eine verantwortungslose Verbrennerbande« nannte Klaus Ernst die Kapitalisten von Electrolux. Scharfe Worte, die aber verschleiern, dass diese nur nach der kapitalistischen Logik handeln.

Lafontaine legte los wie nie zuvor. Gegen den »Irrsinn eines immer hemmungsloser agierenden Raubtierkapitalismus«, gegen »Heuschreckenfonds«, gegen »das Streben nach Kapitalrenditen von 25 Prozent« – eine »Kriegserklärung an die Gerechtigkeit« sei das. Er wettete gegen »die Umverteilung von unten nach oben« und gegen »das weltweite Spielcasino der internationalen Finanzmärkte«. Die Schließung profitabler Betriebe dürfe nicht ohne Zustimmung der Belegschaft erfolgen – denn »die wirklichen Eigentümer, das sind die Leute, die ihre Lebensarbeit in diesem Betrieb stecken haben – nicht die paar Hanseln, die vor 100 Jahren mal ein paar Mark investierten.« Es war ein Heimspiel für den Fraktionsführer der Linkspartei. Er wurde mit »donnerndem Applaus« und »Oskar, Oskar«-Rufen gefeiert. Bei Lichte betrachtet hat sich aber seine Rede nicht viel von manchen linken Sozialdemokraten unterschieden, denn das kapitalistische System als solches wurde auch von Lafontaine nicht in Frage gestellt. Damit bleibt vieles als Wortradikalismus im luftleeren Raum. Der Fall AEG ist eben kein Einzelfall, kein Ausrutscher, wie Lafontaine es sieht: »Sie müssen aufhören, in der Art zu wüten, wie sie es in Nürnberg begonnen haben«. Die Schweinereien der Kapitalisten wurden keineswegs in Nürnberg »begonnen«, sie wurden hier fortgeführt und auf die Spitze getrieben, da die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die Machtverhältnisse dies eben zulassen.

Mitte Februar gab es Beistand von zwei grundverschiedenen Seiten: Ein leibhaftiger Bischof begab sich ins Streikzelt und die Organisierten Autonomen gaben ihren politischen Einstand. Der Erzbischof von Bamberg, Ludwig Schick, nahm Partei für die Beschäftigten, ohne der Kapitalseite allzu weh zu tun. Immerhin spendete er 200 Euro, das vierfache von Lafontaine. Die Organisierten Autonomen konnten sogar einen Demonstrationszug mit etwa 250 Leuten zusammenstellen. Sie zogen vom Stadtteil Gostenhof ins Streikzelt und übergaben eine 1000-Euro-Spende.

Der CSU-MdB aus dem Wahlbezirk Rothenburg, Josef Göppel, forderte »eine andere Wirtschaftsordnung, die das Kapital so reguliert, daß Investieren und Desinvestieren, je nach Gutdünken und Renditeaussichten, beschnitten werden.« Aus den Electrolux-Konkurrenzwerken in Italien, auch aus Porcia, traf nun doch noch eine Gewerkschaftsdelegation ein. Sie widersprach der Behauptung der hiesigen Geschäftsleitung, sie hätten die Geräteproduktion hochgefahren, um den Ausfall im Nürnberger Werk zu ersetzen. Am 27. Februar kam es noch mal zu einer beachtlichen Solidaritätsveranstaltung. Eine Delegation der IGM Küste überreichte den ansehnlichen Betrag von 5.500 Euro. Auch die Kollegen von Siemens VDO hatten 1.300 Euro gesammelt. Hans-Joachim Patzelt vom Sozialforum überbrachte 3.000 Unterschriften, von Nürnberger Bürgerinnen und Bürgern gesammelt.

40 Tage kämpferischer Ausstand

Seit dem 12. Dezember gab es nur sechs Produktionstage. Die Belegschaft der AEG nahm ihr »Informationsrecht« in

Anspruch, zwei Stunden täglich. 45 Versammlungen wurden abgehalten. In der ersten Streikwoche wurden 25.000 Geräte nicht produziert. Gestreikt wird Tag und Nacht mit Disziplin und Pünktlichkeit. Die Feldkantine versorgt täglich 1.200 Streikende. Ein Betriebsrat erklärt, dank des Streikgeldes hätte man höchstens 200 Euro weniger im Monat. Er versichert, wie viele andere: »Gestreikt wird bis zum letzten Tropfen«. Lange reagiert die Geschäftsleitung überhaupt nicht oder schickt nachgeordnete Manager in ergebnislose Verhandlungen. Als Straberg den Manager Winkler dann beauftragt, wundert er sich: Ein so systematisches Lahmlegen habe es noch nirgends gegeben und noch nie so einen Aufstand wie in Nürnberg. Die IGM läßt eine zeitlang die Geschäftsleitung zappeln, lehnt eine Vermittlung Stoibers ab. Der Streik soll richtig wirksam werden, wehtun. Nach 3 Wochen fragen sich die Streikenden: wird Straberg mürbe? Es gibt ja keine Lieferungen mehr, die Lager mit Waschmaschinen, Trocknern und Geschirrspülern müßten sich leeren, da auch die Logistik in den Streik getreten ist. Werke in Italien und Polen sind auf Blechlieferungen und auf Kunststoffteile aus Franken angewiesen. Auch bei den großen Kunden, wie Quelle und Karstadt, knirscht es schon. Bei Tevi in Nürnberg z.B. geht der Umsatz mit AEG-Produkten um 70 Prozent zurück. Der Vertrieb aller Waren aus der AEG-Familie soll in Deutschland um 40 Prozent gesunken sein. Auch die Zulieferer geraten unter Druck. Die Geschäftsleitung versucht die Streikfront mit Falschinformationen und Spaltungsversuchen aufzubrechen: 500.000 Nürnberg zugeordnete Geräte würden schon an ausländischen Standorten gefertigt. In Italien und Polen gebe es schon Sonderschichten, 50 Prozent der benötigten Ware würden schon von anderen Werken geliefert. Das wurde von Gewerkschaftsseite heftig abgestritten.

Daß der Ausstand zu wirken begann, zeigte des Konzernchefs Straberg Reaktion: Der IG Metall gehe es ohnehin nur darum, ihren Mitgliederschwind zu stoppen. Was jetzt passiere, sei ein »Symbolkampf«. Auch Kannegießer, Arbeitgeberpräsident Gesamtmetall, giftete, die Streikenden brächten den Standort Deutschland in Verruf. Daraufhin bezeichnete ihn der Leitartikler der »Nürnberger Nachrichten« als »Brandstifter«. Im allgemeinen hielt sich aber das Unternehmerlager angesichts der Stimmung im Lande zurück.

Die finanziellen Vorstellungen liegen weit auseinander. Die IGM will ein Absicherungspaket, das etwa 400 Mill. Euro ausmachen würde. Dem stehen Electrolux-Zahlen von 100 Millionen Euro gegenüber und nicht drei Monatslöhne Entschädigung pro Jahr, sondern nur 0,7, was eine Begrenzung auf ca. 60 000 Euro durchschnittlich pro Beschäftigten bedeuten würde. Die Kosten für die Schließung möchte die IGM auf 700 bis 800 Mill. hinauftreiben, auch um sie für den Konzern unrentabel zu machen. Der Konzern hält an 230 bis 250 Millionen fest.

Nach festgefahrenen Verhandlungen hat nach einiger Zeit Electrolux die Verhandlungen doch wieder gesucht. Was aber ein Zugeständnis sein sollte, fanden die Betriebsräte nur lächerlich. Z.B. sollte statt von 0,7 Monatslohn nun von 0,77 Monatslohn ausgegangen werden. Jetzt soll ein neutraler Vermittler die Verhandlungen wieder in Gang bringen. 400 Mill. müßten schon im Koffer von Manager Winkler sein, meinte die IGM. Gibt es keine ernstesten Angebote, »dann streiken wir eben weiter, drei oder vier Monate«, drohte der Bezirksleiter der IGM-Bayern Neugebauer. Solche starken Worte sollen

wohl vergessen lassen, dass er im Vorfeld des Streiks bereits mit einem faulen Kompromiss liebäugelte: »Hätten wir ein Drittel nachgegeben, wäre ein Ergebnis in drei Stunden möglich gewesen.« Electrolux drohte, das Werk schon 2006 statt 2007 ganz zu schließen, sollte keine Vereinbarung nach Strabergs Gusto zu erreichen sein. Streikleiter Jürgen Wechsler hielt dagegen: Wenn Electrolux weiterhin mit Drohungen und Machenschaften arbeite, könne es zu einer Explosion bei den Streikenden kommen. Neugebauer wiegelte ab: »kriegsähnliche« Zustände entsprächen nicht dem Stil der Gewerkschaften.

Ende Februar wurde weiter verhandelt, doch ohne Erfolg. Man kam überein, den ehemaligen CSU-Wirtschaftsminister Wiesheu als Vermittler zu bestellen. Der Forderung Winklers, die Auseinandersetzung über AEG-Servicegesellschaften zurückzustellen, wurde von der IGM entsprochen.

Einen Hintergrund für die harte Haltung der Electroluxleitung können vielleicht Spekulationen über Börsen- und Finanztransaktionen aufhellen. So soll der koreanische LG Electronics-Konzern eine feindliche Übernahme von Electrolux planen. Auch der US-Gigant Whirlpool soll in Electrolux einen Kandidaten sehen. Nach Vernehmen will Straberg dem zuvorkommen, indem Electrolux selbst Aquisitionen vornimmt, wozu große Finanzmittel notwendig sind. Straberg dazu: Es werde sich schon erweisen, daß »wir die Räuber und nicht die Beute sind«. Bei so einem »Spiel« sind freilich die davon betroffenen Menschen in den Betrieben nur noch belanglose Figuren auf dem Schachbrett des großen Geldes. Ein in die Wege geleitetes Restrukturierungsprogramm soll bis 2008 nicht weniger als 2,7 bis 3,7 Milliarden Euro einsparen.

Eine offene Flanke

Im September vorigen Jahres verfügten die Chef-Manager die Aufspaltung der AEG in fünf GmbH's. Neben dem Nürnberger Werk entstanden die Logistics GmbH, Distriparts GmbH (Ersatzteillager), Vertriebs- und Service GmbH. In den vier Letzteren arbeiten 800 Menschen. Ein Zweck der Ausgliederung war das Vorhaben einer Tarifflicht, weg von den höheren Tarifen der IGM. Der Anschluss an den Arbeitgeberverband Groß- und Außenhandel wurde vollzogen. Es geht darum, eine 38,5-Stunden-Woche durchzusetzen und der Schritt ist mit Lohneinbußen bis zu 45 Prozent verbunden. Ein Staplerfahrer z. B. müsste etwa 450 Euro einbüßen. Zeitgleich mit dem AEG-Streik versucht die IGM, bei diesen Dienstleistern eine Rückführung in die Metallbereichsbedingungen durchzusetzen. Zu diesem Zweck und als Druckmittel im Werksstreik wurde bei Logistics zur Urabstimmung mobilisiert. 90,7 Prozent waren ein gutes Ergebnis und seit 27.1. begann der Streik auch im Nürnberger Hafen. 50 bis 70.000 Geräte sollen in den Hallen liegen. Jede Auslieferung ist nun blockiert. Auch das Auslieferungslager Dormagen hat sich dem Streik angeschlossen. Die Betriebsleitung hat nun die Logistikfirma Zwenkau in Sachsen aufgetrieben. Man fragt sich bei der Nürnberger Belegschaft nur, mit welchen Geräten die dann bestückt werden soll.

Im Ersatzteillager Distriparts arbeiten 180 Kolleginnen und Kollegen, davon 111 in Nürnberg. Waren an einem Solidaritätsprotest für die Werkbelegschaft noch 80 von ihnen beteiligt, so verlief die Urabstimmung mit 77,7 Prozent nicht nach Wunsch des kämpferischen Teils der dort Beschäftigten. Am 8. Februar hatte es nachmittags noch einen Warn-

streik gegeben. Doch eine geplante Protestaktion der IGM ging in die Hosen: Vom Ersatzteillager beteiligten sich nur 70, von der Rothenburger Herdfabrik (1.300) nur 30 Metalller. Die Vorgesetzten im Ersatzteillager gingen durch die Werkhallen und übten einen gewaltigen Druck aus. Innerhalb der Belegschaft kam es zu bösem Streit. Die Angst vor dem Verlust des scheinbar noch sicheren Arbeitsplatzes ging um. Dabei stellt sich die Frage, wie lang noch die Arbeitsplätze in den vier Dienstleistungs-GmbH's sicher sind, wenn das Werk einmal nicht mehr besteht. In einem offenen Brief erklärten sechzig Beschäftigte, sie fühlten sich vom Betriebsrat nicht mehr vertreten. Die Spaltung war da.

Auch in der Service GmbH kam es zum »Aufstand« von ca. 40 Kundendienstlern, die in einem Leserbrief in den NN sich vom Kurs der IGM distanzieren und gegen deren kämpferischen Ton polemisierten. In der Electrolux-Herdfabrik in Rothenburg, ca. 60 km westlich von Nürnberg, brummt momentan das Geschäft. Dort arbeiten 1.300, darunter 180 Leiharbeiter. Dem Aufruf zu einer Solidaritätskundgebung mit den Nürnberger Streikenden folgte nur eine Minderheit. Viele fürchten, von den Folgen des Streiks würden ihre Arbeitsplätze gefährdet. Manager Winkler beschuldigte den Streikführer Wechsler, er komme seinen Aufgaben als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender nicht nach. Er gefährde »kerngesunde Arbeitsplätze«, wie in Rothenburg. Zur selben Zeit wird berichtet, in Polen entstehe gerade eine neue Herdfabrik.

Nachdem Ende Februar die Verhandlungen zwischen den Nürnberger Streikenden und der Betriebsleitung begannen konkreter zu werden, hat die Werksleitung der Gewerkschaft zugesagt, die Umsetzung der neuen, schlechteren Arbeitsverträge bei den GmbH's auszusetzen und die Gespräche vorerst auf das Nürnberger Werk zu konzentrieren. Die IGM war einverstanden, hat sich für sie doch dort eine offene Flanke ergeben.

Warenboykott und Käuferzurückhaltung kann unter Umständen zu einem zwiespältigen Kampfmittel werden. Für die Streikenden im Nürnberger Werk ergab sich daraus ein gehöriges Druckmittel gegenüber den Konzernbossen. Dagegen bangten die Beschäftigten an anderen Standorten und auch die der Dienstleistungsgesellschaften vor Kurzarbeit und Arbeitsplatzgefährdung.

Ein schmerzlicher Kompromiss

Beide Seiten unterlagen nach über fünf Wochen Arbeitskampf dem Gesetz der Abnutzung. Der Konzern konnte kaum mehr liefern. In vielen Filialen von Saturn, Media-Markt und Makro-Markt z.B. konnten keine AEG-Großgeräte mehr angeboten werden. Es drohte der Markenname AEG bei den Kunden schwer an Ansehen zu verlieren. Welche finanziellen Verluste schon entstanden waren, wird man wohl nicht erfahren.

Auch bei den Streikenden nahmen die Abnutzungerscheinungen zu, vor allem wegen der Kälte und dem eintönigen Warten. Die Beachtung bei den Medien nahm ab und naturgemäß auch der Schwung der Solidarität. Für die IGM waren die Kosten beträchtlich angewachsen und hatten ein größeres Loch in die Kasse gerissen als gedacht. Auch inhaltlich war vieles klarer, es gab keine Hoffnung mehr, das Werk zu retten, auch nicht bei Fortsetzung des Ausstandes. Das Gefühl der Ohnmacht und Perspektivlosigkeit in der Belegschaft nahm zu, als sie erkennen musste, dass die Kapitali-

sten in Stockholm ihre Übermacht brutal ausnutzen würden. Die Weigerung der Kollegen vom Ersatzteillager, den Kampf auch aufzunehmen, war ein Alarmsignal. Man durfte nicht versäumen, das Eisen zu schmieden, solange es noch heiß war und die Gewerkschaftsmitglieder der anderen Elektroluxbetriebe nicht von der »Fahne« gingen.

Ein Spitzengespräch Stoiber-Straberg-IGM in München war ergebnislos geblieben. Durch die Vermittlungen Wiesheus kamen endlich – nach fast sechswöchigem Streik – die immer wieder ins Stocken geratenen Verhandlungen in ein entscheidendes Stadium. Am 1. März kam es zum Durchbruch. 15 Stunden hatten die zähen Verhandlungen gedauert, bei denen Wiesheu mehrmals bei Straberg in Schweden telefonisch um Einverständnis ersuchen mußte. Das Ergebnis ist zwiespältig. Es beinhaltet Niederlage und Durchbruch gleichermaßen.

Streikleiter Jürgen Wechsler und Betriebsratsvorsitzender Dix mussten den schweren Gang zu den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen antreten. Die schmerzhafteste, aber längst erwartete Botschaft war: »Das oberste Ziel, der Erhalt der Arbeitsplätze in Nürnberg, konnte nicht erreicht werden, weil die politischen und rechtlichen Voraussetzungen in Deutschland dafür fehlen.« Sie hätten noch hinzufügen können, dass der Erhalt des Werks auch deswegen nicht erkämpft werden konnte, weil die ökonomische Stärke von multinationalen Konzernen ein Übergewicht darstellt, das unter den gegebenen kapitalistischen System- und Machtverhältnissen auch mit einem noch so langen Streik nicht zu überwinden ist. Es bleibt also bei der Schließung zum 31. Dezember 2007; bis dorthin wird mit abnehmender Belegschaftszahl weitergearbeitet. Electrolux wird danach in Deutschland nur noch mit 2.000 Arbeitsplätzen vertreten sein. Von der Schließung in Nürnberg könnten 700 Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben betroffen sein.

Der schwer erkämpfte Sozialtarifvertrag (nur für ihn durfte ja gestreikt werden) sei »der beste, der je abgeschlossen wurde«, sagte IGM-Chef Neugebauer. Er geht weit über den Infineon-Vertrag hinaus und erst recht über die Electrolux-Vereinbarungen im Werk Herborn. Manager Winkler bezifferte die Kosten für den Sozialtarifvertrag auf ca. 15 Millionen Euro. Die Schweden behaupten, sie hätten den vorge-sehene Betrag für die Schließung von 240 Millionen Euro nicht überschritten. So, wie es aussieht, kann das auch eine Beruhigungspille für die Aktionäre sein.

Die Abfindungsregelung beträgt statt der angebotenen 0,77 nun 1,8 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr. Dabei kämen, hieß es, durchschnittlich 90.000 Euro pro Beschäftigten heraus – minus Steuer. Es kommt natürlich auf den Einzelfall an. Da gibt es »Altgediente« mit 200.000 Euro und junge Hilfskräfte, die nur 12.000 Euro erhalten. (Die Regelung sieht vor, dass bei allen 666 Euro abgezogen werden.) Eine Pensionsregel für ältere Beschäftigte sieht eine Zuzahlung zum Arbeitslosengeld vor: Bei 53- bzw. 55-jährigen



auf 81 bzw. 85 Prozent des Nettolohns bis zum 63. Lebensjahr. Die Firma zahlt für eine Beschäftigungsgesellschaft (Mypegasus / 6PQ) für ein Jahr 23,5 Millionen Euro. Eine Maßregelungsklausel verbietet Nachteile für die Streikenden.

Ein Erfolg wurden auch die Vereinbarungen für die Electrolux-Dienstleistungsgesellschaften. Für die Sparten Logistic, Service und Distriparts (Ersatzteillager) musste die Geschäftsleitung die Tarifbindung an die Metall- und Elektroindustrie wiederherstellen. Das Wasser im Wein war die gewählte Form von vier Haustarifverträgen, wodurch voraussichtlich geringere Tarifierhöhungen bis 2009 zu erwarten sind. (0,5 Prozent, 1 Prozent, 1,5 Prozent jährlich). Bei der Vertriebs GmbH bleiben einige Bereiche außerhalb der Metallbindung. Für alle vier gilt die 37-Stunden-Woche, plus 66 Stunden Qualifizierungen im Jahr. Eine Standort- und Beschäftigungsgarantie geht bis zum 31.12.2009. Das gilt auch für das Werk Rothenburg, eine erfreuliche Lösung. In der Logistik werden 50 Stellen und im Service 15 Stellen abgebaut. Insgesamt dürfte das ein Kompromiß für die Electrolux-Gesellschaften sein, der tragbar erscheint. [...] ■

Electrolux schließt AEG-Werk früher

Hoher Krankenstand in Nürnberg / Bayerns Wirtschaftsminister drängt auf Einhaltung des Zeitplans

Von Uwe Ritter

Nürnberg – Die Spuren des Arbeitskampfes sind längst weggeräumt. Nur ein paar Schmierereien erinnern am Nürnberger AEG-Hausgerätekombi noch daran, dass hier zu Jahresbeginn eine der spektakulärsten Tarifaufeinanderstöße der jüngeren deutschen Geschichte tobte. Unterstützt von viel politischer Promi-

geplant. Wobei diese Planungen von Haus aus schon deutlich niedriger angesetzt waren als in der Vergangenheit. Fast hilflos wirkt das Lockangebot der Geschäftsleitung, jedem, der bis zu seiner Entlassung gesund bleibe, eine Waschmaschine zu schenken. Aufgrund des hohen Krankenstandes könnte die

Produktion bereits im Frühjahr 2007 komplett nach Polen und Italien verlagert werden, sagte AEG-Sprecher Michael Eichel der Nachrichtenagentur AP. Es gebe aber noch keinen festen Termin. Ursprünglich sollte das Werk frühestens Mitte 2007 dicht gemacht werden. Die Schweden dürften sich über die hohe Ausfallquote nicht beklagen, sagt AEG-Betriebsratschef Harald Dix. Schließlich habe das Management die Beschäftigten unnötig provoziert, etwa in-



»Was für ein schönes Land hätten wir, wenn wir es hätten.« Bertolt Brecht
Am 1. Mai 2006 auf der Demonstration in Hamburg.

ZUR DISKUSSION

Der Kampf um Arbeitsplätze und seine Grenzen

Heidelberger Druckmaschinen in Kiel, Otis in Stadthagen, AEG in Nürnberg und CNH in Berlin sind nur die bekanntesten Beispiele für die Versuche von Belegschaften, sich mit einem Arbeitskampf gegen die angekündigte Verlagerung der Produktion zu stemmen. Bei CNH in Berlin befindet sich die Belegschaft bei der Erstellung dieser Ausgabe noch im Ausstand. Mit der Ausnahme des Bosch/Siemens/Hausgerätekwerkes (BSH) endeten bisher alle diese Auseinandersetzungen mit dem Abschluss eines Ergänzungstarifvertrages bzw. Sozialplans. Die Arbeitsplätze konnten trotz zum Teil wochenlanger Streiks nicht gesichert werden.

Fast alle Auseinandersetzungen um die Verlagerung von Produktionsstandorten haben eine ähnliche Vorgeschichte. In den betreffenden Betrieben wurden schon in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut. Die Belegschaften und ihre Betriebsräte hatten oft erhebliche Zugeständnisse gemacht in der Hoffnung, damit die verbliebenen Arbeitsplätze zu sichern. Doch die Hoffnungen, durch Verzicht den »eigenen« Standort retten zu können, endeten meist mit einem bösen Erwachen. Im Bündnis mit dem eigenen Unternehmen konnten die Interessen der Belegschaft nicht gesichert werden. Das gilt nicht nur auf betrieblicher sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Zugeständnisse

der Gewerkschaften und ihre Zusammenarbeit mit Regierung und Kapital haben nicht zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen geführt. Alle Zugeständnisse in Lohn- und Arbeitszeitfragen haben nur die eigene Position geschwächt und die Gegenseite gestärkt sowie neue Begehrlichkeiten geweckt.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den leeren Versprechungen durch Unternehmensleitungen und Regierungen hat sich die Stimmung unter der arbeitenden Bevölkerung gewandelt. Die Bereitschaft sich zu wehren ist gewachsen. Die hohe Streikbereitschaft, wie sie in den Urabstimmungen des öffentlichen Dienstes zum Ausdruck kam, ist ein Beispiel dafür. Das andere Beispiel ist die Zunahme der Streiks gegen die Verlagerungen von Produktionsstandorten.

Eine Voraussetzung aller Arbeitskämpfe gegen die Verlagerung der Produktion war deren Unterstützung durch die Gewerkschaft. Denn ohne die Zahlung von Streikgeldern ist keine Belegschaft bereit und in der Lage eine wochenlange Auseinandersetzung durchzustehen. Die betroffenen Belegschaften und die IG Metall mussten sich also einen legalen Rahmen in Form von Tarifforderungen (Ergänzungstarifvertrag) schaffen. Mit der Durchsetzung eines Ergänzungstarifvertrages soll der Preis für eine Werkschließung so hoch getrieben werden, dass die Konzerne von der beabsichtigten

Verlagerung Abstand nehmen. Das eigentliche Ziel des Arbeitskampfes, die Sicherung der Arbeitsplätze, kann nicht Inhalt eines Tarifvertrages werden; in ihm werden nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegebenenfalls die Höhe von Abfindungen geregelt. Die Forderung nach einem Ergänzungstarifvertrag stellt somit nur eine Hilfskrücke dar; ein »offensives Instrument in der Defensive« nannte es der zuständige IG-Metall-Sekretär in Berlin anlässlich der Auseinandersetzung um die Schließung von BSH. Doch mit diesem Instrument – so das Resümee der Erfahrungen – lassen sich die Folgen für die Betroffenen abfedern; der Abbau der Arbeitsplätze mit all den gesellschaftlichen Folgeerscheinungen lässt sich so nicht verhindern.

In einem Interview mit der »Frankfurter Rundschau« vom 10. März 2006 fasst der AEG-Betriebsratsvorsitzende Harald Dix aus Nürnberg seine Erfahrungen folgendermaßen zusammen:

»Kann eine Belegschaft überhaupt etwas dagegen ausrichten, wenn ein Konzern in Billiglohnländer verlagern will? Das ist extrem schwierig, wie unser Beispiel zeigt. Es braucht andere Schutzmechanismen. Zum Beispiel, dass Belegschaften in Unternehmen, die verlagern wollen, mehrere Jahre vor Kündigungen geschützt sind. Das wäre ein extremer Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen.

Die Unternehmen greifen genauso extrem in die Lebensplanung ihrer Mitarbeiter ein. Konzerne wie Daimler-Chrysler oder VW stinken vor Geld, trotzdem bauen sie Zehntausende Jobs ab. Es geht hier um Profitmaximierung, sonst nichts.«

Die Belegschaften stehen nicht nur international agierenden Konzernen gegenüber. Die Konzerne handeln nicht aus »freien Stücken«; sie sind den Gesetzen und Triebkräften des Marktes – sprich der kapitalistischen Wirtschaftsordnung – unterworfen. Auch wenn sie schwarze Zahlen schreiben, der Konkurrenz- und Überlebenskampf treibt sie alle bei der Jagd nach den höchsten Profiten und Renditen. Die Belegschaften kämpfen – ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht – zugleich gegen die Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Nur wenn es ihnen gelingen sollte, nicht nur den wirtschaftlichen sondern auch den politischen Preis in die Höhe zu treiben, besteht die Chance den Gegner zu einem vorläufigen Rückzug zu zwingen. Allein durch Appelle an die »soziale Verantwortung« der Unternehmen, lassen sich diese nicht beeindrucken. Darauf beschränkt sich aber die politische Argumentation aus den Chefetagen der Gewerkschaften. Auf dieser Ebene verbleiben (mit Ausnahmen) auch die Solidaritätserklärungen der so zahlreich angereisten Politprominenten. Während Politiker von SPD und CDU die »soziale Verantwortungslosigkeit« der jeweiligen Konzerne verbal anprangern, schaffen sie dieser »Verantwortungslosigkeit« die besten Rahmenbedingungen zur Erhöhung von Profiten und Renditen. Diese Politiker haben die Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Gesetzen sie als Arbeitgeber in Kommunen Ländern und im Bund auch unterworfen sind, längst zum alleinigen Inhalt ihrer gesellschaftlichen Vorstellungen gemacht. Das zeigen die Tarifeinverständnisse im öffentlichen Dienst und die Propaganda gegenüber ver.di.

Ohne »Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen« kann der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen letzten Endes nicht erfolgreich sein. Dieser Kampf aber wäre



kein rein tariflicher oder gewerkschaftlicher mehr; er müsste zu einem politischen Kampf mit den entsprechenden Forderungen nach einer Kontrolle von Investitions- und Verlagerungsentscheidungen werden. Das aber ist unmöglich, ohne das heilige Tabu, die Verfügungsgewalt über und die Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln in Frage zu stellen.

Von dieser Form des politischen Klassenkampfes sind wir noch weit entfernt. Er lässt sich weder durch Beschlüsse und Programme linker Parteien herbeiführen – seien sie linkssozialdemokratisch, sozialistisch oder kommunistisch – noch von Gewerkschaftsinstanzen verordnen. Dazu bedarf es einer eigenständigen Arbeiterbewegung. Das notwendige Klassenbewusstsein entwickelt sich in konkreten Auseinandersetzungen und in deren Eigendynamik. Unterschiedliche Interessen und gegensätzlichen Anschauungen innerhalb einer Belegschaft treten während des Streiks zugunsten des gemeinsamen Ziels in den Hintergrund. Durch die Geschlossenheit und die Konsequenz der Kolleginnen und Kollegen gewinnt der Kampf an Ausstrahlung und Unterstützung. Ob diese Beispiele Nachahmung finden und anderen Mut machen, wird die Zukunft zeigen. Wir können einen Beitrag dazu leisten, wenn wir aus den gewonnenen Erfahrungen Schlussfolgerungen ziehen. Zwei Fragen drängen sich dabei auf:

1. Die streikenden Belegschaften haben erfahren müssen, wie schwer es ist, Solidarität innerhalb des Konzerns über die nationalen Grenzen hinweg herzustellen. Ihnen blieb, da sie auf die Verhältnisse in den schwedischen, polnischen oder italienischen Gewerkschaften keinen direkten Einfluss haben, nur der Appell an die Solidarität. Die Frage geht deshalb an uns selbst zurück. Wie verhalten wir uns im umgekehrten Fall, wenn polnische, spanische, südamerikanische oder südafrikanische Belegschaften unserer Solidarität bedürfen? Wie überwinden wir in Deutschland eine Gewerkschaftspolitik, die sich auf die Verteidigung des eigenen Standortes in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen beschränkt? Internationale Solidarität wird nur wirksam, wenn sie die Ebene papierener Resolutionen und verbaler Erklärungen verlässt.

2. Wie lässt sich Solidarität über die Grenzen des Konzerns in Deutschland selbst herstellen? Nur mit politischen Mitteln können wir mehr Druck auf international agierende Konzerne ausüben, auf der rein wirtschaftlichen Ebene sitzen diese immer am längeren Hebel. Damit stellt sich zwangsläufig die Frage des politischen Streiks, der bei uns verboten ist. Gewerkschaften, die sich der Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der bürgerlichen Gesetzgebung beugen, berauben sich selbst ihrer politischen Waffen. Die »französischen Verhältnisse«, die so oft als Vorbild hingestellt werden, entwickeln sich nicht von selbst, sie brauchen eine Veränderung im Denken und Handeln an der Basis.

B., Berlin, 23. April 2006 ■

Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet Düsseldorf



Am 7. April endete der Streik bei dem Flugliniencaterer Gate Gourmet in Düsseldorf, genau sechs Monate nach seinem Beginn am 7. Oktober 2005. Es war dies der längste Streik einer verhältnismäßig kleinen Belegschaft im Bereich der NGG seit ihrem Bestehen. Die Geschichte des Streiks beginnt vor dem 7. Oktober und nach seinem Ende bleiben Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Beschäftigten und Erwerbslosen sowie die Gewerkschaftsbewegung in ganz Deutschland.

1. Private Equity:

Die Drecksarbeit für das angelegte Kapital

Die Gate-Gourmet-Filiale in Düsseldorf war bis 2001 ein Tochterunternehmen der LTU und hieß LTC. LTU verkaufte die Carering-Standorte Düsseldorf und Frankfurt-Kelsterbach für 33,7 Mio. Euro an die Swissair-Tochter Gate Gourmet, ein Unternehmen mit über 20.000 Beschäftigten. Ein Jahr später wurde Gate Gourmet aus der Konkursmasse der Swissair an die Texas Pacific Group (TPG) verkauft. Die TPG ist eine Kapitalinvestmentfirma, die privates Kapital (Private Equity) einsammelt und Renditen von 15 bis 40 Prozent verspricht. Mit dem eingesammelten Kapital kaufen diese Gesellschaften Firmen auf, setzen die Belegschaften massiv unter Druck, verschlechtern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse radikal und verkaufen die Firmen nach fünf bis sieben Jahren zu einem sehr viel höheren Preis. Dadurch müssen sie viel weniger um ihren »guten Ruf« in der Öffentlichkeit fürchten als längerfristig operierende Markenfirmen.

Die Private Equity Gesellschaften zeigen offener als andere, dass der ausschließliche Sinn des Kapitals darin liegt, Gewinne zu erzeugen und nicht etwa Arbeitsplätze um der Arbeitsplätze willen zu schaffen. Sie wurden von Franz Müntefering als »Heuschrecken« aus dem Ausland bezeichnet. Diese Unterscheidung in gutes (deutsches) und böses Kapital aus dem Munde eines führenden SPD-Politikers ist reine Demagogie, zumal die rot-grüne Bundesregierung mit der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne seit dem 1. Januar 2002 eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeit dieser Gesellschaften geschaffen hatte. In Wirklichkeit machen die Private-Equity-Gesellschaften die Drecksarbeit für die dahinter stehenden Kapitalbesitzer und das ganze Unternehmerlager, das von der verschärften Ausbeutung profitiert.

2. Wenn McKinsey kommt!

2003 hatten NGG und Belegschaft einem Sanierungstarifvertrag zugestimmt, der dem Unternehmen 190.000 Euro brachte, indem Weihnachtsgeld und Lohnzuschläge gekürzt wurden und die Produktivität dadurch um 30 Prozent gesteigert wurde, dass eine Person die Arbeit machen musste, die vorher zwei Personen erledigt hatten. Der Sanierungstarifvertrag war bis Juni 2005 befristet. Weiterhin wurde eine Betriebsvereinbarung zur Flexibilisierung abgeschlossen, die tägliche Arbeitszeiten zwischen fünf und zehn Stunden, sowie Wochenarbeitszeiten zwischen 25 und 48 Stunden vorsieht. In der Realität wurde noch weit über die 48 Stunden hinaus gearbeitet. In einer 10-Stunden-Schicht müssen bis zu 15 Tonnen Masse gehoben werden, bei einer Laufstrecke von bis zu 20 km. »Nachdem McKinsey im Haus war, wurden die Arbeitsabläufe so verdichtet, dass keine Luft mehr für menschenwürdiges Arbeiten blieb. Selbst die Toilette musste man im Laufschrift aufsuchen.« (Aussage eines Beschäftigten, JW, 21.2.06)

Die Flexibilität zeigte sich auch im Dienstplan: Die Schichten waren erst fünf Tage vorher bekannt, mit einem Sternchen versehene Schichten hatten ein offenes Ende. Die Familien konnten sich auf nichts mehr verlassen, wegen des ungewissen Schichtendes war auch die Kinderbetreuung nicht zu planen und die Familien entsprechend schwer belastet. Ein Beispiel für eine Extremschicht: Schichtbeginn 3:45 morgens, Schichtende 14:00. Um 14:30 zu Hause, schnell Hausaufgaben mit dem Kind, essen, duschen und wieder ins Bett um bis 2:00 morgens wieder fit zu sein für die nächste Schicht. Auf der Strecke bleiben dabei Familienleben, Freunde, Vereine, das Ergebnis ist soziale Isolation.

Das ganze wurde flankiert durch moralischen Druck auf die Beschäftigten, durch pausenlose Versuche, Teile der Belegschaft gegeneinander auszuspielen, die Gewerkschaften und jeden Ansatz solidarischen Handelns aus dem Betrieb zu drängen, Schikanen, Mobbing.

Bei den Verhandlungen über den Entgelttarifvertrag im September fordern die Beschäftigten 4,5 Prozent mehr Lohn, zumal die Geschäftsführung sich damit brüstet, ihr Laden sei der gewinnträchtigste in Deutschland. Als die Unternehmenseite stattdessen einen Verzicht auf Urlaubstage, auf Lohnzuschläge und eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich fordert, platzt der Knoten. Bei der Urabstimmung am



4. Oktober stimmen 93,8 Prozent der Kolleginnen und Kollegen für Streik.

3. Vor dem Firmentor das Heer der Arbeitslosen

Sowohl die NGG als auch die Streikenden waren von einer kurzen Auseinandersetzung ausgegangen, bei der man das Geschäft während der Herbstferien empfindlich stören wollte. Von den 120 Kolleginnen und Kollegen der Düsseldorfer Filiale waren 80 im Streik, von den neun Betriebsräten streikten fünf. Nach 14 Tagen war jedoch klar, dass der Streik ökonomisch ins Leere zu laufen drohte. Durch die tatkräftige Unterstützung des Hauptkunden LTU, der jede mögliche Rücksicht auf die Probleme der Gate-Gourmet-Geschäftsleitung nahm, was Termine für das Beladen der Maschinen usw. betraf und durch den Einsatz von Fremdfirmen, Leiharbeitern und Streikbrechern aus anderen Gate-Gourmet-Units konnte der Streik durch die Geschäftsleitung im Wesentlichen unterlaufen werden. Und nun begann die Nebensaison!

Der Sklaventreiber

Herr Sevket Avci, Inhaber der Leiharbeitsfirma Goldberg & Avci, sitzt über eine von der SPD unterstützte Liste im Rat für Zuwanderung und Integration der Stadt Duisburg und ist Vorsitzender des Ausländerbeirats. In dieser Position hat er natürlich gute Kontakte zur Ausländerbehörde und zur Agentur für Arbeit. Er kennt die Probleme der Einwanderer. Und er nutzt sie für sich aus. Vor dem Streik waren ca. 15 bis 20 Leiharbeiter bei ihm beschäftigt. Zum Streikbeginn hat er das Personal auf über 75 Leute aufgestockt, die als Streikbrecher bei Gate Gourmet arbeiten. Goldberg & Avci, eine von vier Streikbrecherfirmen: *»Auffällig ist, dass viele Beschäftigte von G & A sich nicht trauen, über ihre Arbeitsbedingungen zu sprechen. Wir gehen davon aus, dass sie mindestens ein Drittel weniger verdienen als die regulär bei Gate Gourmet Beschäftigten. Wie es mit Weihnachts- und Urlaubsgeld und mit Zuschlägen aussieht ist nicht bekannt. Schon in der Vergangenheit wurden durch dieses niedrige Niveau die Tarifverhandlungen erschwert, zumal die Leiharbeitnehmer mittlerweile 25 Prozent der Gesamtbeschäftigten ausmachen.«* (NGG, Zeitung zum Streik, Nr. 43, 6.12.2005)

Die Angst

Am Düsseldorfer Flughafen gibt es 280 Firmen und 21 Betriebsräte. Von diesen 21 Betriebsräten ließ sich ein einziger, der LTU-Betriebsrat am Streikzelt blicken und das erst nach anderthalb Monaten. Von den anderen wollte niemand etwas mit dem Streik zu tun haben, wie bei einer gefährlichen, ansteckenden Krankheit – »Heutzutage!« »Bei der Arbeitslosigkeit!« Auch der Einsatz von Streikbrechern aus

anderen Gate-Gourmet-Units wurde nur teilweise von den dortigen Betriebsräten verhindert.

Die zu »Gate-Gourmet-Deutschland« gehörenden Units, die größten in Frankfurt-Zeppelinheim und München werden von ver.di vertreten, – im Gegensatz zu »Gate-Gourmet-West« mit Düsseldorf, Köln und Frankfurt-Kelsterbach für die die NGG zuständig ist. Was wäre naheliegender gewesen, als sich gegenseitig zu unterstützen? Statt dessen verzögerte Verdi die eigenen Tarifverhandlungen und sagte ganz offen, man wolle erst einmal abwarten, was in Düsseldorf herauskomme. Die Bitte des Düsseldorfer Betriebsratsvorsitzenden, die Kolleginnen und Kollegen in Betriebsversammlungen über den Streik zu informieren wurde nicht erfüllt.

4. Was tun?

Ökonomischer Druck war wegen der Streikbrucharbeit fast nicht aufzubauen, die Streikenden waren am Düsseldorfer Flughafen isoliert, ebenso innerhalb der anderen Gate-Gourmet-Filialen in Deutschland. Warum wurde der Streik nicht abgebrochen? Nach allen Erfahrungen der Beschäftigten mit dem unglaublich harten Auftreten der Firma und der entwürdigenden Behandlung, wussten die Streikenden, was auf sie zukommen würde, wenn sie demütig wieder in den Schoß der Firma zurückkriechen würden. Die Streikfront stand bis zum Schluss in einer bemerkenswerten Geschlossenheit, wie ein Streikender es ausdrückte: *»Es geht auch um unsere Ehre!«*

Nachdem sich alle klassischen Mittel von Tarifaussensetzungen als stumpf erwiesen hatten, die Streikenden aber nicht zu Kreuze kriechen wollten, durchbrachen sie den Rahmen des hierzulande üblichen Tarifikampfs. Sie mobilisierten Unterstützung in ganz Deutschland und darüber hinaus. Zahllose Veranstaltungen in anderen Städten um von dem Streik zu berichten. Und überall die gleichen Erfahrungen: Unternehmen, die immer härter ihre Lohn- und Arbeitszeitdiktate durchsetzen, Belegschaften, die Angst haben, Gewerkschaftsapparate, die relativ hilflos die Entwicklung beklagen. Die Streikenden und der Unterstützerinnenkreis, der sich im Streikverlauf gebildet hatte, versuchten das Allgemeine an dem Angriff herauszuarbeiten und ihn damit in einen politischen Zusammenhang zu stellen. Sie suchten aktiv die Verbindung zu den anderen in Deutschland laufenden Streikbewegungen, über den Rahmen von Betrieben und Branchen hinweg, um den Konflikt auszuweiten und zu politisieren.

5. Stellungskrieg

Die Streikenden versuchten, Langstreckenflüge durch Lkw-Blockaden zu verzögern, so am 18. November zusammen mit der NGG an deren 140. Geburtstag. Sehr erfolgreich wurde



von Unterstützerinnen am 14. Januar, dem 100. Streiktag blockiert. Bei diesen Aktionen tat sich die von Gate Gourmet beauftragte Krefelder Sicherheitsfirma Chevalier durch Prügelleien hervor, einige Lkw-Fahrer fuhren ohne Rücksicht auf Verluste in die Menschenmenge oder fuhren Begrenzungspfähle über den Haufen. Zwischen Weihnachten und Neujahr wurde in einer Nacht- und Nebelaktion das Streikzelt in die Büsche befördert, die Transparente geklaut und der NGG-Bus aufgebrochen und abgeschleppt. Auf dem Platz stand nun ein Bus der Sicherheitsfirma. Nach einigen Tagen musste Gate Gourmet den Platz jedoch wieder räumen.

Während dieser Zeit zeigte sich Gate Gourmet bei Verhandlungen völlig unnachgiebig. Ein am 6. Dezember ausgehandelter Abschluss wurde am nächsten Tag von der Europa-Zentrale in Zürich wieder kassiert. Bei Verhandlungen am 5. Januar legte die Firma weitere Forderungen nach, so nach einer zehnprozentigen Kürzung der Personalkosten, nach 32 Minusstunden auf dem Jahresarbeitszeitkonto, Abschaffung von Schichtzuschlägen und des 13. Monatsgehalts. Zu dieser Zeit wurde klar, dass der Manteltarifvertrag, der gegen Ende des Jahres auslaufen würde, keine Gültigkeit mehr besaß. Obwohl er von der Firma nicht unterschrieben war wurde er vorher zwar eingehalten, aber die NGG hatte versäumt auf die Unterschrift zu drängen, so dass keine Nachwirkung mehr aus dem Manteltarifvertrag bestand. Mantel- Und Entgelttarifvertrag mussten jetzt also zusammen verhandelt werden.

Bei den Betriebsratswahlen vom 2.3.2006 konnte die gewerkschaftliche »Liste Menschenwürde« fünf von insgesamt nur noch sieben Sitzen erreichen, d.h. dass die Zahl der nicht streikenden Betriebsräte von vier auf zwei zurückgegangen ist. Die streikenden Betriebsräte hatten sogar einige Stimmen von arbeitenden Kollegen bekommen. Diese Betriebsratswahl wurde von der Geschäftsleitung vor dem Arbeitsgericht angefochten, weil der Wahlvorstand nicht alle Leiharbeiter, die für den Streikbruch eingestellt wurden, auf die Wählerliste gesetzt hatte. Der nächste Termin vor dem Arbeitsgericht findet am 2. Juni statt.

Am 23. März brach eine Delegation von Düsseldorf nach London auf, um an der Demonstration der dort immer noch streikenden Gate-Gourmet-Arbeiterinnen teilzunehmen, nachdem sie von dort schon am 22. Februar Besuch bekommen hatten. Am Flughafen London-Heathrow konnte das Bodenpersonal von British Airways im Sommer 2005 durch einen Solidaritätsstreik den Abflug von ca. 500 Flügen verhindern.

6. Der Abschluss

Für den Tarifabschluss stimmten in der Urabstimmung am 7. April 61,4 Prozent. Die NGG schätzte den Abschluss als weder einen Sieg noch eine Niederlage ein (NGG, Zeitung zum Streik, Nr. 86, 10.4.2006).



Kennzeichnend ist, dass die Tarifkommission nicht wie üblich die Annahme empfohlen hat, so ein Ergebnis könne sie nicht »empfehlen«, es wurde nur vorgestellt. Auch das niedrige Ergebnis bei der Urabstimmung zeigt, dass niemand mit dem Ergebnis wirklich glücklich ist. Das Problem ist nur, dass auch niemand mehr wusste, wie der Streik hätte fortgesetzt werden können. Immerhin bestehen für die Beschäftigten wieder ein gültiger Manteltarifvertrag, ein Entgelttarifvertrag und ein Sozialtarifvertrag. Zum 1.7.2006 und zum 1.8.2007 erhöhen sich die Entgelte um jeweils ein Prozent. Zusätzlich gibt es 2006 und 2007 je eine Einmalzahlung von 156 Euro netto. Betriebsbedingte Kündigungen sollen bis 2009 ausgeschlossen sein. Die maßlose Arbeitszeitflexibilität der Kolleginnen und Kollegen wurde eingeschränkt (Begrenzung der maximalen wöchentlichen Arbeitszeit auf 45 Stunden, garantierte freie Wochenenden usw.). Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt ab 2006 für die Angestellten, ab 2007 für alle Beschäftigten 40 Stunden. Für besonders belastende Tätigkeiten wurden zum Ausgleich Schichtfreizeiten eingeführt. Ab 2009 gilt die im Flächentarifvertrag für das Hotel und Gaststättengewerbe festgelegte durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 39 Stunden (ebda.). Die Firma verpflichtet sich im Sozialtarifvertrag, auf eine Maßregelung der Streikenden zu verzichten und keine Schadensersatzansprüche geltend zu machen oder Strafanzeige zu erstatten.

Am 18. April gingen die Streikenden gemeinsam zurück in den Betrieb, wo eine Betriebsversammlung stattfand. Einige Kolleginnen und Kollegen nahmen die Möglichkeit in Anspruch, die Firma mit einer Abfindung von ca. einem halben Monatslohn je Beschäftigungsjahr zu verlassen um sich nicht weiter dem Druck und der Demütigung auszusetzen.

7. »Unser Erfolg wäre auch der Erfolg von Gate Gourmet.« (NGG, Zeitung zum Streik Nr. 40, 1.12.05)

Die Gewerkschaftsapparate sind in ihrer Gesamtheit noch dem sozialpartnerschaftlichen Denken verhaftet. Bei Gate Gourmet Düsseldorf trifft dieses Denken auf Beschäftigte, die jeden Tag die Erfahrung machen müssen, dass sie von der Firmenleitung weniger wie Partner behandelt werden, sondern eher wie Arbeitssklaven. Die Streikenden erkennen,



dass die Niederlage unausweichlich ist, wenn der enge Rahmen der üblichen Tarifkonflikte nicht überschritten wird. Zusammen mit dem Unterstützerinnenkreis unternehmen sie selbständige Schritte, um diese Grenze zu überschreiten. Bei diesem Prozess wirkt die NGG etwas unwillig. Vier Beispiele seien angeführt:

- Vier eingeladene Busse mit IG Metallern aus Duisburg werden von der NGG hinter dem Rücken der Streikenden wieder ausgeladen.
- Die Düsseldorfer Streikenden fahren mit dem Bus zu Gate Gourmet Frankfurt Zeppelinheim. Die dortigen Beschäftigten werden von ver.di vertreten. Die NGG lehnt die Finanzierung des Busses ab.
- Die Arbeiterinnen aus London-Heathrow kommen auf Kosten der Streikenden und des Unterstützinnenkreises, gegen den erklärten Willen und ohne finanzielle Unterstützung der NGG nach Düsseldorf. Die Düsseldorfer Kolleginnen müssen beim Gegenbesuch in London die Reise ohne Hilfe der NGG finanzieren. Der Grund liegt darin, dass die Schwestergewerkschaft der NGG, die TGWU, den Konflikt in Heathrow seit September 2005 für beendet erklärt hat. Versuche der noch Streikenden in London, Kontakt mit den Düsseldorfer Kolleginnen zu bekommen, versucht die NGG abzublocken.
- An keiner der öffentlichen Solidaritätsveranstaltungen des Unterstützinnenkreises nehmen Verdi oder NGG offiziell teil. Die gegen das Konto des Unterstützinnenkreises erhobenen Vorwürfe, die Streikenden hätten darauf keinen Einfluss, verkehrt die Tatsachen ins Gegenteil: Das NGG-Konto ist öffentlich nicht einsehbar!

Natürlich gibt es auch die positiven Beispiele: Genannt seien die Blockade der IG Metall Düsseldorf/Ratingen, Veranstaltungen und Aktionen von ver.di-Hamburg, NGG und DGB in Kassel.

Die Angriffe von Unternehmern und Regierungen werden nicht aufhören, im Gegenteil, der Konkurrenzkampf um Profitraten wird immer härter, die Spirale dreht sich immer schneller. Je mehr Kolleginnen und Kollegen eine Ahnung vom allgemeinen Charakter der Angriffe bekommen desto eher werden sie auch erkennen, dass der Angriff auf einen Teil der Beschäftigten ein Angriff auf alle ist. Die Trennung in einzelne Branchen, Firmen, Lohngruppen, Geschlecht, Herkunft, Nationalität muss bei der Abwehr dieser Angriffe überwunden werden, wenn sie erfolgreich sein soll. Die Überwindung dieser Trennungslinien muss von unten, von der Basis her erkämpft werden:

»Nicht nur die Streikenden, jedes einzelne Mitglied muss sich in Zukunft Gedanken über Arbeitskämpfe machen, denn Veränderungen können nur von uns kommen. Die Bewegung muss von unten kommen. Wir können nicht immer verlangen, dass die Gewerkschaft dieses oder jenes tun soll. Alle müssen aktiv werden, so, wie wir es vorgemacht

haben. Dies hat Gewerkschafter in ganz Deutschland zum Nachdenken gebracht. Wenn die Gewerkschaften nicht endlich auch auf Führungsebene in die Diskussion kommen, hat die Gewerkschaft in diesem Land keine Zukunft mehr.

Viele Leute fragen sich: »Wozu bin ich denn noch Gewerkschaftsmitglied?« Wenn sie sich keine Gedanken über den Sinn der Gewerkschaft und ihre eigenen Aufgaben und Rechte machen, werden sie es bald sehr schmerzlich selbst erfahren.« (Aus einem Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden Halil Saltan, SoZ, Nr. 5, Mai 2006)

Der Streik hat gezeigt, welche engen Grenzen die Nur-Gewerkschaftlichen-Auseinandersetzungen heute aufgrund der Massenarbeitslosigkeit haben und welcher wirtschaftlichen Macht der Konzerne wie der TPG und welchem massenhaften Streikbruch sie sich gegenübersehen. Wenn es uns nicht gelingt, die wirtschaftlichen Abwehrkämpfe mit politischen Forderungen zu verbinden, also Forderungen, die sich an die Regierungen wenden und den Interessen der Erwerbstätigen und Erwerbslosen insgesamt entsprechen, wie dies in Frankreich am Beispiel des CPE beispielhaft gelang, werden wir keinen Erfolg haben. Denn so unangreifbar die Konzerne im reinen Wirtschaftskampf heute scheinen, so angreifbar sind die Regierungen, deren Legitimation in der arbeitenden Bevölkerung durch den seit über 20 Jahren stattfindenden Sozialabbau auf einem historischen Tiefpunkt angekommen ist.

Die Beschäftigten von Gate Gourmet haben mit ihrer bis zum Schluss geschlossenen Streikfront ein Zeichen gesetzt. Durch ihre zunehmende Selbständigkeit in der Auseinandersetzung haben sie Erfahrungen machen können, die für die gesamte Arbeiterbewegung in Deutschland wichtig sind. Sie haben den Schlüssel für die Stärke wiederentdeckt, die die Gewerkschaften seit ihren Anfängen zu ihrer einstigen Größe geführt hatte: Mut und Solidarität. Und unabhängig vom materiellen Ergebnis können sie von sich sagen: »Wir haben es gewagt!« ■

Aktueller Nachtrag: Natürlich läßt Gate Gourmet trotz des unterschriebenen Abschlusses nicht nach, die alte Flexibilität und Arbeitsetze wieder durchzusetzen. Der neugewählte Betriebsrat ist der Geschäftsleitung dabei im Wege, er wird bekämpft: Zu der BR-Wahl hatte der Wahlvorstand die eingesetzten Streikbrecher nicht auf die Wählerliste gesetzt. Das wird ihm jetzt von der GL vor Gericht angekreidet, um damit seine Legitimität anzufechten. Dies ist ein Präzedenzfall vor deutschen Arbeitsgerichten. Sollte dies Beispiel vom Gericht sanktioniert werden, können Firmen in Zukunft durch Leiharbeitereinsätze Betriebsratswahlen beliebig manipulieren. Darin liegt die Bedeutung des Arbeitsgerichtsprozesses, der am 2. Juni in Düsseldorf beginnt. Näheres siehe: info@gg-streik.net



■ DIE RÜTLI-SCHULE - HAUPTSCHULE IN EINEM PROBLEMKIEZ

Die Hauptschule als Sackgasse

Dass die Sorgen einer Schule im sozialen Brennpunkt mal bekannt werden, haben sich die Betroffenen schon lange gewünscht. Die Voraussetzungen dafür schufen die Lehrerinnen und Lehrer der Rütli-Schule im Norden des Berliner Bezirks Neukölln¹⁾. Der Brief des Kollegiums an die Schulaufsicht gelangte in die Medien. Dadurch wurde der Maulkorb-Erlass durchbrochen, mit dem der Senat verhindern wollte, dass ungünstige Nachrichten aus den Berliner Schulen von den Pädagogen in die Öffentlichkeit getragen werden.

Die Berliner Hauptschule ist längst am Ende, jedenfalls sahen dies Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer schon vor 25 Jahren so, als sie ihren Schulzweig als Sackgasse bezeichneten und die integrierte Gesamtschule für alle Schülerinnen und Schüler forderten.

Bis 1974 nahmen in Neukölln sechs Gesamtschule die Arbeit auf, als vierter Oberschulzweig neben Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Dadurch sank der Anteil der Hauptschüler an der Neuköllner Schülerschaft. Die sechs Gesamtschulen im Bezirk nahmen die leistungsstärkeren Schüler auf, der Hauptschule blieb nur mehr 10 Prozent eines Jahrgangs, das waren die, die meisten Probleme hatten und machten.

Mit dem Anwachsen der Migrationsbevölkerung im Bezirk stieg in den 80er Jahren die Bedeutung der Hauptschule wieder, und zwar als Schule für Kinder türkischer und anderer Arbeitsmigranten, die hier ursprünglich wegen der Sprachdefizite landeten. Sie hatten im Allgemeinen eine gute Leistungsmotivation, denn der Hauptschulabschluss hatte noch eine gewisse Bedeutung, machte er doch die Besitzer dieses Zertifikats zu angemessen verwertbaren Arbeitskräften, z.B. als Handwerker oder Beschäftigte in Handel und Dienstleistung. Der Schulabschluss vermittelte den Jugendlichen das Gefühl, gebraucht zu werden, etwas Sinnvolles für sich und die Gesellschaft zu tun, er war somit eine Voraussetzung für die Integration.

Seit Beginn der 90er Jahre entwickelte sich die Berliner Hauptschule jedoch mehr und mehr zu einem Ort der Aufbewahrung für künftig im Produktionsprozess nicht mehr gebrauchte Schulabgänger. Ein massiver Anstieg der Jugend-

arbeitslosigkeit begleitete den kapitalistischen Strukturwandel, in dessen Gefolge einerseits Ausbildungsplätze massenhaft gestrichen wurden und andererseits die Anforderungen an die Auszubildenden stiegen; dies hatte einen Verdrängungsmechanismus in Gang gesetzt, der Hauptschüler vollends um ihre Berufschancen brachte. Das zeigt die Arbeitslosenstatistik: Im März 2006 waren 95720 Berliner mit Hauptschulabschluss arbeitslos gemeldet, das ist fast ein Drittel der Jobsuchenden, bei den unter 25jährigen ist der Anteil noch höher.

Ein soziales oder ein ethnisches Problem?

Im Brandbrief des Rütli-Kollegiums wird deutlich, dass die arabischen Kids mehr Stress bereiten als andere, sie bilden dort die relative Mehrheit. Palästinenser und Libanesen kamen mit Beginn der 80er Jahre als Bürgerkriegsflüchtlinge nach West-Berlin, viele als Staatenlose aus den Flüchtlingslagern, in denen sie und ihre Eltern schon seit der Vertreibung aus Palästina 1949 oder seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 ohne vernünftige Arbeitsmöglichkeiten mehr oder weniger von Zuwendungen der UN lebten. Hier in Deutschland bekommen diese Flüchtlinge keine Arbeitserlaubnis. Sie leben unter beengten Wohnverhältnissen (2) und leiden unter finanziellen Einschränkungen. Als »geduldete« Flüchtlinge unterliegen sie dem Aufenthaltsbestimmungsrecht und dürfen Berlin nicht verlassen. Dieser Status der Duldung wird in der Regel um 6 Monate verlängert. Unter diesen Bedingungen fällt es schwer, eine langfristige positive Perspektive zu entwickeln. Unsere Gesellschaft zahlt ihnen Sozialhilfe und ansonsten werden sie ihrem Schicksal weitgehend überlassen.

Da kann es nicht überraschen, wenn sich viele dieser an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen an religiöse und andere Traditionen klammern, die mehr Geborgenheit versprechen als sie im sog. Gastland erfahren. Oftmals haben die Eltern der heutigen arabischen Kinder und Jugendlichen nicht erkannt, dass ihre traditionellen Erziehungsmuster nicht mehr tragen und ihre archaischen, frauenfeindlichen Familienstrukturen nicht passen, dass ihre Kinder damit überfordert sind, die Widersprüche zwischen den Werten zu lösen, die ihnen zu Hause und denen, die ihnen in der Schule und draußen begegnen.

Auch wenn wenig Verbindung zur Heimat der Eltern und Großeltern besteht und die Jugendlichen kaum eine vernünftige Information haben, die Bilder aus Gaza und dem West-

(1) Nord-Neukölln ist ein Sozialfall: höchste Arbeitslosigkeit (40%), höchster Anteil an ALG II-Empfänger (150 von 1000 Einw.) Deutschlands

(2) Palästina hat mit über 4% die weltweit höchste Geburtenrate, das spürt man auch in Neukölln.

Die Rütli-Schule – eine Schule mit Tradition

Durch die Novemberrevolution schien die Arbeiterbewegung auch ihren schulpolitischen Zielen, wie z.B. Weltlichkeit und Einheitlichkeit näher zu kommen. Im Sommer 1919 beendete jedoch der Weimarer Schulkompromiss, den die SPD mit dem katholischen Zentrum geschlossen hatte, um diese für den Abschluss des Versailler Vertrages zu gewinnen, alle bis dahin begonnenen Experimente. Die konfessionelle Volksschule blieb, die gemeinsame Schulzeit wurde auf vier Jahre begrenzt. Eltern war es jedoch erlaubt, ihre Kinder von der Bekenntnisschule abzumelden und sie in weltliche Schulen einzuschulen, amtlich Sammelschulen genannt. Diese weltlichen Schulen waren zwar nur »Schwalbennester am Dom der Bekenntnisschule« (Klara Zetkin), aber in Neukölln, einer Hochburg der Arbeiterbewegung, gehörten immerhin ein gutes Fünftel dazu.

Die KPD hatte sich gegen solche Schulen ausgesprochen, da sie die »fortschrittlichen Klassenkämpfer von den indifferenten Zurückgebliebenen« trennten (Edwin Hoernle), an die die Kommunisten aber herankommen wollten. In den »Leitsätzen zur Frage der Versuchsschulen« von 1922 formulierte die KPD jedoch einige Bedingungen, unter denen sie der Einrichtung sog. Lebensgemeinschaftsschulen zustimmte. Dazu gehörten u.a. klassenkämpferisches Lehrpersonal, Verwirklichung von Eltern- und Schülerrechten, Arbeitsunterricht. Auch die Rütli-Schule war eine solche weiterentwickelte Sammel-

schule, eine Lebensgemeinschaftsschule. Die engagierte Arbeit von Pädagogen, Eltern und Kindern machte sie zur bekanntesten Reformvolksschule Berlins. An keiner anderen Volksschule waren mehr Mitglieder von Arbeiterorganisationen vertreten.

Es ist gewiss kein Zufall, dass eine Reihe bekannter junger Widerstandskämpfer gegen den Faschismus ehemalige Schüler und Schülerinnen der Rütli-Schule waren, wie Hanno Günther, das wichtigste Mitglied der »Rütli-Gruppe« und Werner Steinbrink, der am Anschlag auf die Anti-Bolschewismus-Ausstellung der Nazis beteiligt war. Sie entstammten in der Regel schon sozialistischen und kommunistischen Elternhäusern und waren in der Weimarer Zeit Mitglieder proletarischer Jugendorganisationen, aber zusätzlich begegneten ihnen an der Rütli-Schule Pädagogen, die als Vorbilder gegen das faschistische Gedankengut wirkten.

In der Nachkriegszeit wurden überlebende Lehrer der Rütli-Schule wieder im Sinne der demokratischen und sozialistischen Schulreform tätig, wobei sie sich ausdrücklich auf die Tradition der Rütli-Schule beriefen. Ergebnis dieser Bemühungen war das Berliner Einheitsschulgesetz von 1947/48. Stellvertretend für die ehemaligen Lehrer der Rütli-Schule seien hier genannt: Fritz Lange, in den 50er Jahren Bildungsminister der DDR, und Fritz Hoffmann, der die einzige Einheitsschule leitete, die nach der Wiedereinführung des dreigliedrigen Schulwesens in West-Berlin 1950 weiter bestand, die Neuköllner Fritz-Karsen-Schule. ■

jordanland sind präsent. Sie vermitteln das Gefühl, dass ihr Volk umgeben ist von einer Welt voller Feinde. In den aggressiven, gewalttätigen Verhaltensweisen der Jugendgruppen und Gangs spiegeln sich, natürlich bar jeden bewussten politischen Hintergrunds, die Auseinandersetzungen im Nahen Osten wider. Den Frust dieser chancenlosen Jugend kriegen die Mitschüler, die Lehrer und die anderen Kiezbewohner zu spüren, die den Verhältnissen zumeist auch nicht entfliehen können.

Obwohl sich eine Neuköllner Hauptschule, was die Zukunftschancen für die Schulabgänger angeht, nicht von einer Marzahner oder einer sachsen-anhaltinischen unterscheidet, verleitet der hohe Anteil Migranten den unbedarften Betrachter, die soziale Frage in eine ethnische umzudeuten. Es ist so einfach, die Betroffenen selbst für ihre missliche Lage verantwortlich zu machen und daraufhin ein populistisches Süppchen zu kochen. Herr Pflüger, der Spitzenkandidat der CDU für die Wahl im September, versimpelt die aufgeworfenen Probleme, indem er in der Neuköllner Rundschau fragt: „Rechtschaffen oder kriminell“?, um dann zu fordern, der Staat müsse Zähne zeigen. Mit verbaler Kraftmeierei kann die CDU vielleicht kleinbürgerliche Wähler ansprechen, die Probleme im Kiez werden mit staatlichen Gewaltmaßnahmen nicht gelöst.

Eine Frage der Schulstruktur?

Auch den Lehrerinnen und Lehrern der Rütli-Schule hat man vorgeworfen, für die Probleme an ihrer Schule selbst verantwortlich zu sein. Sie hätten es versäumt, diese oder

jene neuen Ideen umzusetzen, mit denen sich die anderen Hauptschulen ihr Schicksal erträglich gestalten und ihre Schüler einigermaßen bei Laune halten. Beispiele für »funktionierende« Hauptschulen werden in allen Medien vorgestellt. Ein Neuköllner Lokalblatt verwies darauf, dass in nur 500 m Entfernung von der Rütli-Schule vorgemacht würde, wie es geht. Die Ernst-Abbe-Schule hat sogar 85 % Migrantenschüler, und haben die etwa solche Probleme?

Derlei Schulzuweisungen gehen am Kern der Sache vorbei, sie dienen allein dazu, das selektierende Schulsystem unangetastet zu lassen. Die Ernst-Abbe-Schule ist ein Gymnasium, und das beweist doch nur, dass Kinder, die integriert sind, keine Probleme machen, die können sogar an einem deutschen Gymnasium bestehen. Die Rütli-Schüler hatten diese Chance gar nicht.

Die Frage der Schulstruktur wird von allen Politikern ausgeklammert, wie schon bei PISA. Für Schulsenator Böger ist das Ganze allein ein Integrationsproblem, er mag sich allenfalls mit einer Haupt- Realschul-Verbindung anfreunden, das gegliederte System muss unter allen Umständen bestehen bleiben, damit das Gymnasium, diese 150 Jahre alte Bastion der Bourgeoisie, sauber bleibt.

Die Einheitsschule oder die EINE Schule für alle, wie sie heute von der Lehrer-Gewerkschaft GEW genannt wird, ist nicht das Mittel zur Lösung der Misere, sie kann keine Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen, aber sie vermeidet den Stempel „Hauptschüler“ und damit das Gefühl, von vornherein ausgegrenzt, chancenlos zu sein. Es ist an der Zeit, dass

Menschen umgekommen sind, was bewusst aus den Medien ferngehalten wurde,

- dass der Bayer-Konzern mit seiner Tochter H.C. Starck unter den Akteuren dabei war und nie zur Rechenschaft gezogen wurde,
- dass Führer dieser Milizen in der jetzigen kongolesischen Regierung sind,
- dass der Kongo eine Region ist, in die jährlich mehr als eine Milliarde Dollar von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union fließen, um den kapitalistischen Zentren den Zugang zu den Bodenschätzen zu sichern,
- dass die Absicherung der Wahl des jetzigen Regierungschefs Kabila der Sicherung weiterer Ausbeutung der Bodenschätze im Kongo bedeutet.

Der Kongo ist reich an wertvollen Edelhölzern und Bodenschätzen, wie Diamanten und Gold, Kupfer, Kobalt, Zink, Zinn, Kadmium, Wolfram, Germanium und dem hochbegehrte Coltan. Mit Chinas Hunger nach Rohstoffen für die Entwicklung seiner Industrie verschärft sich die Konkurrenz um Energie und Bodenschätze weltweit. Beim Kupfer können die Abbaukapazitäten die Nachfrage kaum noch stillen. Allein der Wert des kongolesischen Kupfers wird angesichts der derzeitigen Kupferhausa auf 450 bis 500 Milliarden US-Dollar geschätzt. Die Bergbau-Konzession, die vor kurzem ein US-Konzern in der Provinz Katanga erhalten hat, ruft neben den französischen auch deutsche Bergbau-Interessenten im Kongo auf den Plan. Darüber hinaus kann mit der Militärpräsenz auch Industriekonzernen, wie z.B. aus der Elektrobranche – man denke an Siemens – gewinnbringender Einstieg ermöglicht werden.

Damit wird das staatliche Schicksal des Kongo, dessen Zerrüttung mit der europäischen Kolonisierung begann,

1961 mit der gewaltsamen Ausbremsung eines nationalen Weges fortgesetzt wurde, auf höherer Stufe fortgeschrieben.

Wenn es auch nicht so aussieht, der EU-Militäreinsatz im Kongo hat eine Bedeutung, die über den Kongo hinausgeht:

- Mit dem Einsatz von Eurofor will die EU zeigen, dass Europas Militärpolitik beginnt, handlungsfähig zu werden. Es ist ein Test ihrer Ambitionen, eine Militärkapazität aufzubauen, die unabhängig von der Nato operieren kann,
- die EU soll als Ordnungsfaktor, als Machtfaktor auf dem afrikanischen Kontinent in Erscheinung treten, eine deutsche Führung scheint in Afrika angebracht – hat sich doch Deutschland in Afrika noch nicht so wie Frankreich als imperialistische Macht abgenutzt,
- darüber hinaus könnte eine solche Entwicklung natürlich auch für die Durchsetzung der EU-Ansprüche auf dem kapitalistischen Weltmarkt insgesamt durchaus ein nicht zu unterschätzender zusätzlicher Trumpf sein. Es würde der EU mehr Gewicht verleihen.
- China drängt mit Macht in die Region, getrieben von der Notwendigkeit, die wachsende Wirtschaft mit Energie und Rohstoffen zu versorgen. Dem will die EU in Afrika Präsenz entgegensetzen.

Während im Milieu deutscher Menschenrechtsaktivisten der als »Hilfe zur Demokratisierung« ausgegebene Einsatz zur gewaltsamen Wirtschaftskontrolle lebhaft begrüßt wird, kritisiert der Friedensforscher Strutynski: Die bisherigen »Stabs-Trockenübungen« der im Aufbau befindlichen Schnellen Eingreiftruppe sollen sich nun im »multinationalen« Praxistest bewähren. Damit komme die EU ihrem erklärten Ziel, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch zu einem globalen Akteur zu werden, einen weiteren Schritt näher. »Die Bevölkerungen der EU-Staaten sollen auf diese Weise an die Militarisierung der EU gewöhnt werden«. ■

■ EINDRÜCKE WÄHREND EINES BESUCHES IN GENUA

Zu den Parlamentswahlen in Italien

Seit einer Woche befinde ich mich in Genua, genauer gesagt im größten Arbeiterviertel Genuas (Cornigliano) direkt neben dem großen ehemals staatlichen Italsider-Stahlwerk, das jetzt zur Riva-Gruppe gehört – also nicht weit vom Hafen und vom Ansaldo-Werk entfernt.

Ich bin jeden Tag hier im Viertel unterwegs, sehe Viele und rede mit zahlreichen Arbeitern und Gewerkschaftern. Unmut ist natürlich spürbar, darüber geht es aber nicht hinaus. Die »Gärung in den Arbeitervierteln«, die der FAZ-Korrespondent in seinem Bericht zu den Parlamentswahlen entdeckt haben will, spielt sich leider mehr in seiner Phantasie ab. Der monatliche Durchschnittsverdienst eines Metallarbeiters beträgt hier netto 1.000 Euro, mit Überstunden und der einen oder anderen Sonderschicht kommt er auf 1.200 Euro netto. Die durchschnittliche Sparquote hat sich laut »Süddeutsche Zeitung« vom 8.4.2006 während der zweiten Amtszeit von Berlusconi (also seit 2001) auf knapp fünf Pro-

zent halbiert. Das Durchschnittseinkommen der Italiener ist laut der Tageszeitung von Rifondazione Comunista »Liberazione« (auf Basis offizieller Berlusconi-Zahlen von kurz vor den Wahlen) in jenen 5 Jahren um satte 20 Prozent gesunken, aber dennoch überwiegt ganz eindeutig der Frust, die Lethargie und der Rückzug ins Private. Auch in Italien dominiert die »Neo-Biedermeier-Aera« mit ihrem spießbürgerlichen, kleinkarierten, egoistischen, harmoniesüchtigen und dückmäuserhaften Wesen. Das ist auch der Grund für das hervorragende Ergebnis von »Berlusca«, das um ein Haar für eine zweite Amtszeit gereicht hätte. Er hat sich am Ende mit seinem trickreichen, um nicht zu sagen betrügerischen, Wahlgesetz selbst ins Knie geschossen. Sonst gäbe es jetzt ein Patt und sofort eine Große Koalition oder Neuwahlen. Wobei hier generell in den Medien und einem Teil der Politik – unter ausdruecklichem Bezug auf das »Modell Deutschland« – der Trend zur großen Koalition bzw. zunächst zu einem noch weiteren Abdriften der Mitte-»Linken« in die Neue Mitte

propagiert wird, um »das gesplante Land wieder zu einen« und natürlich um eine verlässliche soziale und politische Basis zu haben, die in der Lage ist die unumgängliche »Schweiß & Tränen-Politik« durchzusetzen.

Zunächst wird dies nach dem gegenwärtigen Wahlergebnis von der Mitte-Links-Union sicherlich solange wie möglich zusammen mit Rifondazione Comunista (PRC), ihrer Rechtsabspaltung PdCI und den kleinen aber relativ linken Verdi (Grünen) betrieben werden. Solange bis diese nicht mehr können, d.h. verschlissen sind. Und diese drei Parteien sind auch opportunistisch und parlamentsfixiert genug, um genau das mitzumachen. Wobei man leider sagen muss, dass sich für Rifondazione Comunista diese Unterordnung unter die Neue Mitte und der treue Glauben an die »Mortadella mortale« (Tödliche Mortadella) Prodi, wie er hier in der radikaleren Linken genannt wird, stimmenmäßig ausgezahlt hat, d.h. nicht bloß eine Schwäche der Parteiführung ist, sondern leider in großem Maße dem Bewusstsein der Rifondazione-Wähler entspricht.

Der PRC hat sich in der Abgeordnetenversammlung von 1.868.659 Stimmen (5,0 Prozent) 2001 auf nun 2.229.604 Stimmen (5,8 Prozent) verbessert und die Zahl seiner Abgeordneten von 11 auf satte 41 gesteigert. Noch besser lief es bei den Wahlen zum Senat: Während 2001 mit einer größeren Distanz zur Mitte-Linken dort 1.708.707 Stimmen (5,1 Prozent) und bei den Europawahlen 1.966.373 Stimmen (6,1 Prozent) eingefahren wurden, sind es nun mit dem Kuschelkurs 2.518.624 Stimmen (7,4 Prozent). Die Zahl der PRC-Senatoren konnte von 4 auf 27 erhöht werden. Das Parteiorgan »Liberazione« jubelt denn auch in der gestrigen Ausgabe, dass 52 gut dotierte (und ach so einflussreiche) Parlaments-sessel hinzugewonnen wurden. Da in Italien bereits eine Wahl als Abgeordneter oder Senator für eine lebenslange schöne Staatspension ausreicht, haben da jetzt einige Leute ausgesorgt. Parteichef Fausto Bertinotti (ein ehemaliger Eisenbahner und Führer der Gewerkschaftslinken des Gewerkschaftsbundes CGIL und Held der Anti-Globalisierungs-bewegung, der zugleich auch Präsident der aus dem PRC, PDS, PCF etc. bestehenden Europäischen Linkspartei ist) sitzt also fester im Sattel denn je, obwohl er in den letzten Monaten keine Gelegenheit ausließ, um jeden Preis seine Regierungsfähigkeit zu beteuern. Der neueste Clou ist diesbezüglich, dass das Individuum wichtiger sei als die soziale Klasse (also auch die Arbeiterklasse) und deshalb auch von Rifondazione an die erste Stelle gestellt werden müsse. Weshalb im Wahlkampf von Rifondazione von »Transgender« genau so viel die Rede war wie von »prekärer Beschäftigung« (wobei auch diese Kategorie ja, wie wir spätestens seit Antonio Negri wissen, für allerlei kleinbürgerlichen Schwachsinn gut zu gebrauchen ist). Außenpolitisch wird ausgerechnet im Land der »Resistenza«, d.h. des ausgedehnten Partisanenkampfes gegen die deutsche Besatzung und den Faschismus von der Rifondazione-Führung jeder heute stattfindende bewaffnete Widerstand gegen Neokolonialismus und Besatzungsregime (In Palestina, im Irak etc.) als »Terrorismus« geißelt und die »Gewaltfreiheit« zur Freude des Bürgertums quasi zur Religion erhoben. Ein führender Vertreter der Parteilinken (deren vier verschiedene Strömungen auf dem letzten Parteitag immerhin 41 Prozent der Mitglieder vertraten), Marco Ferrando, wurde von Bertinotti kurz vor den Wahlen als Senatskandidat abgesetzt, weil er es gewagt hatte, bewaffneten Widerstand im Irak grundsätzlich für legi-



tim zu erklären und das auch gegen die italienischen Besatzungstruppen dort.

Bereits mit dem im Herbst anstehenden ersten »Schweiß-&-Tränen-Haushalt« im Herbst und dem Umgang mit dem Prekarisierungsgesetz Nr. 30 aus 2003 wird dieser Kuschelkurs mit der Neuen Mitte und dem Zeitgeist allerdings einer harten Belastungsprobe ausgesetzt sein. Ob Prodi mit seiner Monate vor den Wahlen verkündeten Maxime »Wenn wir in den ersten beiden Regierungsjahren den Italienern harte Opfer aufbürden, haben wir danach immer noch zwei Jahre, um uns davon wieder zu erholen«, Erfolg haben wird, wird man sehen. Rifondazione Comunista und den kleineren Linksparteien in der neuen Mitte-Links-Regierung (PdCI und Grüne) wird eine derartige Strategie ganz bestimmt nicht bekommen.

Und eines noch zum Abschluss bezüglich des gegnerischen Lagers, weil ich Entsprechendes bei der deutschen und der österreichischen (aber auch der französischen Linken) seit geraumer Zeit immer wieder lese und uns dieser Protagonist wahrscheinlich noch eine Weile erhalten bleibt: Berlusconi ist kein Polit-Spinner und ist nicht blöd! Wenn er Sprüche klopft wie: »Ich bin der Jesus Christus der italienischen Politik!« oder »Prodi wird von den Kommunisten kontrolliert und unter Mao haben sie in China kleine Kinder gekocht und gegessen, das ist bewiesen!« dann tut er das natürlich auch, weil er Spaß daran hat (und deshalb ist er auch wesentlich unterhaltsamer als die »Mortadella mortale« Romano Prodi). Er tut es vor allem aber mit Berechnung. Mit dem ersteren Spruch brachte er unter den Massen nicht nur die Lacher auf seine Seite und gerierte sich als volkstümlicher Oppositioneller gegen die etablierte Politikerschicht (womit er geschickt die Politverdrossenheit ausnutzte). Mit dem letzteren Spruch mobilisierte er den im Kleinbürgertum (das in Italien ein noch größeren Umfang als in der BRD hat) nach wie vor virulenten Antikommunismus. Und immerhin gibt es in Italien nominell zwei kommunistische Parteien (eben PRC und PdCI), die bei diesen Wahlen in der Kammer 8,1 Prozent und im Senat ca. 9,5 Prozent auf sich vereinigten. »Berlusconi« ist es auf diesem Wege gelungen, seine Wählerschaft zu mobilisieren, die zwei Wochen vor der Wahl noch zu Hause bleiben wollte, weil sie die Niederlage bereits für ausgemacht hielt. Die Krönung dieser Taktik war natürlich Berlusconis Versprechen, die Steuer auf das erste Haus bzw. die erste Wohnung abzuschaffen. Der Mann ist also alles andere als ein Polit-Clown! Der ist als Entertainer und Verkäufer groß geworden und versteht sein Handwerk bis heute. Auch in der erheblich größeren Dimension der bürgerlichen Politik!